Stadt Halle (Saale)	
Geschäftsstelle Stadtra	t

Niederschrift

der 42. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 30.04.2003

öffentlich

Ort: Stadthaus, Festsaal

Zeit: 15:15 Uhr bis 21.45 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Herr Dr. Erwin Bartsch	PDS
Herr Tilo Biesecke	SPD
Herr Robert Bonan	SPD
Herr Bernhard Bönisch	CDU
Herr Wigmar Bressel	UBF
Herr Milad El-Khalil	CDU
Frau Dr. Sabine Fiedler	CDU
Herr Joachim Geuther	CDU
Herr Thomas Godenrath	CDU
Frau Dr. Gesine Haerting	HAL
Frau Hanna Haupt	SPD
Frau Ute Haupt	PDS
Frau Ingrid Häußler	OB
Herr Frank-Uwe Heft	PDS
Herr Dr. Holger Heinrich	CDU
Herr Dr. Gerhard Hesse	CDU
Herr Peter Jeschke	HAL
	CDU
Herr Ingo Kautz	PDS
Herr Prof. Dr. Siegfried Kiel Herr Dietmar Klimek	PDS
Herr Dr. Uwe-Volkmar Köck	PDS
Herr Günter Köhler	CDU
Herr Dr. Günter Kraus	SPD
Herr Johannes Krause	
	SPD
Frau Marion Krischok	PDS
Herr Oliver Krocker Herr Dieter Lehmann	PDS
	CDU
Herr Knut Lehmann	SPD
Frau Margrit Lenk	PDS
Herr Heinz Maluch	HAL
Herr Dr. Bodo Meerheim	PDS
Frau Petra Meißner	FDP
Herr Werner Misch	CDU
Herr Klaus Müller	PDS
Herr Frank Sänger	CDU
Frau Marlies Schaffer	PDS
Frau Barbara Scheller	SPD
Herr Andreas Schmidt	SPD
Herr Friedemann Scholze	FDP
Herr Prof. Dr. Dieter Schuh	UBF
Herr Manfred Schuster	HAL
Herr Bernd Stemme	UBF
Herr Andreas Strauch	SPD
Frau Heidrun Tannenberg	PDS
Frau Prof. Dorothea Vent	HAL
Herr Armin Voß	SPD
Herr Mathias Weiland	HAL
Frau Isa Weiß	CDU
Frau Sabine Wolff	HAL
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU
Herr Dr. Mohamed Yousif	PDS

Entschuldigt fehlen:

Frau Dr. Annegret Bergner	CDU
Frau Yvonne Berktold	UBF
Herr Gottfried Koehn	SPD
Herr Wolfgang Kupke	CDU
Herr Ulrich Richter	SPD
Herr Andreas Spitzke	UBF

- . Einwohnerfragestunde
- 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
- 2. Feststellung der Tagesordnung
- 3. Genehmigung der Niederschrift
- 4. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom
- 5. Vorlagen
- Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003, Haushaltskonsolidierung, Beteiligungsbericht 2000 Vorlage: III/2002/02967
- 5.1.1 Änderungsantrag der SPD-Fraktion

5.2. Grundsatzbeschluss Haushaltskonsolidierung Thalia Theater Halle Vorlage: III/2003/03177

- 5.3. Grundsatzbeschluss Haushaltskonsolidierung neues theater und Puppentheater Vorlage: III/2003/03180
- 5.4. Grundsatzbeschluss zur Einführung von Gebühren für die Benutzung der Stadtbibiothek Halle (Saale)

Vorlage: III/2003/03176

5.5. Einrichtung einer Zentralen Vorverkaufskasse Vorlage: III/2003/03178

5.6. Bibliothekskonzept Vorlage: III/2003/03173

5.7. Strukturveränderung beim Stadtsingechor / Elternbeteiligung bei Chorkleidung und Notenmaterial

Vorlage: III/2003/03172

5.8. Neubau eines Sport- und Freizeitzentrums

Vorlage: III/2003/03143

- 5.8.1 Änderungsantrag zur Beschlussvorlage Neubau eines Sport- und Freizeitzentrums Vorlage: III/2003/03301
- Bebauungsplan Nr. 112 Industrie- und Gewerbepark Ammendorf, Merseburger Straße/Schachtstraße - Offenlagebeschluss Vorlage: III/2003/03047
- 5.10. Bebauungsplan Nr. 112 Industrie- und Gewerbepark Ammendorf, Merseburger Straße/ Schachtstraße – vorgezogener Abwägungsbeschluss Vorlage: III/2003/02991

5.11. Bebauungsplan Nr. 112 Industrie- und Gewerbepark Ammendorf, Merseburger Straße/ Schachtstraße – vorbehaltlicher Satzungsbeschluss

Vorlage: III/2003/02992

5.12. Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), lfd. Nr. 6 Mischbaufläche am Dessauer Platz – Beschluss zur öffentlichen Auslegung

Vorlage: III/2002/02960

5.13. Neubau Voßstraße – Gestaltungsbeschluss

Vorlage: III/2002/02952

5.14. Erhebung von Beiträgen für Straßenausbaumaßnahmen der Jahre 1991-1999 in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: III/2003/03014

- 5.14. Erhebung von Beiträgen nach KAG LSA für Straßenbaumaßnahmen der Jahre 1991 -
- 1999 in der Stadt Halle Vorlage: III/2003/03300
- 5.15. Änderung des Gesellschaftsvertrages der Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle GmbH

Vorlage: III/2003/03136

5.16. Satzung zur Änderung der Hauptsatzung

Vorlage: III/2003/03232

- 5.17. Bestellung des Vertreters der Beschäftigten des PKH als Mitglied Krankenhausausschuss Vorlage: III/2003/03219
- 5.18. Vorläufiger Wirtschaftsplan ZGM

Vorlage: III/2003/03196

5.19. Städtepartnerschaften der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: III/2002/02953

5.20. Kulturpolitische Leitlinien für die Stadt Halle (Saale) bis 2010

Vorlage: III/2002/02781

- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag der SPD-Fraktion Diskussion um den Landesverkehrswegeplan Vorlage: III/2003/03249
- 6.2. Antrag der PDS-Fraktion zur Erhebung von Beiträgen nach KAG LSA für Straßenbaumaßnahmen der Jahre 1991 1996 in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: III/2003/03253
- 6.3. Antrag der SPD-Fraktion Beteiligungsmanagement der Stadt Halle (Saale) Vorlage: III/2003/03257
- 6.4. Antrag des Stadtrates Peter Jeschke, HAL-NEUES FORUM zu den erhöhten Bürgersteigen an Haltestellen

Vorlage: III/2003/03268

6.5. Antrag der HAL-Fraktion - zur Verwendung von OSS Vorlage: III/2003/03270

- 7. Anfragen von Stadträten
- 7.1. Anfrage des Stadtrates Andreas Schmidt, SPD Hintere Begrenzung am Hof des Händel-Hauses

Vorlage: III/2003/03122

- 7.2. Anfrage des Stadtrates Dieter Lehmann, CDU zum Parkraum in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: III/2003/03244
- 7.3. Anfrage des Stadtrates Wolfgang Kupke zu den Schulden der Bürger bei der Stadt Vorlage: III/2003/03245
- 7.4. Anfrage der FDP-Fraktion zum Handwerkermarkt 2003 Vorlage: III/2003/03259
- 7.5. Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM zur Anfrage III/2002/02683 Vorlage: III/2003/03264
- 7.6. Anfrage des Stadtrates Werner Misch, CDU, zur Graffitibeseitigung durch die Stadtverwaltung Vorlage: III/2003/03265
- 7.7. Anfrage der Stadträtin Sabine Wolff, HAL-NEUES FORUM- zu Mitgliedschaften Vorlage: III/2003/03266
- 7.8. Anfrage der Stadträtin Prof. Dorothea Vent, HAL-MitBürger zum Projekt "Vision Halle-Leipzig 2020 - Optionen und Handlungsbedarf nachhaltiger Stadtentwicklung" Vorlage: III/2003/03267
- 7.9. Anfrage des Stadtrates Peter Jeschke, HAL-NEUES FORUM zu Saalegrundstücken am rechten Saaleufer im Süden und der Hafenbahntrasse Vorlage: III/2003/03269
- 8. mündliche Anfragen
- 9. Mitteilungen

Niederschrift

der Einwohnerfragestunde zur 42. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) am 30.04.2003

Ort: Stadthaus, Festsaal

Zeit: 14:15 Uhr bis 15:15 Uhr

Die Einwohnerfragestunde zur 42. Tagung des Stadtrates der Stadt Halle (Saale) wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates, Herrn Bernhard **B ö n i s c h.**

Herr **Gobst,** Vorsitzender der Vereinigung der Haus-, Grund- und Wohnungseigentümer Halle e.V. (Haus & Grund), erklärte, dass mit Sorge die Diskussion über die Rückwirkung der Straßenausbaubeiträge verfolgt werde.

Er fragte, ob es möglich sei, die Straßenausbausatzung so zu ändern bzw. so moderat zu gestalten, dass die Hauseigentümer keine Angst mehr davor zu haben brauchen. Das betreffe insbesondere den Zeitraum von 1991 bis 1996. Er bitte die Stadträte, sich hierüber Gedanken zu machen, wieweit man der Ausführungen der Landesregierung folgen könne und eine Beitragserhebung für diesen Zeitraum nicht vornehme.

Wie weit sei es möglich, dass für den Zeitraum ab 17.06.1996 bis zum Inkrafttreten der Straßenausbausatzung im Jahre 1999 eine moderate Lösung gefunden werden könne? Er erinnere an die Zusage der Oberbürgermeisterin im November 2002 bei der Plattform "Wohnen", dass es mit ihr keine Rückwirkung der Straßenausbausatzung geben werde.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, auch sie sei erschüttert, dass ein Verfassungsgericht ein solches Urteil gefällt habe, das die Kommune zwinge, nachträglich an Bürger heranzutreten und Gebühren zu erheben. Wenn von den Bürgern gesagt werde, die Stadt solle die gegebenen Spielräume ausnutzen, so werde das Gegenstand der heutigen Diskussion im Stadtrat sein. Spielräume nach dem Recht gebe es eigentlich nicht, der Innenminister habe welche eröffnet; das werde heute debattiert. Sie hoffe, dass dies auch für die Stadt Halle zutreffen werde. Nach den Verfügungen, die vom Regierungspräsidium ergangen seien, träfen sie nicht zu. Wenn der Stadtrat heute aus politischen Gründen mit Mehrheit etwas anderes beschließe, werde man versuchen, dies so umzusetzen. Sie hoffe, dass der Innenminister sich dann gegenüber dem Regierungspräsidium durchsetzen werde.

Herr **Gobst** bat die Oberbürgermeisterin, das Recht so durchzusetzen, dass denjenigen, die an die gewählten Vertreter der Stadt geglaubt haben, entgegengekommen werde und sie soweit entlastet werden, damit nicht viele Hauseigentümer in den Ruin gehen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** verwies auf die Satzung der Stadt, die absichere, dass niemand in den Ruin gehe. Die Stadt werde versuchen, die Spielräume auszuschöpfen.

Herr **Nawrat** machte auf die schlechte Ausführung der Bauarbeiten in der Reilstraße aufmerksam.

Herr **Raabe**, Mitbegründer der Bürgerinitiative "Straßenausbaubeiträgerückwirkung – Nein" fragte, warum die Stadt Halle einen Wortbruch in Kauf nehme, um entgegen den erklärten Zusicherungen doch Beiträge geltend zu machen. Warum schöpfe die Stadt den Spielraum, der mit dem Erlass den Innenministeriums geschaffen worden sei, nicht aus, der einen Verzicht ohne Begründung auf Erhebung von Straßenausbaubeiträgen für Maßnahmen bis 1996 zulasse und darüber hinaus bis zum Satzungserlass einen großzügigen Ermessensspielraum gewähre?

Warum greife die Stadt Halle die durch den Innenminister laut Erlass gewährte Möglichkeit nicht auf, von der Erhebung abzusehen?

Wenn sich der Stadtrat nicht zu einem allgemeinen Verzicht durchringen könnte, dann stelle sich die Frage, ob dem Anlieger nicht nur die Kosten auferlegt werden sollten, die tatsächlich erforderlich gewesen seien? Dabei könnte man sich gegebenenfalls auf § 6 d KAG berufen. Warum nehme die Stadt Halle für Straßenausbaumaßnahmen in ihrer Satzung nicht allgemein die Stundungsregelung gemäß § 13 a Absatz 2 KAG auf, die ausdrücklich für Straßenausbaubeiträge eine zinslose fünfjährige Stundung zulasse?

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, es werde der Eindruck erweckt, als hätte die Stadt jetzt eine Möglichkeit entdeckt, eine Geldquelle für die Stadt nutzbar zu machen, ohne Rücksicht auf Verluste. Das sei nicht so; die Stadt werde die vorhandenen Spielräume, die jetzt hier auch aufgezeigt worden seien, selbstverständlich ausschöpfen. Weshalb habe die Stadt im Moment Probleme damit, den Freiraum, den der Innenminister mit seiner Verfügung eingeräumt habe, auszuschöpfen? - Die Stadt Halle habe im vergangenen Jahr ihren Haushalt für das Jahr 2002 durch das Regierungspräsidium genehmigt bekommen, habe aber alle Verpflichtungsermächtigungen, d. h. Festlegung von Geld, für die nächsten Jahre gestrichen bekommen. Das habe man nicht hinnehmen können, weil die Berliner Brücke gebaut werden müsse. Das Regierungspräsidium habe die Verpflichtungsermächtigung genehmigt, sie aber an die Nebenbestimmung gebunden, den kommunalen Anteil, den die Stadt bringen müsse, um die Fördermittel von Bund und Land zu erhalten, aus den Einnahmen von Straßenausbaubeiträgen zu finanzieren. Wenn die Stadt aus den Straßenausbaubeiträgen ihren kommunalen Anteil nicht erwirtschaften könne, werde sie keine Kreditgenehmigung erhalten, um diesen kommunalen Anteil über Kredite zu finanzieren.

Sie gehe davon aus, genau wie die betroffenen Bürger, wenn der Stadtrat beschließe, in der Zeit von 1991 bis 1996 auf die Erhebung von Beiträgen zu verzichten, dass der Innenminister dafür sorgen werde, dass das Regierungspräsidium diese Nebenbestimmung zurücknimmt.

Wenn der Stadtrat heute einen solchen Beschluss fasse, laufe man Gefahr, dafür im Moment keine Lösung zu haben, d.h. wenn keine Kredite für die Berliner Brücke genehmigt würden, müssten andere Maßnahmen in Größenordnungen gestrichen werden, um die Mittel freizumachen.

Herr **Seibicke** meinte, als die Straßen ausgebaut worden seien, sei von der Stadt blind losgebaut worden und die Anwohner seien nicht gefragt worden. Aus diesem Grund sei es ungeheuerlich, jetzt im Nachhinein mit solchen Sachen zu kommen. Die Bürger würde interessieren, wo die Stadt das Geld für das BMW-Gelände hergenommen habe, dann könnte man über weitere Probleme, die die Stadt mit der Haushaltskasse habe, diskutieren.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, es sei jetzt nicht möglich, die Gesamthaushaltslage der Stadt zu diskutieren. Man müsse sich auf das beziehen, um das es gehe: um die Erhebung der Straßenausbaubeiträge, ob man einen Spielraum habe, so, wie ihn der Innenminister eingeräumt habe.

Was die Beteiligung der Bürger angehe, so seien sie ganz normal beteiligt worden, wie es bei jedem öffentlichen Bauvorhaben der Fall sei; natürlich sei nicht der hohe Beteiligungsgrad erreicht worden, der notwendig sei, wenn man Straßenausbaubeiträge erhebe. Was die Berechnung dieser Beiträge angehe, werde selbstverständlich niemals ein überzogener

Standard zugrunde gelegt, sondern nur ein Grundstandard, weil eben die Anwohner nicht in dieses Anhörungsverfahren in dieser Weise einbezogen gewesen seien.

Frau **Walter**, Anliegerin der Delitzscher Straße, schilderte, dass der erste Teilabschnitt dieser Straße in Reideburg in der Zeit vor Juni 1996 ausgebaut worden sei und den Anliegern während einer Versammlung mitgeteilt worden sei, dass für diese Um- und Ausbauarbeiten keine Gebühren zu zahlen seien. Somit habe man auch kein Mitsprachrecht bei der Gestaltung der Straße sowie des Fuß- und Radweges gehabt und habe auch keine Kostenvorinformation erhalten, was Jahre später in der Satzung eindeutig geregelt worden sei.

In Briefen an die Oberbürgermeisterin, den Stadtrat und die Landesregierung habe man die Probleme dargelegt; man sehe es als Vertrauensbruch und Missbrauch der Darlegungen der Stadt Halle, wenn diese heute von ihnen Straßenausbaugebühren verlange.

Herr Bönisch wies darauf hin, nur Fragen zu stellen und von Statements abzusehen.

Herr **Knackstedt**, Anwohner der Stadtforststraße, fragte, was die Stadt dazu sagen würde, wenn der Gehweg, der teilweise auf Privatbesitz liege, gesperrt und Mautgebühr erhoben würde.

Weiterhin ging er, von Beruf Baugrundingenieur, auf Bauschäden in dieser Straße ein, die zum Teil bereits kurz nach Bauende aufgetreten seien. Dafür zahlen zu müssen, sehe er nicht ein.

Herr **Dr. Streuber**, Anwohner der Trothaer Straße, nahm Bezug auf die Geschichte dieser Straße, die bereits Anfang der achtziger Jahre voll ausgebaut worden sei. Durch die vielen Fahrzeuge, die sie täglich passierten – 34 000 Fahrzeuge, davon 33 % Schwerlastkraftwagen –

sei die Straße schon wieder zerstört. Er frage, ob dafür bezahlt werden müsse, obwohl die Straße vorher schon fertiggebaut gewesen sei und 15 Jahre nur gehalten habe. Gehöre das überhaupt noch zur Straßenbauordnung, zumal es eine Bundes- und eine Europastraße sei? Wer übernehme die Verantwortung für die Schäden an den Häusern, die durch die Schwerlasttransport entstanden seien, für die Lärmschäden bei Anwohnern? Warum sei es in Dessau und in Magdeburg möglich, dass entschieden worden sei, beitragsfähige Straßen, deren Baumaßnahmen in satzungsloser Zeit stattgefunden haben, beitragsfrei bleiben, warum könne das nicht auch in Halle sein? Zu klären sei auch die Frage Maßnahmebeginn und Maßnahmeende.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, es werde festgelegt - in Abhängigkeit von der Größenordnung und der Benutzung der Straße – wie viel Prozent der Kosten der Baumaßnahme den Straßenausbaubeiträgen zugrunde gelegt werden.

Zum angesprochenen Unterschied zwischen Halle, Magdeburg und Dessau: Magdeburg habe seit 1992 eine Satzung, und die Bürger hätten für alle Straßen, die in Magdeburg gebaut worden seien, Ausbaubeiträge gezahlt. Dort habe man das Problem nicht, weil bereits seit zehn Jahren

gezahlt werde. In Halle habe man versucht, dies zu umgehen, den Bürgern entgegen zu kommen; das sei nun leider in Schwierigkeiten geraten. Auch in Dessau sei es nicht anders. Dort werde man auch den Versuch machen, bis 1996 keine Beiträge zu erheben; mehr Spielraum sei auch dort nicht gegeben.

Frau **Buzin**, Anwohnerin der Kröllwitzer Straße, fragte, inwieweit, wenn Fördermittel zur Verfügung gestanden hätten, dann noch Kosten erhoben werden können. Auch würden die Arbeiten nicht zügig durchgeführt, dadurch verteuere sich die Sache. Wenn man dann diese Planung mit bezahlen solle, sei das sehr hart.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** bat um fachliche Auskunft aus den Reihen der Verwaltung.

Herr **Heinz**, Leiter der Stabsstelle für Erschließung und Baukoordinierung, erläuterte, grundsätzlich dienten die Fördermittel dazu, den Anteil der Stadt zu reduzieren. Es käme nicht den Anliegern zugute, es sei denn, im konkreten Fördermittelprogramm und im Fördermittelbescheid sei etwas anderes enthalten.

Herr **Herrmann**, Anwohner der Trothaer Straße, ergänzte die Ausführungen von Herrn Dr. Streuber und fragte, warum man nicht zu dem in der Vergangenheit gegebenen Wort stehe.

Er fragte, wer in Sachsen-Anhalt das Sagen habe: die Oberbürgermeisterin, das Regierungspräsidium oder der Innenminister?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, grundsätzlich gelte für alle die gleiche Grundlage, auf die man vereidigt sei: die Rechtsprechung. Für politische Entscheidungen habe natürlich der Innenminister den Hut auf, wenn er dafür sorge, dass die für die Stadt Halle

zuständige Rechtsaufsicht von ihren Verfügungen Abstand nehme, könne der Spielraum, den er geschaffen habe, für die Stadt Halle gelten. Das müsse geklärt werden.

Herr **Herrmann** erwiderte, die Oberbürgermeisterin habe in Lettin erklärt, dass die Stadt gezwungen sei, die Straßenausbaubeiträge einzutreiben, da man sonst keine Kredite bzw. keine Zuwendungen mehr bekomme. Der Innenminister sage in der Presse, dass dies davon gar nicht abhängig zu machen sei. Wem solle der Bürger denn nun glauben?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** warf ein, sie glaube jetzt auch dem Innenminister und die Stadt werde es so machen. Sie hoffe nur, dass der Innenminister auch sein Wort einlöse. Die Stadt werde die Spielräume ausschöpfen und auch die Dinge prüfen, die heute hier vorgebracht worden seien. Die Stadtverwaltung habe zur Frage angefangene/abgeschlossene Maßnahme das Innenministerium angeschrieben, um für die Stadt Halle schriftlich Bescheid zu erhalten.

Herr **Herrmann** ging auf die im unteren Teil der Trothaer Straße angesiedelten Kleinbetriebe ein. Komme man jetzt mit solchen Mitteln, gehe man Gefahr, dass viele Betriebe Konkurs anmelden müssten und Arbeitsplätze verloren gingen. Das müsse man berücksichtigen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, das werde in der Beratung über jeden einzelnen Bescheid berücksichtigt.

Herr **Herrmann** verwies darauf, dass in anderen Ländern keine rückwirkenden Beiträge erhoben würden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** meinte, die Stadt sei auch davon ausgegangen, rückwirkend keine Beiträge erheben zu müssen, dann sei sie durch das Innenministerium belehrt worden, dass das Urteil des Landesverfassungsgerichts falsch interpretiert worden sei und Beiträge rückwirkend erhoben werden <u>müssen.</u> Im Nachhinein sei der genannte Spielraum 1991 bis 1996 eingeräumt worden. Wenn es gelinge, dies auszunutzen, habe man einen Schritt erreicht, aber es sei auch noch keine befriedigende Antwort für alle.

Herr **Gobst** erklärte, er habe den Tenor soweit verstanden, dass man gemeinsam nach Wegen suchen wolle, um die Belastung für alle erträglich zu machen. Der Innenminister sei zum Landesverbandestag hier in Halle am 10. Mai eingeladen worden, auch die Oberbürgermeisterin sei eingeladen. Haus & Grund würde sich freuen, dieses Thema zwischen Stadt und Land aufzugreifen und gemeinsam gegenüber dem Innenministerium, wenn dieses dem Weg, den die Stadt heute beschreiten wolle, nicht folgen wolle, durchzusetzen. Dazu lade er auch alle Stadträte in die Händel-HALLE ein. Habe er es richtig verstanden, dass die Stadt jetzt bestrebt sei, die Beiträge für die Zeit von 1991 bis 1996 die Beiträge zu erlassen?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, eine solche Lösung deute sich aus der bisherigen Diskussion in den Ausschüssen des Stadtrates an.

Herr **Raabe** fragte, warum lege die Stadt Halle den Beschluss des Innenministeriums nicht so aus, dass für den Zeitraum bis 1996 auf den Maßnahmebeginn abzustellen sei? Wieso lasse sich die Stadt Halle vom Innenministerium eine Auslegung einer Gerichtsentscheidung vorgeben? Die Gerichtsentscheidung des Landesverfassungsgerichts, soweit er es verstehe, besage lediglich, dass im Endeffekt die Regelung die im ...stand, dass es den Städten verboten gewesen sei, rückwirkend Beiträge zu erheben, verfassungswidrig sei, weil das in die Verwaltungshoheit der Städte eingreife.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erwiderte, die Stadt habe dies auch erst so gesehen und sei dann eines Besseren belehrt worden.

Herr **Schönfeld** ging auf die Bauvorhaben am Dessauer Platz ein. Habe sich der Stadtrat von dem Gedanken verabschiedet, die Bevölkerung in der Fläche zu versorgen? Es werde nur noch an einzelnen ausgewählten Schwerpunkte die Versorgung der Bevölkerung vorgenommen, d.h., alles, was außerhalb dieser Schwerpunkte sei, werde aufgegeben. Das sehe man an der Zunahme von leerstehenden Geschäften in der Stadt. Je mehr Geschäfte leer stünden, umso mehr verwahrlosten auch die Altstadtquartiere. Welche Erfolge könne die Stadt vermelden in der Verminderung des dramatisch zugenommenen Leerstandes an Geschäften und in der Reduzierung der ganzen

Verwahrlosung der Altstadt?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, bislang seien diese Warenhäuser nicht gebaut.

Wenn Herr Schönfeld sage, dass Geschäfte leer stünden, dann müsse es da einen anderen Zusammenhang geben. Es gebe Bevölkerungsverluste; je weniger Einwohner in der Stadt lebten, umso weniger könne auch eingekauft werden. Das sei die eine Seite. Auf der anderen Seite bemühe man sich die Stadt attraktiv zu machen, damit nicht nur die Hallenser, sondern

auch Besucher aus dem Umland hier einkaufen. Es gehe auch darum, die Kaufkraft unserer Einwohner an die Stadt Halle zu binden, damit hier die Einnahmen erzielt werden. Es könne nicht angehen, dass sich die Stadt um die Kultur und alle möglichen Angebote bemühe und eingekauft werde auf der "Grünen Wiese" – das könne nicht Ziel sein. Es werde vielleicht nicht gelingen, die Einwohner der Stadt zu mehren, aber vielleicht gelinge dies bei den Einkäufern.

Herr **Schubert**, Haus & Grund, fragte, ob es möglich sei, das Thema Straßenausbaubeiträge, das unter Punkt 5 auf der Tagesordnung stehe, vorzuziehen.

Herr Bönisch antwortete, darüber werde.	erde man entscheiden, wenn zur Tagesordnun
Weitere Anfragen wurden nicht geste	ellt.
Der Vorsitzende des Stadtrates beer	ndete die Einwohnerfragestunde.
Bönisch Vorsitzender des Stadtrates der Stadt Halle (Saale)	Ingrid Häußler Oberbürgermeisterin der Stadt Halle (Saale)
Kraft Protokollführerin	

Protokollantin: Panian

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die 43. öffentliche Tagung des Stadtrates wurde eröffnet und geleitet vom Vorsitzenden des Stadtrates der Stadt Halle (Saale), Herrn Bernhard **Bönisch**. Er stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest. Gegenwärtig seien 46 Mitglieder des Stadtrates (81%) anwesend.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

_Von der Tagesordnung **abzusetzen** seien die Vorlagen unter Punkte **5.2** – Grundsatzbeschluss Haushaltskonsolidierung Thalia Theater - und **5.5** – Einrichtung einer Zentralen Vorverkaufskasse.

Zu entscheiden sei über die Aufnahme einer Dringlichkeitsvorlage – Änderung der Entwicklungsziele der Entwicklungssatzung Heide-Süd.

Er schlage vor, die Vorlage unter Punkt 5.14 – Erhebung von Beiträgen für Straßenausbaumaßnahmen...- vor der Haushaltsdiskussion zu behandeln, weil von deren Ergebnis die Haushaltsdiskussion unmittelbar beeinflusst würde. Dazu bitte er um Wortmeldungen.

Herr **Klimek**, PDS-Fraktion, forderte die Oberbürgermeisterin in einem **Antrag** auf, den **TOP 5.1** von der Tagesordnung **zurückzuziehen**. Der vorgelegte Haushalt verstoße gröblichst gegen das Haushaltsrecht und sei damit gesetzeswidrig. Er verstoße weiterhin gegen EU-Recht, denn zu 55 % trage der Landeshaushalt, zu dem auch unser Kommunalhaushalt gehöre, dazu bei, dass die Maastricht-Kritierien durch die Bundesrepublik nicht erfüllt würden. Da diese Gesetzeswidrigkeiten finanzielle Sanktionen zur Folge haben dürften, trage die Stadt Halle zum

Waterloo der Haushaltspolitik in Bund und Land bei.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erwiderte, sie habe eine andere Rechtsauffassung. Sie denke, dass der vorgelegte Haushalt zwar an vielen Stellen kritisiert werden könne, aber er sei die vernünftigste Lösung, die die Verwaltung gemeinsam mit dem Stadtrat erarbeiten könne.

Die Rechtsaufsicht werde sich mit dem Haushalt befassen; wenn sie ihn zur Durchführung freigebe, werde sich nicht bestätigen, was Herr Klimek vorgebracht habe. Der Haushalt sollte auf der Tagesordnung bleiben, diskutiert und beschlossen werden.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, stellte den **Antrag**, den Antrag seiner Fraktion unter Punkt 6.2 mit der Beschlussvorlage unter Punkt 5.14 gemeinsam zu behandeln. Zu den Punkten 5.10 und 5.11: Nach Kenntnis seiner Fraktion sei in dem entsprechenden Ausschuss das Beratungsverfahren noch nicht beendet worden.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit und Umwelt, erläuterte, es sei richtig, dass im Planungsausschuss die drei Vorlagen, die sich mit dem Industrie- und Gewerbepark Ammendorf befassen, beraten worden seien. Es habe unterschiedliche Auffassungen gegeben.

Die beiden genannten Vorlagen unter den Punkten 5.10 und 5.11 seien nicht abschließend beraten worden, ein Votum liege nicht vor.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, bestätigte als Vorsitzender des Ausschusses für Planungsund Umweltangelegenheiten, dies treffe zu. Diese beiden Vorlagen seien nicht abgestimmt worden, weil in die Vorlage – die Änderung habe man heute erhalten – ein dritter Punkt eingefügt worden sei. Er sähe keinen Grund, warum heute der Stadtrat nicht trotzdem Abwägungsbeschluss und Satzung verabschieden sollte.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** schlug vor, die Punkte auf der Tagesordnung zu belassen und nach Diskussion zu entscheiden.

Herr **Funke**, Beigeordneter für Zentraler Service, erklärte, es wäre angezeigt, zunächst über die Straßenausbaubeiträge zu beraten. Je nachdem, wie die Entscheidung ausgehe, werde es unmittelbare Auswirkungen auf die Genehmigungsfähigkeit des Vermögenshaushaltes haben.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** äußerte sich zur Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage: Dazu sei in den Ausschüssen diskutiert worden. Der Planungsausschuss habe dazu nicht beschlossen, weil man noch einmal eine vertiefte Diskussion habe führen wollen zwischen den Befürwortern der Erhaltung dieses Denkmals und zwischen denjenigen, die die wirtschaftlichen Argumente vertreten. Diese Diskussion habe inzwischen stattgefunden. So, wie sie von der Verwaltung unterrichtet worden sei, sei der Tenor, dass insgesamt gesehen worden sei, dass die Verwaltung alle Möglichkeiten ausgeschöpft habe, um eine Lösung für das Gebäude zu finden. Wenn die Vorlage heute nicht behandelt werden sollte, werde diese Entscheidung um vier Wochen verschoben. Sie bitte darüber nachzudenken, ob man die Vorlage nicht heute auf die Tagesordnung setzen und darüber diskutieren sollte.

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, sprach gegen die Dringlichkeit der Vorlage: Zum einen sollte man hier nicht beginnen, über Beschlussvorlagen zu befinden, die in den Ausschüssen noch nicht abgestimmt worden seien. Zum anderen sei es bei der stattgefundene Veranstaltung nicht möglich gewesen, Kompromisse und Lösungen zu finden, es seien nur Standpunkte dargelegt worden. Es sei bei diesem wichtigen Thema richtig, dies in den Ausschüssen noch einmal zu beraten, da auch noch sachlich Klärungsbedarf bestehe, weshalb ihre Fraktion auch Akteneinsicht beantragt habe.

Herr **Dr. Köck**, PDS-Fraktion, erklärte, seine Fraktion sei auch gegen die Dringlichkeit der Vorlage. Man bitte darum, die Entscheidung um vier Wochen zu verschieben, da man sich vor Ort noch einmal informieren wolle.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, sprach für die Dringlichkeit. Im Planungsausschuss seien die unterschiedlichen Meinungen ausreichend zu Wort gekommen, bei dem anschließenden Gespräch ebenfalls. Man müsse sich entscheiden. Die vier Wochen, die man jetzt noch schinden wolle, würden zu keiner anderen Entscheidung führen, als es heute der Fall sein werde: entweder ein Ja oder ein Nein.

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, erklärte, er wolle gegen die Dringlichkeit sprechen.

Herr **Bönisch** unterbrach; es habe eine Rede für die Dringlichkeit und eine dagegen gegeben.

Weitere Wortmeldungen seien im Prinzip nicht zugelassen.

Herr **Weiland** bemerkte, anknüpfend an die Diskussion im Hauptausschuss, die Einladungskriterien für diese Veranstaltung, die Herr Lehmann gerade erwähnt habe, seien etwas dubios gewesen. Seine Fraktion sei nicht korrekt erreicht worden.

Herr **Dr. Köck** stellte den **Antrag**, die Punkte 5.10 und 5.11 von der Tagesordnung zu nehmen.

Die Diskussion, die im Planungsausschuss geführt worden sei, müsse sich auch im Text niederschlagen. Der Beschlusstext sei nicht Bestandteil der Satzung.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** sprach gegen diesen Antrag. Wenn man sonst einen Beschluss ändere, reagiere man auch darauf hin und müsse das in eine Satzung einarbeiten.

Wenn der Beschlusstext akzeptabel sei, verstehe sie nicht, warum man heute nicht dazu beschließen könne und die Verwaltung auffordere, die Satzung entsprechend anzupassen und in der nächsten Ausschusssitzung vorzulegen.

Weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung gab es nicht.

Abstimmung zur Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage in die TO:

Zweidrittelmehrheit wurde nicht

erreicht

(Heide-Süd)

Herr **Bönisch** fasste zusammen, vor dem Punkt 5.1 sollten die Punkte 5.14 und 6.2 behandelt werden.

Dazu gab es keine gegenteiligen Meinungen.

Abstimmung zum Antrag Stadtrat Dr. Köck:

mehrheitlich abgelehnt

(Absetzung 5.10/5.11)

Abstimmung zur Tagesordnung:

mehrheitlich zugestimmt

(einschl. veränderte Reihenfolge)

Herr Weiland wies darauf hin, dass der Antrag von Herrn Klimek nicht behandelt worden sei.

Herr **Bönisch** meinte, die Mehrheit des Stadtrates habe beschlossen, diesen Punkt auf der Tagesordnung zu belassen, insofern sei implizit über diese Frage abgestimmt worden. Er fragte Herrn Klimek, ob er auf einer expliziten Abstimmung bestehe – dies wurde bejaht. Herr Bönisch entschuldigte sich für den Verfahrensfehler.

Abstimmung GO-Antrag Stadtrat Klimek:

mehrheitlich abgelehnt

(Absetzung 5.1)

<u>Abstimmungsergebnis</u> zur Tagesordnung: (einschl. Veränderungen in der Reihenfolge)

 $mehrheitlich\ z\,u\,g\,e\,s\,t\,i\,m\,m\,t$

zu 3 Genehmigung der Niederschrift

Protokoll:

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, stellte fest, dass die Abkürzung auf Seite 30 der Niederschrift nicht richtig wiedergegeben worden sei. Korrekt müsse es lauten: **DIW.**

Weitere Anmerkungen zur Niederschrift der 41. öffentlichen Sitzung des Stadtrates am 26.03.2003 gab es nicht.

<u>Abstimmungsergebnis:</u> mehrheitlich zugestimmt (einschl. Korrektur)

Beschluss:

Die Niederschrift der 41. öffentlichen Tagung des Stadtrates am 26.03.2003 wurde (einschließlich der Korrektur auf Seite 30) in der ansonsten vorliegenden Form **g e n e h m i g t**.

zu 4 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse vom

Der Vorsitzende des Stadtrates verlas den Inhalt von vier in nichtöffentlicher Beratung gefassten Beschlüsse der 41. Tagung am 26.03.2003.

zu 5.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2003, Haushaltskonsolidierung, Beteiligungsbericht 2000

Vorlage: III/2002/02967

(Dieser Tagesordnungspunkt wurde nach Punkt 5.14 behandelt.)

Protokoll:

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler**: "Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, wir wollen heute über den Haushalt beraten, es geht um den Haushalt 2003. Ich denke, dass wir anstrengenden Beratungen hinter uns gebracht haben und wir sind trotzdem zu einem Haushaltsentwurf gekommen, der auch im Jahr 2003 zum zweiten Mal nicht ausgeglichen ist. Auf die einzelnen Zahlen will ich hier nicht eingehen, das wird mein Kollege Funkte tun, aber eines ist klar, die Zahlen sagen uns, dass die Stadt Halle weiterhin hart an der Konsolidierung arbeiten muss, denn das Defizit im Jahr 2003 ist höher als im Jahr 2002. Über die Ursachen will ich mich auch nicht auslassen, das ist alles mehrfach diskutiert worden.

Aber eines ist natürlich auch klar, dass die Stadt Halle nur bis zu einem gewissen Grade gegen die grundsätzlichen Strukturprobleme im Bund-Länder-Gemeinde-Finanzausgleich ansparen kann. Darauf habe ich schon einmal in meiner Einbringungsrede hingewiesen. Es ist deshalb um so wichtiger, jetzt nicht den Mut zu verlieren, denn ich denke, wir haben eine Chance, den Haushalt langfristig tatsächlich auszugleichen. Die Kommunalaufsicht verlangt ein untersetztes Konsolidierungskonzept. Es muss unser gemeinsames Ziel sein, uns diesem mit aller Kraft zu widmen, damit wir wieder handlungsfähig werden. Die aktuellen Berichte zur Haushaltskonsolidierung zeigen, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Mittlerweile sind – bezogen auf die Konsolidierungsvorgabe bis 2007 – über 70 Prozent konzeptionell untersetzt. Und ich möchte sagen, dass ist eine große Leistung. Das entspricht einer Summe von 62,9 Millionen Euro. Und dies in Maßnahmen zu gießen, koste schon einige Kraft, und das ist bisher gelungen, noch sind sie nicht umgesetzt. Das Ziel, das wir uns vorgenommen haben, ist realistisch .Bis Jahresende sollen alle wesentlichen Fachkonzepte den Stadtrat passiert haben, so dass wir dann auf allen Gebieten die Phase der Umsetzung erreicht haben. Besonders kompliziert stellen sich aus meiner Sicht, und das teilen Sie sicher, die Konzepte im Kultur- und Sportbereich dar, denn das ist natürlich der Gesamtbereich unserer freiwilligen Maßnahmen, wo wir alle, denke ich, besonders daran hängen, mit denen wir öffentlich Marketing für unsere Stadt betreiben und wo es natürlich besonders schmerzlich ist, Einschnitte vorzunehmen. Ich denke trotzdem, dass wir auch in diesem Bereich auf einem guten Weg sind, auch wenn wir noch nicht alles beschlossen haben. Aber die Einsicht der handelnden Personen, die auch verantwortlich zeichnen für die einzelnen Einrichtungen, denke ich, ist wirklich erreicht, hier gemeinsam an Konzepten mitzuarbeiten, die auf der einen Seite zu dauerhaften Einsparungen führen, auf der anderen Seite aber auch den hohen Standard, den wir in der Stadt haben und der ja unser aller Aushängeschild ist, auch zu sichern.

Auch die kommunalen Unternehmen sind in die Pflicht genommen, unsere Konsolidierungsbemühungen zu unterstützen. Wir hatten eine Klausurtagung am 11./12.04.2003 und haben interessante Vorschläge, die aus den Reihen der Unternehmen gekommen sind, - andere haben wir unterbreitet – diskutiert. Daran wird weiter gearbeitet, und ich denke, dass wir bis Jahresende konkrete Vorschläge, konkrete Ergebnisse vorlegen können.

Dabei geht es natürlich auch darum, die weitere Verschuldung der Stadt, dadurch dass in jedem Jahr jetzt Fehlbeträge entstehen, aufzuhalten. Inzwischen liegt auch der Grundsatzbeschluss zum ÖPNV über 10,6 Millionen Euro Einsparungen vor, der zur Zeit durch die HAVAG in Jahresscheiben bis 2007 weiter untersetzt wird. Und ich denke, das ist ebenfalls ein bedeutender Beitrag zur Konsolidierung. Und wenn es uns dabei gelingt, ein gutes Angebot an ÖPNV hier weiter aufrechtzuerhalten, dann können wir wirklich zufrieden sein, und das muss auch unser Anliegen sein, denn davon lebt die Stadt Halle zum großen Teil

Unser Vermögenshaushalt hat in diesem Jahr – oder ich muss fast sagen hatte - eine neue Qualität erreicht. Er sichert nämlich das Investitionsvolumen von 176 Millionen Euro ab, ohne dass wir Kredite aufnehmen wollten, muss ich jetzt so sagen, sondern alles mit eigenen Einnahmen finanzieren wollten, wohl wissend, was uns das zur Einsparung im Verwaltungshaushalt in den nächsten Jahren bringt. Wir haben uns ja jetzt nur auf die Kreditaufnahme, auf diesen Teil beschränkt der aus dem komm. Invest-Programm herrührt, darauf wird Kollege Funke ja noch eingehen.

Wir würden auf diese Weise die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt aktiv senken, und ich denke, dass muss unser Ziel sein, einfach, damit wir wieder beweglich werden. Angesichts der an anderer Stelle bereits mehrfach beschriebenen schwierigen Umstände, dass die Stadt Halle nur zum Teil diese Dinge selbst beeinflussen kann, weil wir zu fast 80 Prozent von politischen Entscheidungen bei den Einnahmen abhängig sind, halte ich dies wirklich für eine beachtliche Leistung. Und ich möchte mich auch an dieser Stelle ausdrücklich bei meinem Kollegen Funke bedanken, der den Konsolidierungsprozess mit viel Kreativität begleitet, denn er hat neue Finanzierungsinstrumente hier eingeführt, die wir bisher nicht benutzt haben und die die Zinsausgaben der Stadt in Zukunft beträchtlich senken werden.

Dies alles zeigt aber auch, dass wir einen schwierigen steinigen Weg vor uns haben, aber er ist zu bewältigen, wenn wir ihn mit Konsequenz verfolgen.

Wichtig ist für uns, dass wir das Ziel, bis 2007 den strukturellen Haushaltsausgleich zu erreichen, fest im Auge behalten. Noch haben wir das in unserem Konsolidierungskonzept nicht erreicht, aber ein bisschen setzen wir ja auch auf Lösungen von anderer Seite. Ich werde auch nicht müde, an dieser Stelle immer wieder zu betonen, dass ich persönlich es als meine Aufgabe ansehe, dass die Stadt Halle ihre Verantwortung für die Haushaltskonsolidierung wirklich wahrnimmt, aber nicht nur als meine – hier sitzen wir wirklich alle in einem Boot, denn in unserer Stadt muss es erreicht werden, dass wir diesen Prozess bewältigen und dass wir aus eigener Kraft und natürlich mit der Kraft des Bundes – darauf will ich später noch eingehen – wieder handlungsfähig werden, damit wir die Attraktivität dieser Stadt weiter steigern können.

Wir werden also unsere Hausaufgaben machen. Deshalb erwarten wir aber auch insbesondere von der Gruppe bei Herrn Eichel, die über die Neuverteilung der Finanzen zwischen Gemeinden, Bund und Land nachdenkt und die noch vor der Sommerpause einen Entwurf in den Bundestag einbringen will, dass hier tatsächlich ein Konzept vorgelegt wird, was uns zu strukturell gesicherten Einnahmen in der Zukunft verhilft.

Dazu gehört auch, dass die Bundesregierung unbeirrt an der Umsetzung des Hartz-Konzeptes arbeitet, d.h. ein einheitliches bundesfinanziertes Leistungsrecht für alle Langzeitarbeitslosen schafft, dass die Kommunen von den Sozialkosten ein Stück entlastet. Weiterhin ist es unverzichtbar, dass das Land seine Verantwortung hier voll wahrnimmt. Und das sage ich noch einmal, ich denke, dass es nicht mehr erträglich wäre, wenn das Land für das nächste Jahr wieder eine Kürzung bei den Kommunalfinanzen ins Auge fassen würde.

Wir hören jetzt schon Töne, dass die Steuerschätzung im Mai wieder zu niedrigeren Einnahmen führen wird, als das bisher in der Erwartung war. Das kann ja so sein, aber ich denke, die Kürzung, die in diesem Jahr bei der Kommunen vorgenommen wurde, die so eklatant hoch war, wie nie, die kann nicht im nächsten Jahr zu einer weiteren Kürzung führen. Das könne wir nicht mehr verkraften.

Und ich sehe eine weitere Verantwortung beim Land. Es ist einfach unbedingt erforderlich, dass die Stadt-Umland-Fragen um die Stadt Halle herum endlich in Angriff genommen werden

Ich muss ehrlich sagen, hier fühle ich mich ganz schön allein gelassen. Es ist ja schön, wenn man mit Ministern im einzelnen redet, und der eine und der andere einem sagt: wir sehen das ganz klar -natürlich muss hier etwas gemacht werden -Sie können das aus eigener Kraft nicht schaffen - die Wirtschaftsentwicklung, da, wo Sie keine Flächen haben – das geht ja alles nicht und so weiter – und das aber nicht in eine wirkliche Debatte in der Landesregierung mündet.

Wir haben den Innenminister angeschrieben. Wir haben ihn gebeten, einen Mitarbeiter seines Ministeriums zu nennen, mit dem wir diese Fragen ohne Polemik, ohne Öffentlichkeit, aber einmal wirklich in der Sache bereden können. Er hat dem nicht entsprochen. Da muss ich sagen, hier sehe ich, dass er wirklich seine Verantwortung an dieser Stelle nicht wahrnimmt.

Und ich habe eine große Befürchtung, ich habe mich heute ja mit Herrn Trümper und Herrn Otto getroffen, und wir haben diese Dinge debattiert und auch öffentlich uns der Presse gegenüber geäußert. Ich sehe, dass jetzt dieses Gesetz über die weiterentwickelten Verwaltungsgemeinschaften im Landtag ja zur Beschlussfassung vorliegt. Was heißt das? Das heißt, am Rande unserer Stadt ordnen sich die Strukturen neu. Das ist ja von der Sache her richtig, dass es dieses Gesetz gibt, weil es einfach größere Strukturen in diesem Lande braucht, obwohl ich immer Einheitsgemeinde vertreten habe und nicht diese schwierigen Verwaltungsgemeinschaften. Bloß, wie will die Regierung noch handeln, wenn sie jetzt am Rande unserer Städte neue Strukturen bestätigt und dann hinterher die Stadt-Umland-Fragen diskutieren will? Man kann doch nicht erst eine neue Struktur genehmigen und dann sagen, jetzt reden wir einmal darüber, wie ein Teil von euch sich mit der Stadt Halle wieder einigen muss.

Also, ich habe große Befürchtungen, dass wir auf diese Weise die Strukturen verfestigen und überhaupt keinen Spielraum mehr für die Städte später haben. Ich denke, dass ist eine ganz wichtige Frage, mit der wir wirklich in die Öffentlichkeit gehen müssen, damit hier Druck entsteht, dass die Frage endlich wenigstens besprochen wird, denn es hat keinen Sinn, überall Mittelmaß anstreben und die Oberzentren – und ich meine nicht nur die drei kreisfreien Städte, sondern das geht alle größeren Städte im Land Sachsen-Anhalt an – nicht in dieser Weise zu fördern.

Ich muss sagen, ich habe mich heute ganz gut gefühlt, weil wir zu dritt auch beim Wirtschaftsminister eingeladen waren. Wir wussten nicht so richtig, was wir von dieser Einladung zu erwarten hatten. Das Thema war Wirtschaftsförderung - wie soll es weitergehen, und ich hatte das Gefühl, dass im Wirtschaftsministerium die Lage der drei kreisfreien Städte erkannt worden ist. Wir haben sehr konkret, sehr offen über diese Fragen diskutiert. Das Landesförderinstitut war dabei, die Landesmarketinggesellschaft; es ging also über die ganze Spannbreite, die uns als Städte interessiert. Und wir haben uns neu vereinbart, schon für den Juni, um im einzelnen konkret darüber zu reden, wie die Wirtschaftsentwicklung der drei großen Städte hier vorangebracht werden kann. Ich hoffe, dass die anderen Minister sich dem ähnlich widmen. Es gibt ähnlich positive Begleitung auch durch den Verkehrs- und Bauminister, der für verschiedene Dinge zuständig ist, aber es gibt halt andere Ressorts, von denen ich nicht so das Gefühl habe, dass sie erkannt haben, wie schwer es die großen Städte haben und wie es notwendig ist, da etwas dafür zu tun. Wichtig ist natürlich auch, dass wir jetzt einen klaren Überblick bekommen. Einen klaren Überblick, gelingt uns die Haushaltskonsolidierung, wie machen wir das – ich denke, bis zum Jahresende muss wirklich das Konzept da sein, mit welchen Einnahmen, mit welchen Einsparungen diese Konsolidierung bis 2007 umgesetzt werden kann, damit wir wieder den Kopf frei bekommen auch für neue Aufgaben. Denn eines dürfen wir nicht verpassen, diese Stadt muss sich weiterentwickeln, diese Stadt hat eine Zukunft, über die wir nachdenken müssen. Und es bedrückt mich schon manchmal, wenn wir mit neuen Projekten kommen, dass die erste Frage ist, wieso reden wir über neue Projekte, wir müssen doch, sparen, sparen, sparen.

Das ist alles richtig, wir müssen sparen, aber wenn wir ein Stück Zukunft dieser Stadt gestalten wollen, dann müssen wir heute Konzepte machen, damit im Jahr 2006, 2007, 2008, 2010 usw. am Ende die Ergebnisse da sind. Und wir haben ja wichtige, eigentlich sehr schöne Sachen vor uns.

Ich möchte auf ein paar Schwerpunkte hinweisen.

Natürlich müssen wir uns auch auf diese Schwerpunkte konzentrieren, wir können nicht alles tun.

Wir werden im Jahr 2006 unser Stadtjubiläum feiern, und das ist ein Punkt, auf den wir hinarbeiten müssen, weil das ein sagenhaftes Imageunterfangen ist, wenn diese Stadt es fertig bringt, ihre 1200jährige Geschichte nicht nur der sachsen-anhaltischen Öffentlichkeit, sondern der deutschen, der europäischen Öffentlichkeit vorzustellen und das mit geeigneten Veranstaltungen. Ich glaube, das ist ein wichtiges Ziel, wo die Stadt Halle endlich ihr Schmuddelimage verlieren kann und zeigen kann, was sie für eine wunderschöne Stadt ist. Und unter dieser Überschrift, haben wir gesagt, dass kann die erste Station sein. Wenn wir uns tatsächlich, so wie es bisher jetzt geplant haben, für die Kulturhauptstadt Europas für 2010 bewerben wollen, dann könne wir sagen, das Stadtjubiläum 2006 ist der erste Schritt und im zweiten Schritt muss es uns gelingen, unsere wunderbare kulturelle Substanz, von der wir alle schwärmen, für die wir mehr Geld ausgeben - nach wie vor, trotz unserer Sparmaßnahmen - als andere Städte, dieses tatsächlich als Grundlage zu benutzen, um diese Stadt in Europa richtig vorzustellen.

Lassen Sie uns die Maßnahmen, die wir dafür nötig haben, so schnell wie möglich in Angriff nehmen, damit wir wirklich die Zukunft der Stadt Halle hier ein Stück voranbringen. Und – natürlich darf man in diesen Zeiten nicht den Sport vergessen. Wir haben ja eine wunderbare Entscheidung für die Region, Olympia soll nach Leipzig kommen. Und wenn wir Leipzig sagen, fühlen wir uns hier ja alle mit angesprochen, in die Region Mitteldeutschland, und das ist natürlich eine Entscheidung, über die ich ganz glücklich bin, weil ich sie so nicht ohne weiteres erwartet hätte. Wir wissen ja auch nicht, ob es tatsächlich so kommt, aber die Vorbereitung, die Stützung dieser Vorbereitung, das wir uns, was die Infrastruktur in dieser Region angeht, deutlich ein Stück voranbringen, weil sich jetzt viele in der Pflicht fühlen. Auch der Ministerpräsident hat in aller Öffentlichkeit vorige Woche hier an der MLU erklärt, dass das Land sich jetzt in der Pflicht fühlt, für diese Olympiavorbereitung einzutreten und dafür etwas zu tun. Lassen Sie uns diesen Schwung, diesen Rückenwind, den wir jetzt haben, ausnutzen, um die Infrastrukturfragen, die wir nötig haben, jetzt tatsächlich voranzubringen.

Und auch da haben wir ja eine Zwischenetappe: Fußballweltmeisterschaft ist gesichert, die wird sein im Jahre 2006, auch dafür brauchen wir eine vernünftige Infrastruktur zwischen den Städten, so dass jede Vorbereitung auf Olympia gerechtfertigt ist schon wegen dieser Zwischenstation. Dafür sind organisatorische und finanzielle Kraftakte selbstverständlich erforderlich. Das wird auch in der Vorbereitung etwas Geld kosten, aber dieses Geld ist gut angelegtes Geld, denn es ist eine einmalige Chance als Stadt in einer solchen Region solche Highlights vor sich zu haben.

Ich denke, das bestimmte Anliegen, die wir heute haben, von denen wir noch nicht wissen, ob wir sie durchsetzen und umsetzen können, die auch nicht alle von uns abhängig sind, auf diese Weise voranbringen können. Ich sage nur Schließung des Autobahnrings, der jetzt schon verschoben wurde von 2005 auf 2006. Der Minister hat gesagt, man muss sehen, dass man das auf 2005 wieder bringen kann. Ich weiß nicht, ob das gelingt, habe Zweifel, aber wegen der Fußballweltmeisterschaft wäre es natürlich richtig, wenn man hier große Bevölkerungsströme bewegen will, dass dieser Autobahnring existiert. Ich denke an die Fertigstellung unserer Osttangente. Wir sind inzwischen in der Planung bei 2008/09, aber es ist nicht finanziert. Nutzen wir den Schwung, vielleicht gelingt es uns, in Vorbereitung auf Olympia auch diese Osttangente jetzt endlich unter Dach und Fach zu bringen. Wir sprechen über den südlichen Saaleübergang, der ist nicht in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen worden. Auch der Minister unterstützt, dass wir hier einen neuen Anlauf nehmen, um ihn noch in den Bundesverkehrswegeplan unter der Überschrift Olympia hineinzubringen. Und ich denke, wir brauchen auch den vierspurigen Ausbau der B 6 ab der Landesgrenze Sachsens, der jetzt auch nicht im Bundesverkehrswegeplan ist, denn wenn ich an unsere ganze Bedienung des Gebietes um Bruckdorf, Messegelände und, falls wir zu dem Sportkomplex kommen, denke, dann ist diese Bundesstraße so unbedingt erforderlich und unter dieser Überschrift Fußballweltmeisterschaft – Olympia ist sie tatsächlich neu zu begründen zwischen den Städten Halle und Leipzig.

Und ich denke natürlich auch an unseren Sportkomplex, darüber werden wir heute hier noch reden, und die weitere Profilierung Halles als Kultur-, Medien- und Wissenschaftsstandort. Es lohn sich wirklich, um diese Aufgaben voranzubringen, unsere Kräfte zu bündeln, die Haushaltskonsolidierung endlich in Sack und Tüten zubringen, sie dann am Ende auch umzusetzen, was noch genügend Schweiß und Tränen kosten wird – aber, wir können es schaffen. Und ich sage Ihnen, wenn uns das gelingt, kann sich manche westdeutsche Stadt eine Scheibe von uns abschneiden. Viele von denen haben es längst aufgegeben, ein Konsolidierungsprogramm zu machen, wo sie tatsächlich ihr vorhandenes Defizit in dieser klaren Weise, wie wir das hier angehen, bewältigen wollen. Sie setzen alle auf den Staat, dass da irgendwann einer kommt und das einmal bereinigt. Ich denke, diesen Vertrauen in den Staat kann man nicht haben. Und deshalb sollten wir uns selber helfen, damit wir uns hier freischwimmen und wieder beweglich werden. Wenn uns das gelingt, können wir uns dann am Ende alle gemeinsam auf die Schulter klopfen, dieser Erfolg wird viele Väter und Mütter haben, das auch berechtigterweise. Und deshalb bitte ich Sie, unterstützen Sie uns, stimmen Sie dem Haushalt zu, denn er ist die Voraussetzung dafür, dass wir den nächsten Schritt in dieser Etappe gehen. Herzlichen Dank."

Herr Funke, Beigeordneter für Zentraler Service:

"Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren Stadträte, liebe Gäste, ausgehend von dem im Januar eingebrachten Haushaltsentwurf für 2003 möchte ich Ihnen zur abschließenden Beratung und Beschlussfassung des Haushaltes die wesentlichen Veränderungen, die sich aus den Ausschussberatungen und anderen nicht im Haushaltsentwurf berücksichtigten Umständen ergeben haben, vorstellen.

Die Veränderungen wirken sich hauptsächlich im negativen Sinne aus. Trotzdem möchte ich es nicht unterlassen, auch auf einige positive Aspekte hinzuweisen.

Eine dieser positiven Veränderungen ist im Vermögenshaushalt zu finden und hat zu einer Vergrößerung des Volumens und damit einhergehend zur Erhöhung der Kreditaufnahme und der Verpflichtungsermächtigungen geführt. Der Grund hierfür liegt in der Beteiligung der Stadt an dem vom Land aufgelegten kommunalen Investitionsprogramm 2003.

Diesbezüglich hoffe ich auf die Genehmigung aller 5 von der Stadt beantragten Maßnahmen, die in Ihren Unterlagen näher beschrieben sind und die einen wichtigen Beitrag dazu leisten können, die Infrastruktur der Stadt weiter voranzubringen. Das Programm sieht vor, dass 75 % des Aufwandes vom Land Sachsen-Anhalt unmittelbar getragen werden, die verbleibenden 25 % der Kosten, die kreditfinanziert sind, werden hinsichtlich der Zins- und Tilgungsleistung ebenfalls vom Land finanziert.

Im Hinblick auf den gefassten Beschluss über die Erhebung von Straßenausbaubeiträgen möchte ich Ihren Blick nochmals auf die Konsequenzen lenken, die den bisher weitgehend unproblematischen Ausgleich im Vermögenshaushalt aus dem Gleichgewicht bringen und damit grundsätzlich weitreichende Auswirkungen für die Investitionstätigkeit der Stadt haben können. Für die Straßenausbaubeiträge sind im vorliegenden Haushaltsentwurf etwa 4,5 Mio. Euro als Einnahme angesetzt, für 2004 und 2005 betragen die Planansätze 5,3 Mio. Euro bzw. rund 1 Mio. Euro. Wenn die Erhebung der Ausbaubeiträge von 1991-1996 nicht vollzogen wird, wird bei diesem Ansatz ein Einbruch von fast 40 % über den gesamten Zeitraum der Veranschlagung 2003-2005 zu erwarten sein, das heißt bereits für dieses Jahr entfallen 1,5 −2 Mio. € im Einnahmebereich, die für Investitionsmaßnahmen fehlen. Es muss daher nun festgelegt werden, welche Investitionsmaßnahmen mit einem entsprechenden Eigenmittelanteil der Stadt gestrichen werden sollen.

Als Kompensation bliebe die Streichung von zwar beantragten aber noch nicht bewilligten Förderprogrammen – wie Soziale Stadt und Stadtumbau – oder die Reduzierung der Schulbaufinanzierung. Das wäre die eine Möglichkeit. Eine andere Möglichkeit wäre die Erhöhung des Kreditvolumens um ca. 3 Mio. €. Ich weise darauf hin, dass eine Ausweitung der Kreditermächtigung vom RP genehmigt werden muss, was allerdings äußerst kritisch zu beurteilen ist.

Die dritte Variante wäre die Erschließung neuer Einnahmequellen, wie z. B. der Verkauf der Straßenbeleuchtung an eine städtische Beteiligung, wie von Herrn Prof. Schuh angeregt wurde.

Meine Damen und Herren,

wir werden uns in der anschließenden Beratung zu entscheiden haben, welchen Weg wir beschreiten, um wieder einen Ausgleich im Vermögenshaushalt herzustellen.

Entgegen dem ursprünglichen Planentwurf hat der Verwaltungshaushalt eine weitere negative Entwicklung erfahren.

Das Defizit von 52,04 Mio. € hat sich auf 55,532 Mio. € erhöht. Zusammen mit dem Fehlbetrag des Vorjahres ergibt sich ein ausgewiesenes Gesamtdefizit in Höhe von nunmehr 92.66 Mio. €.

Worauf lässt sich diese Verschlechterung zurückführen?

Ich möchte im Wesentlichen zwei finanziell besonders ins Gewicht fallende Ursachen anführen:

Zum einen bewirkt die Tariferhöhung im öffentlichen Dienst nach genauer Abrechnung unter Berücksichtigung der bereits vorsorglich eingestellten Deckungsreserve eine weitere Erhöhung der Personalkosten von 2,6 Mio. € in der Kernverwaltung, den Eigenbetrieben ZGM, Neues Theater und Thalia Theater. Um eine weitere Steigerung in den nächsten Jahren abzuwenden, sind die Leitungen des Neuen Theaters und des Thalia Theaters in der Beigeordnetenkonferenz am 29.04.2003 beauftragt worden, Haustarife im künstlerischen Bereich auszuhandeln.

Zum anderen ist negativ zu verbuchen, dass die Stadt im Rahmen ihrer Leistungen aus dem Bundessozialhilfegesetz und dem Grundsicherungsgesetz rund 3,4 Mio. € mehr ausgeben muss, als zunächst geplant.

Die Auswirkungen dieser und weiterer in Ihren Unterlagen dokumentierten Ausgabenerhöhungen konnten in ihren Folgen für die Defizitentwicklung zu etwa 50 % durch gegenläufige Maßnahmen kompensiert werden. Diese bestehen aus einer Vielzahl von kleineren Einsparbeiträgen als Ergebnis der Ausschussberatungen, wobei ich darauf hinweise, dass der Beschluss des Finanzausschusses, der dem Opernhaus für dieses Jahr einen weiteren Einsparungsbeitrag von 717 T€ auferlegt, in der schriftlichen Dokumentation noch nicht eingearbeitet wurde und einer Klärung in der anschließenden Haushaltsberatung bedarf.

Einen weiteren Beitrag zur Kompensation der Ausgabenerhöhungen stellen die von der Verwaltung umgesetzten Zinsderivate dar, die zu einer Entlastung bei den Zinszahlungen von rund 700 T€ führen.

Darüber hinaus fällt die zunächst befürchtete Reduzierung der Zuweisungen aus der Finanzausgleichsmasse für 2003 um 3,15 Mio. € geringer aus. Diese Ersparnis ist zwar erfreulich, darf jedoch nicht darüber hinweg täuschen, dass die Stadt hinsichtlich der Finanzzuweisungen des Landes mit einer Reduzierung von knapp 17 Mio. € in 2003 leben muss.

Für die Folgejahre ergibt sich ein weiteres Ausfallrisiko bei diesen Zuweisungen, die daraus herrühren, dass im Landeshaushalt 2003 die Ergebnisse der November-Steuerschätzung 2002 noch nicht berücksichtigt sind. Herr Finanzminister Paquè hat dazu festgestellt, dass im Ergebnis der November-Steuerschätzung für das Land Steuermindereinnahmen im Jahr 2003 in Höhe von ca. 307 Mio. € zu erwarten seien. Der Finanzminister hat angekündigt, dass die Kommunen in der Spitzabrechnung der Finanzzuweisungen im Jahr 2004 bzw. 2005 entsprechend der Beteiligungsquote am FAG angemessen an den erwarteten Mindereinnahmen beteiligt werden. Dies wird auch die Stadt Halle treffen.

Sowohl die dargestellten als auch die im Einzelnen Ihnen vorliegenden Veränderungen des Haushaltsentwurfes haben sich auf die Darstellung der mittelfristigen Finanzplanung negativ ausgewirkt. Das prognostizierte Defizit für 2007 beläuft sich unter Berücksichtigung des derzeit erreichten Realisierungsstandes der Haushaltskonsolidierung nicht mehr auf rund 180 Mio. €, sondern auf etwa 245 Mio. €.

Diese Entwicklung wirft ein Schlaglicht auf die Dringlichkeit einer umfassenden und schnellen Reform der kommunalen Finanzordnung. Eine handlungsfähige und bürgerorientierte Kommune braucht eine gesunde und finanzielle Grundlage. Angesichts des Kompromisses beim Steuervergünstigungsabbaugesetz bin ich weiterhin skeptisch, was das Ergebnis der Reformbemühungen angeht. Während Bund und Länder aus dem Steuerkompromiss einen Betrag von 4,4 Mia. € mehr bekommen, gehen die Kommunen voraussichtlich leer aus. Das heißt, die Länder haben die Finanzkrise der Kommunen ignoriert.

Eine Gemeindefinanzreform wird aber nur dann aus der sich abzeichnenden Sackgasse einer überbordenden Verschuldung herausführen können, wenn auch die Verwaltung und der Rat sich der Herausforderung der Sanierung der städtischen Finanzen stellen und die begonnene Haushaltskonsolidierung - zu der sich Frau Oberbürgermeisterin Häußler bereits geäußert hat - nicht nur in kleinen, sondern in großen Schritten konsequent weiterführen werden. Dabei darf vor schmerzhaften Einschnitten nicht mehr zurückgeschreckt werden. In diesem Zusammenhang wird es unvermeidlich sein, nur einige wenige Schwerpunkte dort zu setzen, wo sich die Stadt weiter profilieren will und sich in den übrigen Handlungsfeldern auf das absolut Notwendige zu beschränken. Denn nur, wenn es uns jetzt gelingt, das zu verändern, was der Erneuerung bedarf, werden wir es schaffen, das Bewahrenswerte für die Zukunft auch zu bewahren.

Gleichwohl möchte ich Sie jetzt und hier eindringlich um ein positives Votum für den Haushaltsentwurf bitten, um so eine schnellstmögliche Umsetzung der geplanten Investitionen, vor allem in den Bereichen Schulen und Straßen auf den Weg zu bringen."

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren,

mittlerweile scheint es traurige Tradition zu werden, mit großen Defiziten in die Beratungen eines Haushaltes zu gehen. Dass aber der Haushalt im Rahmen dieser Beratungen nicht nur nicht ausgeglichen wird, sondern sich das Defizit sogar nahezu verdoppelt, ist schon im traurigen Sinne bemerkenswert. Wobei hier nicht nur die finanziellen Defizite gemeint sein können, nein, bei ehrlicher Betrachtung und Einschätzung der Situation erkennen wir durchaus auch erhebliche Defizite darin, wie dem Problem unseres Haushalts, unserer finanziellen Lage insgesamt begegnet wird.

Zunächst verabschiedeten wir ein Haushaltssicherungskonzept, von dem wir so Recht nicht wissen, ob es diesen Namen auch verdient, immerhin hat es auch die Aufsichtsbehörde nicht gerade überwältigend beeindruckt, holen uns dann einen Mann in die Verwaltung, der den lahmenden Einsparungsprozess mangels eines solchen Willens – zumindest bei einigen Verwaltungsbereichen – etwas auf die Sprünge helfen soll, mit dem Ergebnis, dass wir – bisher jedenfalls – kaum nennenswert vorangekommen sind.

Zudem sind weite Teile der Verwaltung auch noch durch diese unsägliche Geschichte um Herrn Tepasse offensichtlich so stark gehandicapt, dass kaum mehr Gelegenheit bleibt, den eigenen Aufgaben umfassend gerecht zu werden.

Große Teile des Stadtrates hingegen nutzen diese eher traurige Situation, um der eigenen Profilierungssucht und Eitelkeit nachzugehen und einen eher fragwürdigen Lobbyismus zu betreiben, mit dem Ergebnis, dass sowohl in der Verwaltung als auch in der Öffentlichkeit keiner mehr weiß, was gehauen und gestochen ist. Das Ganze nennt man dann Chaos. Und wie bei allen chaotischen Verhältnissen, drohen sich die Dinge zu verselbständigen, weil niemand mehr die Zügel in der Hand hält und die Prozesse steuert.

Dies ist dann spätestens der Moment, meine Damen und Herren, in dem wir uns alle von dem Anspruch Kommunalpolitik zu gestalten, verabschieden können.

Dies ist Ursache dafür, dass unsere Stadt außerhalb ihrer Grenzen zumindest partiell einen zweifelhaften Ruf genießt und dies ist zumindest ein Grund dafür, warum in anderen vergleichbaren Städten- wie beispielsweise in Leipzig - viele Dinge anders und besser laufen, als hier bei uns.

Aber, meine Damen und Herren, das muss Ihnen nicht zu denken geben. Zur Zeit muss einfach konstatiert werden, dass in weiten Bereichen von Verwaltung und Rat an die Stelle von Aktivität, Initiative und der Bereitschaft - auch zum durchaus visionären Handeln - Ohnmacht, Hilflosigkeit und Resignation, aber auch Selbstgefälligkeit getreten sind. Ich bin mir um die Wirkung dieser Worte durchaus bewusst. Aber hier und heute Optimismus und Zuversicht auszustrahlen, scheint mir höchst makaber und auch nicht glaubwürdig.

Dabei hätten wir es alle in der Hand, dies zumindest mittelfristig wieder tun zu können. Dies bedarf aber eines grundlegenden Kurswechsels im Denken und Handeln bei vielen Verantwortungsträgern in dieser Stadt. Diesen Kurswechsel mahnen wir seit Jahren an. Wir haben allerdings auch den Eindruck, dass diese unsere Mahnung nicht gehört wird, dies mag unterschiedliche Gründe haben.

Im Rahmen unserer Stellungnahme zur Diskussion über den Nachtragshaushalt 2002 wiesen wir – bereits nicht zum ersten Mal – darauf hin, dass Überlegungen darüber angestellt werden müssen, was sich unsere Stadt noch leisten kann, was noch möglich ist und was nicht.

Wir waren damals und sind heute erst recht der Auffassung, dass sich die Stadt zunächst einmal auf ihre Pflichtaufgaben zu beschränken hat, weil sie sich die Fülle an freiwilligen Leistungen nicht mehr leisten kann. Und dies auch noch bei zum Teil völlig überzogenen Standards.

Wer aber nun gedacht hat, dass die Verwaltung diesen Gedanken aufgreift und wenigstens einige substanzielle Einsparvorschläge – sozusagen als Zeichen des guten Willens – macht, hat sich sehr geirrt.

Stattdessen – wie im Fall des Verantwortungsbereiches der Bürgermeisterin Szabados – sollen diese Vorschläge aus Richtung Stadtrat kommen.

Dies heißt, es sich sehr einfach zu machen. Anstatt einmal unpopulär zu sein, verschieben Sie Ihre Verantwortung auf den Rat und wissen doch da schon, was passiert. Nichts! Und Sie wissen auch warum, Sie brauchen sich die Zusammensetzung des Rates doch nur anzuschauen. Ihnen ist doch von vornherein klar, dass Sie im Grunde, was drastische Maßnahmen hinsichtlich von Einsparungen betrifft, nichts zu befürchten haben. Deshalb fährt Frau Szabados ja eine solche Strategie. Ich muss Ihnen aber vor Augen führen, dass Sie eine politische Funktion begleiten. Es ist Ihre Aufgabe, wirklich substanzielle Vorschläge zu unterbreiten, auch dann, wenn Sie persönlich dafür von Betroffenen oder rückwärts denkenden Kommunalpolitikern angegriffen und beschimpft werden sollten. Dies will Frau Szabados aber nicht einsehen.

Sie möchte als Gönnerin in Erscheinung treten. Mit diesem Verhalten wird der Stadt Schaden zugefügt. Dies ist auch ein Grund dafür, warum Investoren um unsere Stadt einen solch großen Bogen machen. Und dies scheint mir auch ein Indiz dafür zu sein, weshalb Menschen unsere Stadt verlassen. Dies hat Gründe, und die liegen auch in dieser Ausgrenzungspolitik gegenüber Hauptleistungserbringern. Und da brauchen wir uns doch nicht über unsere Steuereinnahmen zu wundern, meine Damen und Herren. Mir ist klar, dass hören Sie ganz und gar nicht gern, es ist aber doch so.

Frau Szabados hat Einsparungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Der Rat trifft hierzu dann die politische Entscheidung. Wird in den Fachbereichen keine Initiative, ergriffen, dann muss die Oberbürgermeisterin das Einsparziel vorgeben, im Zweifel dann selbst restriktiv eingreifen und diesem Geschäftsbereich erhebliche Mittel streichen. Nur so kann es voran gehen. Dieses Beamtenmikado muss ein Ende haben. Da kann es ja sein, wenn sich die oberste Verwaltungsspitze selbst nicht imstande sieht entsprechend durchzugreifen, dass sich eines externen Experten bedient wird, es erschließt sich mir allerdings nicht, wie dann die Frage der Umsetzung etwaiger Ideen und Vorschläge konsequent erfolgen soll, dienstrechtlich ist dies mir nicht ganz klar und praktisch auch nicht.

Wir sehen hier doch eher die Oberbürgermeisterin nebst Kämmerer in der Pflicht, allerdings auch die Beigeordneten, in Sachen Haushaltskonsolidierung endlich aktiv zu werden und ihre Hausaufgaben zu machen.

Positiv schätzen wir ein, wie gut die Umsetzung des neuen Kinderförderungsgesetztes hier funktioniert hat. Positiv bewerten wir auch die Einführung eines Controlling im Bereich Hilfen zur Erziehung.

Allerdings! Weshalb erst jetzt? Andere Städte sind uns da bereits voraus. Kritisch hingegen sehen wir den Umstand, dass – wenn das Land auf Grund von Sparzwängen seine Zuschüsse zurückfährt -, die Stadt, der es ja nicht besser geht, nicht nur an der eigenen Bezuschussung festhält, sondern sich auch noch darum kümmert, womit die Vereine die ausgefallenen Landeszuschüsse kompensieren können, anstatt sich dem Sparwillen des Landes anzuschließen. Ich denke hierbei z. B. an das Schirmprojekt.

Auch im Jugendbereich muss noch eine ganze Menge finanzieller Luft sein, wenn man es sich leisten kann, einen Verein mit einer fünfstelligen Summe zu fördern, der die Beratung von Wehrdienstverweigerern unter dem Motto: "Alle Soldaten sind Mörder" betreibt. Wie das mit den Bemühungen der Stadt Halle um den Erhalt des Bundeswehrstandortes Halle-Lettin zusammenpasst, müssen Sie uns gelegentlich erklären, Frau Oberbürgermeisterin und Frau Szabados.

Ein weiterer massiver Kritikansatz ist Ihre inkonsequente Umsetzung der START-Studie. Mitarbeiter werden hin und her geschoben, eine echte Bedarfsanpassung findet nicht statt. Im Gegenteil, es wird weiter versucht Bedarfe zu wecken, die nicht existieren. Frau Szabados, sollte endlich akzeptieren, dass die große Mehrheit der halleschen Jugendlichen sich lieber in Sport- und Kulturvereinen engagiert, und nicht, wie Sie es gerne hätten, in denen für die Stadt sehr teuren Jugendclubs. Wir fordern Sie an dieser Stelle zur konsequenten Umsetzung der START-Studie auf.

Fazit: Im Bereich des Dezernates V gibt es noch viele Umsetzungsreserven. Mit weniger Ideologie und dafür einem mehr an sachlich-objektiver Bewertung der Förderung im Jugendund Sozialbereich, ist es durchaus möglich, weitere Einsparungen im Bereich von Frau
Szabados vorzunehmen ohne die soziale Infrastruktur in der Stadt Halle zu gefährden.
Das Gesagte zu Frau Szabados lässt sich, bezogen auf den Geschäftsbereich IV durchaus auch auf den Herrn Beigeordneten Dr. Marquardt übertragen. Auch auf die Gefahr hin, dass ich mich wiederhole Herr Dr. Marquardt, von dem einstigen Einsparziel in Ihrem Bereich, sind Sie doch so weit entfernt, wie der Himmel von der Erde.

Aber weshalb? Wir schätzen ja durchaus Ihre Aktivitäten in Sachen Olympiade 2012 und freuen uns wirklich sehr über das nationale Wettbewerbsergebnis.

Ihr Aktivitäten hier sind richtig und wichtig für unsere Stadt. Nur ebenso wichtig wäre, würden Sie auch als Beigeordneter in Sachen Kultur, Bildung und Sport für Furore sorgen und sich einmal konsequent der Haushaltkonsolidierung in Ihrem Verantwortungsbereich annehmen. Sie lächeln nett, Sie reden schön, bloß handeln, Herr Dr. Marquardt, handeln tun Sie hierbei wenig. Zu wenig, wie wir meinen.

Dabei wäre es so notwendig. Etwa im Kulturbereich, wo ob Ihrer Untätigkeit allenthalben Unsicherheit herrscht. Hier müssen Sie endlich Klarheit schaffen und Vorstellungen entwickeln, was auf die städtische Kulturlandschaft, gemessen an unserer finanziellen Situation, zukommt. Dieser Prozess kann nicht den Kultureinrichtungen selbst überlassen bleiben. Die strategische Vorleistung müssen Sie erbringen. Und dies nicht irgendwann, sondern sehr bald, eigentlich bereits vorgestern. Hier gibt es einen Aufwuchs im Verwaltungshaushalt von mehr als 1 Mio. Euro. Darüber könnte man sich sehr freuen, wenn dies eine bewusste politische Entscheidung für mehr Kultur in dieser Stadt wäre, so wie es Leipzig getan hat.

Leider zeigt es aber nur die Hilflosigkeit, die längst überfälligen Entscheidungen in strukturellen und konzeptionellen Fragen zukunftsfähig zu treffen.

Mehr als ein Jahr ist seit dem Berger-Gutachten mit klaren Auflagen für diesen Bereich vergangen. Diese Zeit ist verstrichen ohne auch nur ansatzweise den Beitrag zur Haushaltssicherung der Stadt zu leisten und den kulturellen Einrichtungen den Raum zu schaffen, in denen sie ihren künstlerischen und kulturellen Auftrag leisten können. Wir sollen heute kulturpolitische Leitlinien beschließen, die von der Zeit überholt sind. Seit Monaten diskutierte Vorhaben wie eine zentrale Vorverkaufskasse, bleiben im Verwaltungsweg stecken. Sogenannte Grundsatzbeschlüsse, für die Theater werden vorgelegt, die keine sind, weil in alten Strukturen gedacht wird und lediglich der jährliche Aufwuchs minimiert wird.

Die von der Verwaltungsspitze im letzten Jahr betriebene und im Haushalt sich niederschlagende Kulturpolitik ist trostlos, von Zufälligkeiten wie Tariferhöhungen gelähmt und ohne jegliche Vision wie eine modern strukturierte, ambitionierte Kulturszene in dieser Stadt gefördert werden müsste und auch könnte, denn der Anteil des Kulturhaushaltes am Verwaltungshaushalt ist beträchtlich, wie wir alle wissen. Diese Kulturpolitik ruiniert auf Dauer die kulturellen Einrichtungen dieser Stadt, die sich Kulturhauptstadt des Landes nennt und für die Kultur einer der wichtigsten Standortfaktoren ist.

Ähnliches könnte auch zum Schulbereich gesagt werden.

Der Sport, meine Damen und Herren, dies wissen wir nicht erst seit der erfolgreichen nationalen Bewerbung der Stadt Leipzig zur Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele im Jahr 2012, ist ein sogenannter weicher Standortfaktor. Und gegenläufig zur Entwicklung der Einwohnerzahl entwickelt sich der Sport positiv.

So sind heute innerhalb unserer Stadtgrenzen 154 Vereine mit 33.250 Mitgliedern in 65 Sportarten aktiv. Hier gibt es 8 Bundes- und 15 Landesleistungszentren.

Dies führt uns übrigens wieder zur bereits genannten START-Studie. Die Stadt sollte alle Möglichkeiten ausschöpfen, um diese Ansammlung sportlicher Leistungsfähigkeit zu erhalten. Dies macht die Stadt jedenfalls bekannter als manche Jugendfreizeiteinrichtung, bei deren Förderung die Verantwortlichen meist recht schnell mit der nötigen Zusage dienen. Auch dies wird mit uns nicht mehr zu machen sein. Priorität bei der Förderung haben vor allem jene Einrichtungen und Vereine aller Bereiche, die für die Stadt auch etwas tun. Ein weiterer wichtiger Punkt, weil nur die Schaffung von Arbeitsplätzen, jedenfalls nach unserer Auffassung, die beste Sozialpolitik ist, ist die Frage unserer städtischen Wirtschaftspolitik. Den haben Sie, Frau Oberbürgermeisterin seinerzeit zur Chefsache erklärt. Die Hoffnung, die sich damals mit Ihrer Entscheidung bei vielen verband, dürfte sich mittlerweile ziemlich verflüchtigt haben.

Die wirklich großen Erfolge auf diesem Gebiet allerdings, hat die Stadt Leipzig vorzuweisen. Ich erinnere hier an die Ansiedlungen solch namhafter Unternehmen wie BMW und Porsche. Es sei mir an dieser Stelle gestattet darauf hinzuweisen, dass diese Ansiedlungen in Leipzig unter wesentlicher Regie des zuständigen Wirtschaftsbeigeordneten, des CDU-Kandidaten für das Oberbürgermeisteramt der Stadt Halle aus dem Jahr 2000, Herrn Schubert, erfolgt sind.

Weshalb bekommen wir hier so etwas nicht hin? Natürlich unterliegen wir auch den Einflüssen aus Bund und Land. Dies tut Leipzig aber auch. Die äußeren Rahmenbedingungen sind also durchaus vergleichbar. Könnte es sein, dass es auch daran liegt, dass sowohl die Verwaltung als auch der Stadtrat in Leipzig nach außen hin ein ganz anderes, ein berechenbareres Bild vermitteln, als dies in Halle der Fall ist? Ich bin geneigt, dies zu glauben.

Aus diesem Grunde, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist die Zeit reif, den Schalter endlich umzulegen und das Schiff Stadt Halle wieder flott zu bekommen und auf Kurs zu bringen. Dies bedingt ein grundsätzliches Umdenken in unserer Finanzpolitik und dies bedingt das Setzen von Akzenten in unserer Wirtschaftspolitik.

Beides, da werden Sie mir sicher recht geben, ist unmittelbar miteinander verbunden. Voraussetzung hierfür ist das Schaffen eines neuen Haushaltsbewusstseins, welches sich an den tatsächlichen Gegebenheiten orientiert und daraus die notwendigen und richtigen Schlüsse zieht. Dies bedeutet, eine andere Schwerpunktsetzung als bisher, ich erwähnte dies bereits.

Wir müssen wieder auf ein gesundes, weil ausgewogenes Verhältnis von Ausgaben und Einnahmen zurück finden. Wir müssen drastisch sparen und unsere Einnahmen erhöhen. Eine Möglichkeit hierbei ist der Griff in die Taschen der Bürger. Der dankte es uns ja bereits dadurch, dass er in Scharen die Stadt verließ. Eine andere Möglichkeit, die Einnahmen zu erhöhen, ist das Steueraufkommen dadurch zu steigern, das Unternehmen angesiedelt, Arbeitsplätze geschaffen und die Kaufkraft der Bürger gestärkt wird. Ich gebe zu, dies ist nicht ganz so einfach, wie es klingt, aber eine, wie wir meinen, durchaus gute Variante und lohnende Aufgabe. Und auch die eigentlich einzige Alternative.

Dies heißt aber auch, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Und diese Rahmenbedingungen werden im Allgemeinen seitens potentieller Investoren vermisst. Sei es, dass Teile der Verwaltung immer noch nicht erkannt haben, dass ansiedlungswillige Unternehmen auch entsprechend gepflegt werden müssen, indem man sie betreut und begleitet auf ihrem Weg durch die Fachbereiche etwa, oder sei es durch kontraproduktive Beschlüsse des Stadtrates, wie den Tariftreuebeschluss, all dies bremst anderweitige Bemühungen um Wirtschaftsansiedlungen wieder aus.

Schuld daran sind einerseits Gleichgültigkeit und andererseits immer noch ideologische Scheuklappen, die den unvoreingenommenem Blick auf die Realität nicht nur trüben, sondern gänzlich verhindern.

Erst wenn große Teile des Rates aufhören, jeden potentiellen Investor nach marxistischleninistischer Manier als Ausbeuter und Klassenfeind zu betrachten, statt in ihm einen Arbeitund Geldgeber zu sehen, erst dann werden wir in Sachen Wirtschaftspolitik erfolgreicher sein können.

Lassen Sie mich an dieser Stelle kurz auf unsere städtischen Unternehmen eingehen. Nach wie vor sind wir uns nicht bei allen diesen Unternehmen sicher, ob auch konsequent eigene Rationalisierungspotentiale aufgedeckt werden, anstatt stetig wachsende Kosten über entsprechende Gebühren auf die Bürgerinnen und Bürger umzulegen. Dies kann nicht der rechte Weg auf Dauer sein, meine Damen und Herren, ich erwähnte vorhin bereits die Folge einer solchen Verfahrensweise. Auch auf unsere städtischen Unternehmen muss der Druck wachsen, notfalls muss die Frage der Übertragung dieser Aufgaben an Dritte, Private, aufgeworfen werden. Man hört, in anderen Städten sollen die Leistungen, die hier quasi durch die Stadt erbracht werden, oft besser und kostengünstiger durch andere, nichtstädtische Unternehmen erledigt werden.

Dies sollte uns, aber vor allem den Verantwortlichen der städtischen Gesellschaften, einmal zu denken geben. Der Stadtrat, meine Damen und Herren, wäre gut beraten, sich auch einmal mit einem solchen Szenario zu befassen und nicht so zu tun, als sei alles Bisherige auch für die Zukunft festbetoniert. Wir sind durchaus gehalten, gerade in einer solchen Situation, Visionen zu entwickeln, nicht für heute oder morgen, aber für den Tag, an dem andere Wege beschritten werden müssen. Und dies kann bereits übermorgen der Fall sein müssen, meine Damen und Herren.

Dabei verkennen wir durchaus nicht, dass es in einigen unserer Unternehmen seit geraumer Zeit Bewegung gibt, den Konsolidierungsprozess der Stadt zu unterstützen. Dies freut uns und dies anerkennen wir. Ob die Bemühungen geeignet sind, letztlich auch erfolgreich zu sein, wird sich erst zeigen.

Lassen Sie uns also endlich zu einer Politik der Vernunft finden, um letztendlich Entscheidungen zu treffen, Prozesse auf den Weg bringen zu können, die unserer Stadt die Zukunft sichern und den Bürgerinnen und Bürgern wirklich nutzen und dienen. Verfahren wir also nach dem Prinzip, wonach nur das Geld ausgegeben werden kann, was man auch hat. Die übertriebene Spendiermentalität auf Kosten der Steuerzahler ist nicht nur unlauter, sondern auch der völlig falsche Weg. So provozieren wir geradezu unsere eigene Handlungsunfähigkeit. Dies kann nun wirklich nicht gewollt sein.

Die Zeiten des Zurücklehnens und des Abwartens sollten mit dem heutigen Tag wirklich endgültig vorbei sein.

Für die CDU-Fraktion beantrage ich im Anschluss an die Debatte eine Auszeit, damit wir uns abschließend über ein Votum zur Vorlage verständigen können. Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit."

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion:

"Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren, an den Anfang möchte ich ein Sprichwort von Cervantes setzen, das mir sehr gut gefällt und das ein bisschen bezeichnet, wie Ausschusssitzungen verlaufen sind, auch unter diesen Prämissen: "Biegst Du den Stab der Gerechtigkeit, dann nicht unter dem Gewicht des Geldes, sondern unter dem der Gnade" und ich möchte Sie and die Haushaltsdebatte im Jahr 2002 erinnern. Damals gab es schon kritische Gedanken und Äußerungen hinsichtlich des Roland-Berger-Konzeptes, da es lediglich Eckpunkte zum Inhalt hatte und die Untersetzung bezüglich der Umsetzung fehlte. Auch bestand Unsicherheit, ob das Haushaltskonsolidierungskonzept vom Regierungspräsidium überhaupt genehmigt werden würde.

Frau Oberbürgermeisterin, gerade Sie waren doch froh – wie wir alle - als das Regierungspräsidium nach intensiven Gesprächen dann die Zusage gab. Aber – ich erinnere – der Stadtrat hat im Zuge der Haushaltsdebatte in der Sitzung am 22.05.2002 einen zusätzlichen Punkt im Haushaltskonsolidierungskonzept verabschiedet, damit die Genehmigung seitens des Regierungspräsidiums gesichert ist.

Ich zitiere diesen Punkt: "Der Stadtrat beschließt, unter Berücksichtigung des benannten Haushaltssicherungskonzeptes, das strukturelle Defizit bis zum Jahr 2005 auszugleichen". Meine Damen und Herren, ich denke, wir brauchen uns hier nichts vormachen, denn diesen Beschluss werden wir nicht umsetzen können. Die Ursachen hierfür liegen zum einen in der Verwaltung, die Widerstände bezüglich der dringend notwendigen Veränderungen aufbaut. Dies ist sehr bedauerlich, gerade weil Sie, sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin, auf diesen Missstand hingewiesen haben. Widerstände machen sich vor allem dann breit, wenn es um strukturelle Veränderungen innerhalb der Verwaltung geht oder aber wenn innovative Maßnahmen umgesetzt werden sollen.

Eine andere Ursache sind die fehlenden klaren Konzepte, die zur Untersetzung des Roland-Berger-Konzeptes entwickelt werden sollten. Konzepte liegen zwar vor, aber es mangelt ihnen an Klarheit und Struktur. Auch kommen diese Konzepte zu spät, um die Haushaltskonsolidierung im Sinne des im letzten Jahr gefassten Beschlusses umzusetzen. Kritik kam diesbezüglich aus allen Fraktionen. Es wurde einerseits auf die fehlende Untersetzung, andererseits auf die mangelhaften Konzepten hingewiesen. Auch fordert der Stadtrat seit Jahren die Privatisierung des Grünflächenamtes voranzutreiben. Ostern 2003 überlegt die Stadtverwaltung nach Aussage der MZ mit dem Grünflächenamt ähnlich wie mit dem Reinigungsdienst zu verfahren. Soviel zur Zusammenarbeit zwischen Stadtverwaltung und Stadtrat. Allerdings muss an dieser Stelle gefragt werden, ob es real gesehen, zu einer Einsparung kommt, wenn das Grünflächenamt einem kommunalen Unternehmen unterstellt wird. Die Ausgliederung des Reinigungsdienstes auf diese Art und Weise hat uns bis jetzt keine großen Einsparungen gebracht, da Verträgen zwischen Stadt und Stadtwirtschaft nicht nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten gestaltet sind. Im Übrigen hat die Geschäftsführung des ZGM diese Verträge schon kritisiert. Abzuwarten ist, wie sich die Eigenbetriebsbildung ZGM entwickeln wird.

Für die Diskussion der Konzepte zur Haushaltssicherung in den Ausschüssen und in den Fraktionen wurde auf Antrag des Stadtrates seitens der Verwaltung eine Zeitschiene erarbeitet, aber zu unserem Bedauern nicht eingehalten. Bedauerlich ist dies zum einen, weil Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren Stadträte kurzfristig Vorlagen auf den Tisch bekamen über die schnellstmöglich abgestimmt werden sollten. Die Zusammenarbeit von Verwaltung und Stadtrat ist hier keinesfalls optimal verlaufen, so dass ein gemeinsamer Arbeitsprozess nicht wirksam werden konnte. So gab es keine Diskursmöglichkeiten, die eine Basis im Sinne eines argumentativen Austausches hätte bilden können, um gemeinsam einen Weg für die Stadt Halle zu finden. Im Gegenteil, es sollte wieder im Schnelldurchlauf verhandelt werden. Platon sagte schon, ich zitiere: "Man kann nicht denken, wenn man es eilig hat".

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

dem Stadtrat wurde im Januar diesen Jahres ein Haushaltsplanentwurf vorgelegt, der –sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin – schon im Februar in seiner Gültigkeit in Frage gestellt wurde. Tariferhöhungen, Erhöhungen im BSHG-Bereich und der Mehrbedarf im Kulturbereich waren im ersten Entwurf nicht enthalten. Den Stadträten wurde einerseits zugemutet sich bei jeder Ausschusssitzung durch den Wust von Papieren zu schlagen, die neu in den Haushaltsplan eingearbeitet werden sollten. Andererseits war die Stadtverwaltung nicht in der Lage auf offene Fragen zu antworten oder glänzte durch Abwesenheit. Meine Damen und Herren Stadträte dies ist unseres Erachtens unzumutbar.

Die Mitglieder der HAL-Fraktion sehen in dem nun eingeschlagenen Weg keine nachhaltige Sicherung des Haushaltes und auch nicht den Weg in eine Iebenswerte Stadt, da es bald weniger Bibliotheken, Bäder und Kultur geben wird. Die Haushaltssicherung wird hier wieder einmal auf Kosten der Bürger und Bürgerinnen ausgetragen. An dieser Stelle sei jedoch gesagt, dass die HAL-Fraktion es ausdrücklich begrüßt einen Weg zu finden, um aus der Finanzmisere der Stadt herauszukommen. Beispielsweise haben verschiedene Anträge unter anderem auch mit anderen Fraktionen, wie die Zusammenlegung des Kartenvorverkaufs oder die Forderung nach der Privatisierung der Kiebitzensteiner einen Weg zur Haushaltskonsolidierung gezeigt.

Jedoch ist der gewählte Weg ein Weg in die falsche Richtung und dieser wird uns, meine sehr geehrten Damen und Herren Stadträte, auf die Füße fallen.

Verschiedene politische Entscheidungen des Stadtrates in den vergangenen Jahren haben uns bereits gezeigt, dass es Fehlentscheidungen waren, die durch eine einseitige Sicht auf die Dinge getroffen wurden und die letztlich zum heutigen Haushaltsdefizit beigetragen haben. Zu nennen seien hier nicht nur BMW, Berliner Brücke, diverse Gutachten und Berater, Personalentscheidungen, SB-Warenhäuser und die Händelhalle, sondern auch das kontinuierliche Aufbrauchen von Rücklagen.

Das Defizit beträgt im Haushaltsjahr 2003 nunmehr 100 Mio. €, welches nicht mehr durch die Entnahme aus Rücklagen für Investitionen und weitere Gewinnausschüttungen der EVH über die SWH/VVV ausgeglichen werden kann. Ein gut strukturiertes

Haushaltskonsolidierungskonzept wurde uns letztes Jahr versprochen, welches uns aus der Finanzkrise bis zum Jahr 2007 herausführen sollte.

Es wurde viel Papier und Geduld aufgebraucht, aber ein klar strukturiertes Konzept liegt nicht vor.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch nicht aufgenommene Probleme in unserer Stadt verursachen Haushaltsdefizite. Zu nennen sei hier fehlende energetische Schulsanierung. Beispielsweise verursachte fehlende Thermostatregelung an den Heizkörpern über Jahre hinweg hohe Nebenkosten, die sich Schulen in Freier Trägerschaft nicht leisten können, aber die Stadt kann dies offensichtlich. Das jüngste Beispiel zeigt, dass die Montessorischule bei ihrem Umzug in die Glaucha-Schule Entsetzten über die hohen Nebenkosten zeigte und den Einbau von Thermostaten forderte. An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass die Stadt seit Jahren kein Energiemanagement betreibt, das diesen Namen auch wirklich verdient und was auch in überörtlichen Prüfberichten angemahnt wurde. Forderungen seitens der HAL-Fraktion wurden in den Wind geschlagen, so auch der Prüfantrag das Projekt "Klimaschutz macht Schule" auf die Stadtverwaltung zu übertragen. Weitere Prüfanträge der HAL-Fraktion, die zur Haushaltskonsolidierung beitragen sollten wurden nicht ernst genommen, so erinnere ich an das Beispiel der Portogebühren und den Prüfantrag zur Einführung von Open Source Software, welche sicherlich immense Kosteneinsparungen mit sich bringen würde.

Eine kurze Anmerkung zu Open Source: Diese Beispiel ist beispielhaft für die Starrheit der Verwaltung. Nach insgesamt 14 Monaten wurde hier kein Zwischenergebnis geschweige denn ein Ergebnis erreicht. Eine Reaktion auf unsere Forderung ergab sich erst auf den Antrag den Sie heute auf der Tagesordnung finden. Am gestrigen Abend fanden wir mit der Abteilung EDV und der IT-Consult eine Gesprächsebene. Dieses Gespräch hätte schon im letzten Jahr, als wir erstmalig einen Antrag formulierten, stattfinden können und hätte uns eine ganze Menge an Energie und Kraft gespart.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Im Kinder- und Jugendbereich verweisen wir auf die START-Studie, die einwandfrei gezeigt hat, dass Halle ein neues Profil der Jugendarbeit braucht. Unser Eindruck: die Studie wurde und wird bisher ignoriert. Die Ausgaben in den Jugend- und Freizeiteinrichtungen steigen indes über Jahre hinweg weiter, obwohl immer weniger Jugendliche das Angebot nutzen. Hier ist es fraglich, ob die Verteilung der Gelder gerecht und sinnvoll ist. Unseres Erachtens müsste in diesem Bereich ein Umdenken erfolgen und ein neues Konzept erstellt werden. Aber nicht ein Konzept, welches an den alten Strukturen festhält, sondern ein Konzept, welches sich direkt am Bedarf aller Kinder und Jugendlichen der Stadt Halle orientiert und nicht in andere Ressorts eingreift.

Im Bereich Hilfe zur Erziehung belegt beispielsweise die Entwicklung der Fallzahlen, als auch die im Vergleich zu Freien Trägern unverhältnismäßige Größenordnung des Zuschussbedarfs der Einrichtung des Kinder- und Jugendschutzzentrums Klosterstraße, die Unwirtschaftlichkeit. Hier hätte schön längst laut Subsidiaritätsprinzip ein Abbau beim städtischen Träger erfolgen müssen. Auch der Schlussbericht der Rechnungsprüfung belegt hier eindeutig eine zu geringe Auslastung schon im Jahr 2001.

Im Bereich Zentraler Service ist anzumerken, dass es hier einer Überprüfung der Flexibilisierung von Arbeiten innerhalb und außerhalb der Stadtverwaltung bedarf. Wir meinen hier beispielsweise Konzepte zu Telearbeit, die eine Kosteneinsparung durch weniger Büroräume mit sich bringen würde. Auch fehlt es immer noch an einer transparenten Erläuterung zur Personalkostenentwicklung und einem klaren

Personaltransformationskonzept sowie die Aufgabenkritik, die für viele Bereiche noch fehlt. Die Einrichtung einer Lenkungsgruppe hatte bis jetzt wenig Effekte.

Im Bereich Kultur ist zu sagen, dass wir heute eine Vorlage zu den kulturpolitischen Leitlinien seitens der Verwaltung auf der Tagesordnung haben, die unseres Erachtens inhaltlich keine zukunftsträchtige Aussage hinsichtlich der Entwicklung unserer Kulturlandschaft enthalten. Auch kann man sich des Eindruckes nicht verwehren, dass die uns bis jetzt vorgelegten Teilkonzepte wenig in dieser Richtung erwarten lassen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

das Defizit im Haushalt konstruiert sich auch durch Fehlplanungen, wie die Beispiele Messe Bruckdorf und Neubau Voßstraße zeigen. Dort sind die Kosten für die Stadt immens in Höhe gegangen, weil eingeplante Fördermittel nicht zur Verfügung standen oder aufgrund fehlender Fachkompetenz im Planungsbereich. So kommen beim Neubau Voßstraße mehr als 2 Mio. Euro an Mehrkosten auf den städtischen Haushalt zu, die nach unseren Kenntnis schon hätten in die Planungen einfließen müssen. An dieser Stelle sei gefragt, wie sich die Kostenfrage bezüglich des Neubaus der Berliner Brücke weiter entwickeln wird. Bisher hat der Stadtrat hier keine transparente Kostenplanung erhalten.

Des weiteren entstehen Defizite auch durch mangelnde Wirtschaftsförderung, die unseres Erachtens nicht gezielt eingesetzt wird. Im Gegenteil, Investoren, die hier ja nicht gerade Schlange stehen, müssen dennoch lange Wartezeiten und somit sehr viel Geduld aufbringen, um Projekte in der Stadt umzusetzen. In dieser Zeit verliert die Stadt Geld, da leerstehende Gebäude eben Kosten verursachen.

Um nur einige Beispiele zu nennen:

- 1. Mittelstraße Hier haben wir erreicht, dass junge Leute aus der Stadt abgewandert sind, die bereit waren langfristig ein historisch wertvolles Denkmal zu erhalten. Die Stadt Leipzig freut sich über die hoch Engagierten. Hier liegt nicht die Schuld bei der Stadtverwaltung, sondern meine sehr geehrten Damen und Herren hier hat der Stadtrat die Verantwortung und die Konsequenzen zu tragen, denn jetzt haben wir statt bewohnten Wohnhäusern mit Werkstätten oder wenigstens Studentenwohnungen immer noch eine weiter vom Verfall bedrohte Ruine in unserer Innenstadt. Man kann nur hoffen, dass hier bald eine Entscheidung gefällt wird.
- 2. Die ehemalige Kita "Pünktchen": Hier gab es Investoren, die dieses Gebäude erwerben wollten und nur aufgrund des Drucks einiger Stadträte auf die Stadtverwaltung kam es erst nach erheblich langer Zeit zum Verkauf an die Investoren. Wir denken, dass es nicht Aufgabe der Stadträte sein kann, sich um Investoren zu kümmern.
- 3. Große Ulrichstraße 39: Hier zeigte sich offenkundig, wie die Stadtverwaltung einerseits mit den Geldern der Stadt und zum anderen mit Baudenkmälern umgeht. Wir fragen uns, ob es nicht noch mehr Beispiele gibt, in denen durch nicht eingehaltene Fristen Geld verschleudert wird. Meine Damen und Herren und dieses Beispiel zeigt, dass hier die Stadt ein Baudenkmal hätte erhalten können, ohne dass die Stadt 1 Cent hätte dazu bezahlen müssen. Die Stadtverwaltung hätte Kontrolle walten lassen und gegebenenfalls rechtliche Schritte einleiten müssen. Statt dessen können wir uns des Eindruckes nicht verwehren, dass die Zuständigen in der Stadtverwaltung eher geschützt als zur Verantwortung gezogen werden.
- 4. Ökohof Seeben: Seit 2 Jahren macht die HAL-Fraktion auf die dortigen Missstände im Bereich der Gebäude und Äcker aufmerksam. Hier muss gefragt werden, warum die Stadtverwaltung nicht in der Lage ist den Inhalt bestehender Verträge durchzusetzen. Die Stadtverwaltung schaut zu, wie das Stadtviertel an Attraktivität eher verliert als gewinnt.

Die Transparenz und die Zusammenarbeit mit der Verwaltung fehlte letztes Jahr und auch in diesem Jahr. Die dringende Notwendigkeit eines ausgeglichen Dialoges ist nicht erst seit diesem Jahr bekannt.

Der Blick auf zukünftige und gegenwärtige Entscheidungen lässt leider weiter erwarten, dass über Nachhaltigkeit und Sinnhaftigkeit nicht diskutiert und nachgedacht wird. Auch schlecht erarbeitete Beschlussvorlagen und Dringlichkeitsvorlagen werden uns wohl zukünftig nicht erspart bleiben. Dies ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, jedoch keine Basis, auf der die Stadt Halle eine Sicherung im Haushalt erreichen wird. Wir fordern deshalb mehr Transparenz und einen argumentativen Austausch zwischen Verwaltung und Stadtrat. Auch werden wir uns weiter dafür einsetzen, dass sich das Leben für die halleschen Bürger lebenswert gestaltet.

So sehen wir uns in der Pflicht Großprojekte hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeit immer wieder in Frage zu stellen, um späteren Schaden für die Stadt abzuwenden. In der heutigen Entscheidung zum Grundsatzbeschluss für den Neubau eines Sport- und Freizeitzentrums sehen wir, wie auch die Mehrheit im Stadtrat, eine Chance für die Sportstadt Halle. Jedoch, meine Damen und Herren, lassen Sie uns nicht all zu blauäugig an die Sache herangehen, denn die Prüfung auf Nachhaltigkeit ist ein wichtiges Kriterium, um zukunftsorientiert zu handeln. Die HAL wird heute einen Änderungsantrag bringen, der diese Prüfung auf Nachhaltigkeit fordert, gerade weil der zukunftsorientierte Sportstättenbau aus humanökologischer Sicht eine enge Verknüpfung individueller und sozialer Grundbedürfnisse im Bereich Sport-Spiel-Freizeit mit umwelt- und wirtschaftspolitischen Entwicklungszielen und Planungsqualitäten darstellt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Entscheidung zum deutschen Standort der Olympiade hat auch in Halle große Freude ausgelöst und kann durchaus eine Entwicklungschance für die Wirtschaft, den Arbeitsmarkt und natürlich den Sport bedeuten.

Allerdings stimmen wir der Aussage des Ministerpräsidenten Herrn Böhmer zu, der sagt, dass es zum einen einen großen Schub für die gesamte Region bringen könne, sich jedoch andererseits dagegen verwehrt, konkrete Entscheidungen zu treffen, bevor ein Konzept auf dem Tisch liegt. Fraglich ist zudem, wie die Stadt Halle die weiteren Bewerbungskosten schultern will, denn Blankoschecks dürfen hier nicht vergeben werden. An dieser Stelle weisen wir auf die mangelnde Öffentlichkeitsarbeit hin, denn hat man in der vergangenen Woche beispielsweise den "Spiegel" oder den "Focus" gelesen, wird man unschwer erkannt haben, dass die Stadt Halle in den Artikeln zu Olympia mit keiner Silbe erwähnt hat. Meine sehr geehrte Damen und Herren, im Ergebnis der Haushaltsdebatte haben wir, wie soeben dargestellt, triftige Gründe benannt, die einer Zustimmung zum vorgelegten Haushalt und Haushaltskonsolidierungskonzept aus unserer Sicht widersprechen. Die Stadträtinnen und Stadträte der HAL-Fraktion lehnen deshalb den Haushaltsplan und das Haushaltsicherungskonzept ab.

Vielleicht könnte man es mit einem jüdischen Sprichwort halten: "Leg dich lieber ohne Mahlzeit schlafen, aber steh <u>ohne</u> Schulden auf.

Wir möchten uns ausdrücklich bei Herrn Funke und seinen Mitarbeiterinnen bedanken. Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!"

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion: "Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich habe kein Manuskript, ich habe hier nur ein paar Worte aufgeschrieben, also, ich habe auch keine Redevorbereitung. Eigentlich ist ja schon fast alles gesagt worden, An Kritik, sage ich mal, ist es so, dass ich einer ganze Menge an Dingen, die Herr Sänger gesagt hat, ja zustimmen kann. Nur leider ist das dann so mit kabarettistischen Zügen vorgetragen worden, dass man dann eigentlich auch nicht weiß, in welche Richtung das führt. Interessant fand ich z.B. die Erkenntnis, dass Investoren, so habe ich das jedenfalls verstanden, einen Bogen um Halle machen, weil Frau Szabados mit ihrer Ausgabenpolitik da nicht richtig liegt. Und da habe ich mir eigentlich gedacht, verdammt noch mal, jetzt habe ich die Erkenntnis, die war nämlich bei Rauen auch schon da, und jetzt weiß ich, warum hier keiner hergekommen ist. Das finde ich also sehr interessant.

Interessant finde ich auch, Herr Sänger, dass Sie das so in flotter Art und Weise machen. Also ich vertrete hier keine Regierungskoalition, aber ich versucht so ein bisschen fair zu sein, Sie sagen, dass wir uns auf Pflichtaufgaben beschränken sollen. Sagen Sie mal, in Ihrem Opernhaus, wie viel Pflichtaufgaben haben wir denn da? Muss ich mal Herrn Dr. Marquardt fragen. Die können wir alle zumachen, wenn wir das machen. Also solche Pauschalaussagen gehen nicht und funktionieren auch nicht. Deshalb bin ich der Meinung, dass Sie zwar Recht haben, dass die Stadtverwaltung, was die Spar- und Konsolidierungspolitik anbetrifft, nicht hinreichend gearbeitet, ich bin sogar der Meinung, dass sie eigentlich gescheitert ist, und da werde ich gleich noch ein paar Worte dazu sagen. Aber das Ganze in einen derartigen Rahmen zu rücken oder mit derartigen Hinweisen zu bestücken, finde ich schon sehr komisch.

Ich will nur eines sagen, natürlich hat Herr Schubert BMW nach Leipzig geholt. Ich hab das unglücklicherweise – da war ich noch in der SPD – mal gesagt, dass Herr Tiefensee das gemacht, da bin ich ordentlich beschimpft worden, weil das ja eine Herabwürdigung von Frau Häußler war, aber mit Herrn Schubert wäre ich ja nun nicht ... gegangen.

Ich habe aber auf der anderen Seite den Eindruck, und da hat mich die Rede von Frau Häußler sehr nachdenklich gemacht, eigentlich flüchtet man sich jetzt in Träumen in die Zukunft. Sicherlich unterstützen wir diese Olympiabewerbung. Und ich habe gesagt, da müssen wir auch Geld dafür ausgeben, nur, allein schon das, was wir beschlossen haben, und da ist auch gar kein Blankoscheck enthalten, das sind nicht Riesenbeträge. Die sind wichtig, und wir müssen das auch tun, um irgendwo kleine Zukunftsfenster zu eröffnen. Ich finde es auch sehr gut, ich hab das eigentlich hier zum ersten Mal gehört, dass jetzt das, was Sie auch einmal im kleineren Kreis gesagt haben, dass Sie diese Bewerbung für die europäische Kulturhauptstadt in den Vordergrund stellen wollen, dass das also jetzt kommen

soll, dafür müssen wir auch Geld ausgeben, und zwar nicht 300 000 Euro. Da müssen Sie eine Null dran machen, sage ich, wenn Sie es richtig machen wollen. Nur, das ist nicht allein die Zukunft der Stadt. Dass man da schon gleich wieder ein Stadion bauen will, ist schon der erste Missgriff, den man da macht, weil das Ding ja völlig unwirtschaftlich ist. Aber da springen ja alle drauf auf.

Ich denke, Frau Häußler, die Frage der Gestaltung von Zukunft will ich mal an einem Beispiel Nehmen, wo sie gar nicht verantwortlich mitgewirkt haben. Das ist z.B. die Frage der Gestaltung der Bibliothekslandschaft. Die Gestaltung der Bibliothekslandschaft war, unter vielen anderen Punkten, ein Punkt, der schon seit 1996 fällig war, den seit 1996 haben wir schon einen strukturell defizitären Haushalt gehabt. Und wenn man sich einmal vorstellen würde, man hätte 1996 das gemacht, dann hätten wir auch Mittel gehabt, eine ordentliche Zentralbibliothek da hinzusetzen, worüber jetzt keiner mehr so richtig redet, denn dafür ist ja kein Geld mehr da.

D.h., wenn man solche Dinge rechzeitig tut, dann hat man, spart man Geld und man hat Gestaltungsspielräume. Je länger wir warten – und da kommt ja dieses Gorbatschow-Wort ,Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.' – und das machen wir jetzt auch alle – und je länger wir warten, umso schlechter wird es, umso weniger haben wir Möglichkeiten, die Zukunft zu gestalten. Das ist das Problem. Und, Frau Häußler, ich denke, das ist auch Ihr Problem, und zwar in vielen Bereichen. Ich will da nur einen Bereich nennen, der Sie jetzt betrifft – das mit den Bibliotheken, das ist sehr notwendig, dazu fällt mir noch etwas ein, wir haben es im Finanzausschuss diskutiert, da sollte mal eine Bibliothek geschlossen werden, und da kommt der Stadtrat natürlich gleich in die Verantwortung... Da ist sogar der Herr Gärtner aus der PDS ausgezogen, weil dieser Stadtrat sich nicht durchringen konnte, eine Bibliothek zu schließen, und jetzt machen wir mit einem Federstrich sieben oder acht oder sechs weg - Aber ohne das

im Grunde genommen in einer gestalterischen Art und Weise tun zu können. Und das, finde ich, ist schlimm. Und, Frau Häußler, Sie sind jetzt seit drei Jahren hier in der Stadt Oberbürgermeisterin und seit dieser Zeit natürlich auch im Stadtrat und ich erinnere mich ganz genau an die Diskussionen, die geführt worden sind, um die Frage Haushaltskonsolidierung.

Und die fing im kleineren Kreis an im September, Oktober 2000, da ging es um die Frage – da ging es noch ganz gut, da hatten wir noch einen ausgeglichenen Haushalt, wie auch immer – da hat es im kleinen Kreis, in Ihrem Beisein, die Frage "Wie kommen wir in der Stadtverwaltung zu Kosteneinsparungen im Personal über Sozialtarife" gegeben. – Sie hatten es ja auch angesprochen, Frau Wolff - aber das ist eine alte Kamelle, die ist zwei Jahre und neun Monate alt. Und da ist eigentlich ziemlich klar geworden in dieser Diskussion, wie das gehen kann.

Ich habe dann eigentlich davon nichts mehr gehört, bis jetzt im Finanzausschuss Herr Funke sagt, er braucht unbedingt ganz schnell Geld für Gutachten, um festzustellen, wie Ämter über Ämter, Strukturierung oder was auch immer, Einsparungen erzielen können über Sozialtarifgestaltung... und da hieß es dann, das muss bis Juni passieren. Ja, das hätte wir vor zwei Jahren und neun Monaten in aller Ruhe machen können. Wir hätten das auch damals in Einklang mit den Arbeitnehmern machen können und hätten heute schon eine ganze Menge weniger Löcher als wir haben. Und ich denke eigentlich und ich sage das ganz ehrlich, das geht auf die Verantwortung von Ihnen, Frau Oberbürgermeisterin, weil - ich denke, auch jetzt machen Sie das sehr unwillig...und die Einsicht in die Notwendigkeit, die zu spät kommt, ist nicht gut.

Soweit, so gut. Jetzt einmal ein bisschen etwas zu Ent- und Belastung noch und dann will ich abschließen. Also, ganz sicher kann man Sie nicht für dieses gigantische Haushaltsloch verantwortlich machen. Wir hatten ja so ein strukturelles Defizit, so 20 Mio. Euro, gut, das hat sich dann immer erweitert über Lohnerhöhungen, aber das, was wir jetzt haben, nämlich das vier- bis fünffache, ist natürlich dem geschuldet, was Sie auch angesprochen haben, nämlich dem grundsätzlichen Strukturproblem beim Finanzausgleich, das muss man einfach erkennen.

Und es ist eigentlich ziemlich unmöglich, das in kurzer Zeit weg zu kriegen. Aber Tatsache Ist, dass wir wirklich notwendige... machen können, was unsere Situation heute sehr verbessert

hätte, dass wir das versäumt haben, und dass ich im Augenblick auch nicht sehe, dass – außer sehr viel Hektik – hier in Ruhe und zukunftsweisend gearbeitet wird. Und aus diesem Grunde werde wir den Haushalt ablehnen."

Frau Krischok, PDS-Fraktion: "Sehr geehrte Damen und Herren,

zwischen Bund, Ländern und Kommunen.

nach einer vier Monate fast währenden Diskussionen haben wir heute einen immer noch unausgeglichenen Haushaltsentwurf 2003 vor uns liegen. Aber eigentlich sollte der Stadtrat schon im Februar beschließen. Er fasste auch im Januar einen solchen Beschluss, entgegen dem Anraten der Mitglieder des Finanzausschusses. Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, aber niemand im Stadtrat, der diesen Beschluss unterstützte, hat im Anschluss in den Ratssitzungen im Februar und März dagegen opponiert, dass gegen diesen Beschluss verstoßen wurde. Aber manchmal stellt sich Weisheit durch Schweigen ein.

Was bleibt, ist ein fast 100 Mio € - Loch im Haushalt - 60 Mio Euro aus 2003 und fast 40 Mio € aus 2002. Dies veranlasst uns nicht zu Freudenausbrüchen oder zum Schadenfrohsein. Ein sofortiger Ausgleich des Haushalts in dieser Größenordnung war niemals angestrebt und auch nicht möglich.

Es sei denn, man schlösse alle kulturellen Einrichtungen dieser Stadt – angefangen beim Opernhaus - streiche alle so genannten "freiwilligen Zuschüsse" in den Bereichen Sport, Jugend und Soziales und ferche alle Kinder in Kita's und Schulen so zusammen, dass Betriebskosten gespart werden können. Und selbst dies würde nicht ausreichen, um die Lücke von 100 Mio € im städtischen Haushalt zu schließen.

Wer dies behauptet, hat den Haushalt noch nie ernsthaft durchgesehen und die Folgen eines solchen Handelns für das Gemeinwesen in unserer Stadt, wie eben beschrieben, nicht gründlich bedacht. Andererseits machen diese möglichen Gruseltaten die gesellschaftliche Dimension unseres Haushaltsloches von strukturell 60 Mio € mehr als deutlich.

Die PDS-Fraktion erkennt also durchaus die Schwierigkeiten und die Problemhaftigkeit, die auf dem Wege zum Ausgleich des Haushaltes in den nächsten Jahren liegen. Und wenn wir alle ehrlich sind hier im Saal, dann müssen wir uns sagen: Das können wir, Halle und alle anderen betroffenen Städte und Gemeinden in der Bundesrepublik, die vor einer ähnlichen Situation stehen, nicht allein schultern. Dazu bedarf es mehr als nur eines Haushaltskonsolidierungskonzeptes – nämlich einer Reform der Verteilung der Finanzen

Sollte auch in den nächsten Jahren die Reduzierung der allgemeinen Finanzzuweisungen aus dem Finanzausgleich durch die Landesregierung weitergehen - in diesem Jahr immerhin 20 Mio € - , wird sich die Situation in unserer Stadt weiter zuspitzen. Unsere eigenen Steuereinnahmen werden das nicht kompensieren können. Sie liegen gerade mal bei 22, 5 % der Gesamteinnahmen des Haushaltes. Dabei ist ihr Anteil an den Gesamteinnahmen des Haushaltes in den letzten Jahren sogar gestiegen. Dieser Umstand weist auf ein großes Problem hin. Die Sanierung der öffentlichen Haushalte kann nicht durch eine Steuergesetzgebung erfolgen, die zu Lasten von Ländern und Kommunen geschieht.

Die durch die rosa-grüne Bundesregierung angekündigte Gemeindefinanzreform lässt auf sich warten. Und sollte sie tatsächlich in 2003 kommen, wird sie unser Problem auch nicht endgültig lösen können, aber einen Beitrag leisten kann sie.

Unsere Hoffnungen darin bleiben also klein, und HH-Konsolidierung muss unter diesen Bedingungen sein.

Traurig ist nur, dass wir sie in diesem Jahr beginnen und gleichzeitig zur Absicherung des laufenden Geschäfts der Stadtverwaltung auf Kassenkredite in einer Größenordnung von 90 Mio € zurückgreifen müssen. Das macht schon wieder ein weiteres Minus für die Haushalte danach.

Dennoch, konstatieren muss man der Verwaltung: Sie hat einen Verwaltungshaushalt vorgelegt, der in seinen Gesamtausgaben nicht höher ist als im Jahr 2002 und dies, obwohl in 2003 überdurchschnittliche Tarifsteigerungen in den Personalkosten wirksam werden. Ein umfassendes Personalkosteneinsparungsprogramm im Jahr 2003 soll ebenfalls zu dieser Ausgabenkonstanz beitragen, wie einzelne Bereiche Einsparungen schon zu spüren bekommen (z.B. ÖPNV, Teile der Jugendhilfe u.a.). Leider hat die Ausgliederung und Gründung des ZGM in diesem Jahr noch nicht zu den von Herrn Berger erhofften Einsparungen geführt. Aber bis zu 10 Mio € sollen in den nächsten 5 Jahren zusammen kommen. Da sind wir ganz gespannt. Hoffentlich geht dies nicht zu Lasten unserer Kinder in Schulen und Kita's in dieser Stadt, in dem es zu Standortschließungen aus rein betriebswirtschaftlichen Gründen kommt. Andere Zusammenführungen können aber durchaus sinnvoll sein, wie es bei den Bibliotheksstandorten geschieht, vorausgesetzt die Qualität der übrigbleibenden leidet nicht darunter. Besser noch, sie würden an inhaltlicher Qualität gewinnen und so attraktiver für die Nutzer werden. Hier warten wir sehnsüchtig auf ein richtiges Bibliotheksentwicklungskonzept.

Zu tiefgreifenderen Überlegungen muss es im Rahmen der Konsolidierung des Haushaltes vor allem auch in der Kultur kommen, hier insbesondere bei den Theatern und Orchestern. Die in den nächsten Jahren zu erwartenden Ausgabensteigerungen sind nicht mehr kompensierbar und hinzunehmen. Die bisher von der Verwaltung unterbreiteten Lösungsvorschläge reichen da offensichtlich nicht mehr aus. Gedanken und Vorschläge in Richtung einer GmbH mit vertraglich fest vereinbarten Zuschüssen über mehrere Jahre hinweg o.ä. müssen wohl entsprechend dem "Weimarer Modell" gegangen werden und dies ohne die kulturelle Substanz zu gefährden. Aber ein "Weiter so" kann es nicht geben. Andererseits steht die Frage der Mitfinanzierung kultureller Einrichtungen Halles wie anderer weicher Standortfaktoren, die auch durch Einwohner der Umlandkreise genutzt werden. Letzteres wird aber wohl so schnell nicht zu haben sein, da die Landesregierung sich weigert das Verhältnis zwischen Halle und seinem Umland im Rahmen einer Gemeindegebietsreform anzugehen und zu lösen.

Desto größer müssen jedoch unsere Anstrengungen in den nächsten Jahren sein, um den Haushalt mittelfristig aus der Unterfinanzierung herauszubringen und Handlungsspielräume zurückzugewinnen. Wie wollen wir sonst solch eine riesige Herausforderung wie Olympia 2012 oder 2016 in Leipzig und Partnerstädte überhaupt angehen. Und das auch noch vor dem Hintergrund eines Mauerblümchendaseins des Sports in unserer Stadt, sieht man sich die Bedingungen dafür an.

Es bleibt dabei, die größten Einsparungen müssen aus der Verwaltung selbst kommen, d.h. von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, durch effektiveren Mitteleinsatz, effektivere Strukturen mit flachen Hierarchien, die kostendämpfend wirken und bürgernah sind. Weitere Personalkosteneinsparungen sind notwendig.

Weitere Gebührenerhöhungen dagegen verbieten sich eigentlich, betrachtet man die Einkommenssituation der Menschen in unserer Stadt.

Noch ein paar Worte zum Allheilmittel Gutachten: Der Finanzausschuss beschloss Kürzungen in verschiedenen Einzelplänen, die Verwaltung unterbreitet in den heutigen Unterlagen Vorschläge. Zu einem haben wir eine Frage − 01 Rechnungsprüfung, Senkung um 50 T€ - aber im Haushaltsentwurf, im ursprünglichen dicken Papier, steht: gesetzlich αefordert.

Was ist wahr?

Einige wenige Worte zum Vermögenshaushalt: Den finden wir schon soweit okay, aber die Ausgaben für die Voßstraße, die ja bekanntlich immer mehr steigen, und den dritten Saaleübergang halten wir nach wie vor für nicht mehr zeitgemäß und also überflüssig.

Hier hätte man andere Investitionen planen und umsetzen können: Schulen, Turnhallen, Radwegebau. Auch wenn uns nicht alles in diesem Verwaltungshaushalt passt, wird die Mehrheit der PDS-Fraktion diesem Haushalt zustimmen.

Zum Schluss noch ein Dank an alle Mitarbeiterinnen, insbesondere im Bereich von Herrn Funke, für die fleißige Arbeit, im Rahmen der Haushaltsberatungen."

Herr Lehmann, SPD-Fraktion: "Frau Oberbürgermeisterin, Herr Vorsitzender, meine sehr verehrten Damen und Herren, manches von dem, was ich hier von den Haushaltsreden gehört habe, hat mich schon doch sehr irritiert. Also, Herr Sänger, wenn ich Ihnen so folgen darf, dann ist das alles selbstverschuldet. Wir haben auch die beiden Schuldigen: Das ist Herr Dr. Marquardt, Frau Szabados, Herr Dr. Marquardt will nicht sparen, Frau Szabados verschleudert wider besseres Wissen die Millionen für überflüssige Projekte – ich denke, so einfach können wir es uns nicht machen. Und bevor wir so ohne weiteres fordern zu sagen, wir machen nur die Pflichtaufgaben und – die Beispiele aus dem Jugendhilfebereich sind ja vielfach genannt worden - wir streichen das alles und bauen da drastisch ab, dann empfehle ich doch, einfach mal zu lesen.... was über Sozialstaat und soziale Sicherheit und die besonderen Hilfen für besondere Zielgruppen anbelangt. Das sind einfach ganz wichtige, wie ich denke, die Humanität dieses Staatswesens ausmachende Aufgaben. Man kann im einzelnen sicherlich darüber diskutieren, ob das, was wir tun, immer so effektiv und effizient ist, aber was man nicht tun kann, ist zu meinen, auf diese Weise könnte man Haushaltskonsolidierung betreiben, das halte ich für einen grundsätzlich analytisch verkehrten Ansatz.

Nächste Bemerkung: Wir tun so, als sei das alles selbst verschuldet, also, die Defizite der Stadt Halle seien selbst verschuldet. Ich will mal sagen, es gibt zwei Anteile, einer – und ganz wesentliche Anteile sind von der Oberbürgermeisterin und Herrn Funke benannt worden – wir haben massive strukturelle Finanzierungsprobleme, auf die die Stadt überhaupt keinen Einfluss hat und die zweistellige Millionenbeiträge jedes Jahr ausmachen. Das muss einfach, wenn man diese Situation hier analysiert, noch einmal festgestellt werden, damit wir fair miteinander umgehen können und nicht so tun, als seien die Unschuldigen und die Schuldigen, die Unschuldigen, die es nicht verantworten und die Schuldigen, die die Defizite alle zu verantworten haben und die sitzen da vorn – das finde ich ein bisschen zu einfach und analytisch und empirisch auch falsch.

Ich will einmal daran erinnern, seit ich hier in diesem Stadtrat bin, kann ich mich aber an eine Reihe von Projekten, Vorschlägen, Diskussionen und Beschlüssen erinnern, wo auch die CDU ganz stark und intensiv mit im Boot sitzt, weil sie Beschlüsse, die Folgen hatten, mit getragen hat. Ich will einmal sagen, als wir im Halle-Pass B 2000 einen Sparvorschlag gemacht haben, hat die CDU nicht zugestimmt. Ich will einmal an die Händel-HALLE erinnern, ich will einmal an die Bibliotheken erinnern – also, es gibt viele Beispiele – und was ich damit sagen will, ohne es übertreiben und überziehen will, das, was wir hier als Situation, als finanzpolitische Situation in dieser Stadt vorfinden, ist ein Ergebnis eines jahrzehntelangen Versäumnisses, nämlich rechzeitig an bestimmten Punkten zu gucken – Herr Prof. Schuh hat das angesprochen, ich kann mir Beispiele dafür ersparen – wir haben nicht rechtzeitig auf absehbare Problemlagen reagiert und wir haben jahrelang – Stichwort Rechnungshofbericht – über unsere Verhältnisse gelebt, strukturelle Defizite aus Rücklagen und aus den städtischen Werken finanziert.

So ist die Situation, und Sie haben alle mitgemacht, wir haben alle mitgemacht, wir auch. Jetzt haben wir etwas versäumt, und es fällt uns jetzt auf die Füße; jetzt sind wir in einer Situation, wo es ungleich schwieriger ist. Und, Frau Wolff, das Problem kann man nicht dadurch lösen, dass man immer Denkmalschutzsanierung und Ökologie oder Naturschutz fördert, ich glaube, das wird uns aus dem Dilemma nicht herausbringen. Und auch die Kritik an der Umsetzung der START-Studie und anderen Dingen, all das ist doch nicht ausreichend, das können Sie allein vom Finanzvolumen her einschätzen – das ist doch nicht ausreichend, um unsere Defizite nachhaltig zu verändern.

Was ich damit sagen will, es gibt einen Teil, den müssen wir verantworten und es gibt einen anderen Teil, darauf müssen wir politisch gemeinsam reagieren. So ist die Situation. Und darum ist das nicht nur eine Frage der unfähigen Verwaltung und des mangelnden Sparwesens der Verwaltung. Wir alle, darüber sind wir uns ja einig, sind uns darüber im klaren, wir hätten uns an vielen Punkten schnelleres und effizienteres Verwaltungshandeln gewünscht, das ist doch gar keine Frage. Das will ich auch gar nicht... auch ich habe ja oft, vielleicht nicht immer zur Freude des einen oder anderen, das kritisch angemerkt, aber dennoch gehört es mit dazu zur Wahrheit oder zur Fairness zu sagen, das ist nur ein Teilbereich, was wir da an der Stelle mehr einfordern, konsequenteres Handeln. Und insofern – und damit komme ich zum aktuellen Haushalt, glaube ich, ist dieser Haushalt das erste Mal ein Haushalt, bei aller Kritik an einzelnen Konzepten, der erste Haushalt, der so etwas wie einen Einstieg in die Haushaltskonsolidierung

darstellt. Das finden wir jedenfalls als einen Fortschritt, und insofern glauben wir, dass wir mit diesem Haushalt und mit den vorgelegten Zahlen zwar nicht in einer befriedigenden Situation sind, aber auf dem richtigen Weg. Es sind wesentliche Strukturentscheidungen gefallen oder in Vorbereitung oder mit diesem Haushalt verbunden. Ich will nur noch einmal daran erinnern – ÖPNV, man mag ja sagen, 10 Millionen ist nicht viel, aber es ist schon Geld, 500 000 beim "nt"ist nicht viel, uns ist es zu wenig, da hätten wir gern mehr, aber es ist schon mal ein Beitrag.

In dem Bereich der Kultur haben wir Fortschritte zu verzeichnen, es hat lange genug gedauert, muss man kritischerweise anmerken, aber jetzt sind wir auf dem richtigen Weg. Und auch Herr Dr. Marquardt ist, denke ich, mit den Vorlagen, die jetzt enthalten sind bzw. kommen, auch auf dem richtigen Weg. Und was wir tun müssen ist, die Stadtverwaltung als Stadtrat an der Stelle zu unterstützen und nicht auf eine falsche Weise zu kritisieren. Wir müssen auch noch etwas anderes berücksichtigen: Wie stehen wir als Stadt da, wenn wir uns für Olympia, für Kulturhauptstadt, für die Weltmeisterschaft bewerben und noch nicht einmal in der Lage sind, einen Haushalt zu verabschieden? Was macht das für einen Eindruck in der Situation? Da müssen Sie sich einmal ausrechnen, wie das auf die Partner wirkt, wenn die Stadt nicht in der Lage ist, einen sich auf dem richtigen Weg befindenden Haushalt zu verabschieden.

Haben Sie eigentlich einmal daran gedacht, welche Konsequenzen das in der Außenwirkung hat?

Die Stadt Halle hat eine große Chance mit der Haushaltskonsolidierung auch ein positives Image zu gewinnen, und sie hat mit solchen Entscheidungen – Sie mögen ja darüber lachen, Herr Stemme, aber das ist ja ganz unabhängig davon, ob Sie das verstehen oder nicht. Die Wirkung, die eine Nichtbeschlussfassung nach außen hat, ist katastrophal, und ich glaube, es gibt auch Gründe, anzunehmen und zu denken, dass wir im Laufe dieses Jahres die Konzepte alle haben werden, die wir brauchen und dass diese Konzepte auch angefangen werden umzusetzen. Wir werden diese Bewerbungen, ich will das noch einmal wiederholen, nicht gut bestehen und kein attraktiver Partner sein, kein attraktiver Ausstellungsort, keine attraktive Kulturhauptstadt, wenn wir nicht in der Lage sind, diese Dinge zu schultern. Dazu gehört ein solcher Beschluss auch.

Wir haben einen durchfinanzierten Investitionshaushalt mit einer konsequent aus der heutigen Diskussion – das müssen wir auch alle dann mittragen – dass nämlich die Einnahmen, die uns jetzt durch diese Beschlusslage fehlen, dann irgendwie entweder kreditoder anders finanziert werden müssen oder wir müssen streichen, aber wer A sagt, muss auch B sagen. Da müssen Sie bitte auch dann die Verwaltung unterstützen, das war eine gemeinsame Entscheidung. Da kann man nicht hinterher wieder sagen, jetzt habt ihr eine Entscheidung getroffen, aber die tragen wir jetzt nicht mehr mit, sondern die Verantwortung haben wir. Und das ist ein ganz gutes Beispiel für das, was ich auch vorhin generell gemeint habe: wir haben viele Entscheidungen getroffen, für die wir die Verantwortung nicht so gern übernehmen und sie lieber abgeben an die Verwaltung.

Wir haben darüber hinaus in den Ausschüssen in vielen Sondersitzungen – Finanzausschuss und anderen Ausschüssen – ausführlich diskutiert und beraten. Alle Ausschüsse haben dem Haushalt zugestimmt, mit unterschiedlichen Stimmenverhältnissen, aber in allen Ausschüssen ist dem Haushalt zugestimmt worden. Es sind eine Reihe von Anträgen zum Haushalt formuliert worden, und diese Anträge sind alle abgestimmt worden. Wir haben heute einen Antrag von Herrn Klimek abgelehnt, nämlich, den Haushalt heute nicht abzustimmen. Also, wenn wir uns selber ernstnehmen, meine sehr verehrten Damen und Herren, dann können wir doch nicht darauf verzichten, heute diesem Haushalt zuzustimmen. Damit wir auf dem eingeschlagenen Weg weiter gehen werden, dafür wird die SPD-Fraktion geschlossen zustimmen und ich appelliere an Sie alle, diesem Haushalt zuzustimmen, damit wir endlich weitermachen können. Vielen Dank."

Herr **Scholze**, FDP-Fraktion: "Herr Vorsitzender, Frau Oberbürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren, zu Beginn meiner Ausführungen der FDP-Fraktion zum Haushalt 2003 möchte ich den Dank an den Beigeordneten, Herrn Funke, und an seinen gesamten Bereich und seine Mitarbeiter richten, die in einer sehr schwierigen Lage eine nicht ganz einfache Arbeit leisten mussten und auch in den anstrengenden Beratungen, sicherlich nicht ohne Grund auch das eine oder andere Mal genervte Stadträte erlebt haben. Meine Damen und Herren, die Haushaltslage der Stadt Halle ist angespannt, das ist sie allerdings auch nicht erst seit heute. Seit dem letzten Jahr sind wir nicht mehr in der Lage, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und hatten auch nicht "wie in der Vergangenheit, die Möglichkeit, durch wundersam auftauchende Haushaltsausgabenreste des Vorjahres diesen auszugleichen. Ganz im Gegenteil, das Defizit läuft weiter auf, allein aus dem letzten Jahr sind es 37 Millionen Euro. Wo sind die Ursachen für diese Schieflage unseres Haushaltes?

Um diese Frage zu beantworten, sei mir gestattet, ein Bild zu zeichnen: Wenn hier bei uns in Halle jemand stolpert und stürzt, die Ähnlichkeit um die Debatte der Pflasterung der Leipziger Straße ist zufällig, werden in Halle zwei Fragen gestellt, nämlich erstens, wer ist schuld am Sturz und zweitens, wer kommt für die Folgen auf. – Anderswo steht man einfach auf und geht weiter.

Und hier ist genau der Punkt, wo mir in Halle manchmal die Aufbruchstimmung fehlt, uns am eigenen Schopf zu packen und aus der schwierigen Lage zu befreien. Dies funktioniert nur durch Härte und Konsequenz in den anstehenden Entscheidungen, nicht durch das Lokalisieren eines oder mehrerer Schuldiger für die hausgemachten Probleme, nämlich das strukturelle Defizit. Hier ist die Stadt selbst verantwortlich.

Hervorheben möchte ich in diesem Zusammenhang auch den entstandenen Zeitverlust bei der Konsolidierung des Haushaltes. Ich will nur erinnern, dass wir die Anweisung zur Haushaltskonsolidierung weit, weit vorher hatten vom Regierungspräsidium,. Bevor die Stadt überhaupt die ersten Schritte aufgenommen hat. Hier haben wir Zeit verloren, und da zeigt sich tatsächlich, dass inzwischen die Haushaltskonsolidierung zu einem Schrecken ohne Ende werden kann.

Ich sprach gerade von Härte und Konsequenz in den anstehenden Entscheidungen, meine Damen und Herren. Ist der Stadtrat dazu bereit, frage ich. An dieser Stelle kann ich nicht auf einiges eingehen, aber einige der wichtigsten Problemfelder möchte ich trotzdem anreißen. Die Personalkosten – wir müssen uns einfach an irgend einer Stelle äußern, wie viel Personal wir uns leisten können und wo wir es einsetzen wollen. Wir müssen eine Struktur haben. Wir können nicht sagen, pauschal, dort mehr oder dort weniger, sondern es muss gefragt werden, wo kriege ich qualifizierte Fachleute her für Bereiche, die ich brauche und wie kann ich in anderen Bereichen, wo ich nicht mehr einen so großen Bedarf habe, Personal abbauen, z.B. durch Umschulen, andere Arbeitsplätze anbieten oder wie auch immer. Aber wir können dieses Problem nicht einfach vor uns herumtreiben, bis es nicht mehr geht und das Ganze an irgend einer Stelle auseinander platzt. Und es wird platzen oder wir haben nur noch einen Haushalt, der aus Personalkosten besteht.

Und wenn ich dann sehe, dass es im vorliegenden Haushalt geplant war, 6,5 % an Personalkosten einzusparen, dann muss ich sagen, die Richtung stimmt, aber es reicht nicht

Wenn wir uns einem bundesweiten Vergleich der Personalkosten bezogen auf unsere Einwohnerzahlen stellen, dann haben wir immer noch zu viel Personal. Erklärt wird unsere Lage nun auch noch zusätzlich durch den Tarifabschluss im Öffentlichen Dienst, welcher uns Mehrkosten in Millionenhöhe beschwert. Wer so etwas aushandelt, muss sich auch wirklich mal fragen lassen, wo die erforderlichen finanziellen Mittel herkommen sollen. Ich kann nur hoffen, und da muss ich wirklich..., dass die Maßnahmen zum sozialverträglichen Personalabbau – Stichwort Abfindungen, Rentenmodelle oder Teilzeitmodelle - die der Rat im letzten Jahr beschlossen hat, irgend eine Wirkung zeigen. Angesichts dieser Situation müssen wir aber auch darüber nachdenken, Aufgaben zu reduzieren und Personal mit sofortiger Wirkung einzusparen.

Ein anderer wichtiger Punkt ist die Frage der Steuerkraft und der Zuweisungen. Da ist es zwar erfreulich, dass die Steuerkraft im letzten Jahr von 18,3 % auf 22,5 % des Verwaltungshaushaltes gestiegen ist. Unsere Handlungsfähigkeit wird dadurch jedoch nicht entscheidend verbessert. An dieser Stelle kann ich nur davor warnen, um die Einnahmesituation zu verbessern, noch mal die Diskussion um Grund- und Gewerbesteuer aufzuwerfen. Und auch wenn es für ein Unternehmen vielleicht nicht unbedingt von Belang ist, wie hoch die Gewerbesteuer ist, ist sie doch irgendwo auch auszuweisen. Und das wichtigste, scheint mir, ist, wir müssen Leuten die Arbeitsplätze vorhalten in der Stadt Halle oder auch schaffen, die Chance geben, diese Arbeitsplätze auch in der Zukunft zu erhalten. Was die hier schon erwähnten sinkenden Finanzzuweisungen des Landes betrifft, kann ich hier an dieser Stelle nur sagen, wir sitzen mit dem Land im selben Boot. Auch der Landeshaushalt ist überschuldet, auch dort stellt sich die Frage der politischen Handlungsfähigkeit. Man muss sich einmal vor Augenhalten, das Land gibt im Jahr über 900 Millionen Euro nur an Zinsen aus. Um es noch deutlicher zu machen, das sind pro Stunde 102 000 Euro. Beim Land sehe ich allerdings die Bereitschaft, auch unpopuläre Maßnahmen anzugehen und durchzusetzen. Die Bereitschaft, genau das auch in Halle zu tun, wird zwar seit Jahren immer beteuert, aber es setzt sich in diesem Stadtrat nicht durch. Bereich Kultur, Sport – freiwillige Aufgaben – das sind ja Dinge, die eine Stadt wie Halle als Oberzentrum in irgend einer Art und Weise auszeichnen, die Qualität, die Wohnqualität auch irgendwo unterstreichen. Aber wir brauchen auch irgendwann im Kulturbereich Strukturen, die herausgebildet werden, die zukunftsfähig sind und nicht nach außen ein immer weiter so in den alten Gleisen demonstrieren. Wir sind als Stadt auch gegenüber dem Land in den Orchester- und Theaterverträgen Verpflichtungen eingegangen, effektive und langfristig tragbare Strukturen zu entwickeln. Ansätze gibt es da ja bereits in der gemeinsamen Arbeitsgruppe mit dem Land, und wie wir vorhin schon gehört haben, durch die Aufforderung, in den Haustarif einzusteigen.

Die Orchester- und Theaterverträge, wie gesagt, stehen im ganzen Land ab 2004/05 erneut zur Diskussion, und da müssen wir als Stadt, um uns auch im Land gegenüber Magdeburg bzw. Dessau positionieren zu können, Hausaufgaben machen. Denn letztendlich ist es doch unser Ziel, den Standortvorteil Kulturhauptstadt des Landes zu sein, zu untermauern. Weitere Dinge sind hier schon angesprochen worden, wobei ich sagen muss - es steht ja nachher noch zur Diskussion die Frage der Zuweisung, des Zuschussbedarfes für das Opernhaus – da bezweifle ich, dass das, was sich da der Finanzausschuss ausgedacht hat, da herunterzugehen in irgend einer Form, realistisch ist, weil – wir hatten schon festgestellt, dass wesentliche Kosten unseres Haushaltes Personalkosten sind und wenn hinter dem Einspargedanken nicht die dafür erforderliche Struktur steht, dann kann ich immer irgendwo beschließen, ich möchte etwas einsparen und das steht dann auch auf dem Papier so als Einsparung da, am Jahresende kriegen wir wieder eine Rechnung auf den Tisch.

Ein anderer Punkt ist der öffentliche Personennahverkehr. Die Kosten für den ÖPNV sind auch, wie in den vergangenen Jahren, ein beträchtlicher Teil der Ausgaben unseres Haushaltes. Um hier für Abhilfe zu sorgen, schlägt das Roland-Berger-Konzept ein Einsparvolumen von 15 Millionen Euro vor, nichts ist dabei umstrittener als dieser Konsolidierungsbeitrag. Inzwischen hat auch die HAVAG selber nach Potentialen gesucht und es gibt die Möglichkeit, bis zum Jahr 2007 den Zuschuss der Stadt um 10,6 Millionen Euro zusätzlich zu dem zu reduzieren, was im Verkehrsbediendungsfinanzierungsvertrag für diesen Zeitraum geplant war. Aber auch hier – die Richtung stimmt zwar – aber zu welchem Preis wird das erreicht. Das bedeutet nichts weiter, als dass unter Beibehaltung des vorhandenen, ja für die Beschäftigten sicherlich auch sehr günstigen Tarifvertrages sozialverträglich Personal abgebaut wird und das Leistungsangebot für die Hallenser weiter ausgedünnt werden muss. Sollten wir angesichts der sich auf EU-Ebene abzeichnenden Liberalisierung des Wettbewerbs im Bereich des Nahverkehrs nicht nach Konzepten suchen, die zukunftsorientiert, wettbewerbsfähig und EU-konform sind? Als Stichwort denke ich dann z.B. an die Suche eines strategischen Partners.

Ein anderer für unsere Fraktion wichtiger Bereich ist die

Wirtschaftsförderung/Wirtschaftspolitik in unserer Stadt. Da scheint es mir ein wesentlicher Punkt zu sein, dass wir uns in Halle im Vergleich mit Leipzig und auch anderen Städten vielleicht einmal angewöhnen sollten, neben vielen guten Dingen, die wir so vor haben, diese auch einmal nach außen hin geschlossen zu vertreten. Denn nichts ist doch schlimmer. wenn nach außen immer das Bild dargestellt wird einer Stadt Halle, einer Stadt der Bedenkenträger, einer Stadt, wo alles zerredet wird. Da fallen mir bestimmte Punkte ein, die zwar nicht auf den ersten Blick etwas mit Wirtschaftsförderung zu tun haben, aber doch wesentlich ein motivationales Außenbild erzeigen. Da ist z.B. die Frage der Olympiabewerbung. Da gab es übertriebene Bedenken. Die Frage des Stadionneubaus, da gibt es übertriebene Bedenken. Und da muss man wirklich sagen, wenn die Stadt Halle in dieser schwierigen Lage mit dem bisschen, was wir uns noch leisten können, etwas erreichen will, die Zukunft aufbauen will, dann müssen wir auch im Stadtrat irgendwann einmal bereit sein, etwas zu riskieren, voranzugehen und auch eben angesichts dieser schwierigen Lage auch einmal Geld in die Hand zu nehmen und auf ein Pferd zu setzen, wo wir vorher nicht wissen, ob es tatsächlich auch wirklich so ins Ziel ankommt, wie man sich das ursprünglich vorstellte. Ein Etappenziel haben wir erreicht bei der Thematik Olympiabewerbung. Dann ist ja hier schon angesprochen worden, die Kaufkraft zu stärken. Die Kaufkraft, das haben ja auch Gutachten ergeben, wird sich in den nächsten Jahren in Halle nicht sonderlich stärken, ganz im Gegenteil werden dann in der Stadt Halle Gutachten nicht zu Rate gezogen, die sowohl von unserer Stadt als auch von der IHK bezahlt wurden. Also, ich finde, da sollte die Stadt auch einmal etwas mehr auf diejenigen hören, die das Ohr an der Wirtschaft wirklich am nächsten haben z.B., was die Standorte des Einzelhandels

Wie positioniert sich die FDP trotz dieser grundsätzlichen Kritik zum Haushalt? Hervorheben möchte ich an dieser Stelle, dass wir im Vermögenshaushalt rund 176 Millionen Investitionen planen. Im Vermögenshaushalt wird sicherlich auch das von Herrn Funke schon angesprochene Komm-Investprogramm eine Rolle spielen, wo wir durch Förderung des Landes zusätzlich die Möglichkeit haben, Investitionen zu tätigen. Das ist ein entscheidender Grund für uns zusagen, trotz der schwierigen Lage, trotz dessen, dass viele Hausaufgaben noch nicht gemacht sind, dass wir dem Haushalt zustimmen werden. Hinterfragen werden wir auch in den nächsten Monaten und Jahren sicherlich die Konsolidierungskonzepte, ob sie wirken und greifen.

Wichtig ist für uns auch, dass, wenn es um Konsolidierung geht, wir auch Alternativen, Handlungsalternativen in den Beschlussvorlagen aufgezeigt bekommen von der Stadtverwaltung und die Wirksamkeit z.B. auch des Zentralen Gebäudemanagements irgendwann sich einmal nachweisen lässt.

Sozusagen in eigener Sache darf ich vielleicht noch einmal darauf hinweisen – Erlebnis aus dieser Woche – es gab im Haus der Fraktionen, betraf unser durch Größe nicht besonders überzeugendes Büro, wo also unangemeldet irgend welche Kabelverlegungsarbeiten gemacht wurden. Wenn das ZGM so arbeitet, ohne sich anzukündigen, dann braucht man sich über mangelnde Akzeptanz, die es sicherlich auch in anderen Bereichen gibt, nicht wundern. Das nur als kleinen Hinweis, da vielleicht doch noch etwas an der Professionalität der Aufgabenwahrnehmung zu arbeiten.

Uns sollte klar sein hier in der Stadt Halle, dass die schwierige Situation nur mit großen Anstrengungen und unpopulären Maßnahmen zu bewältigen ist. Den Mut und die Konsequenz dazu sollten wir uns zueigen machen. Vielen Dank."

Der Stadtrat legte eine Pause ein.

Herr **Bönisch** stellte fest, dass sich der Stadtrat in der Diskussion des Haushaltes befindet. Die Tagungsleitung habe sich in der Pause mit den Fraktionsvorsitzenden darauf verständigt zu versuchen, in der Tagesordnung des öffentlichen Teils soweit zu kommen wie möglich und sich das zeitliche Limit 21.30 Uhr gesetzt. In der Folge der noch anstehenden Vorlagen und Anträge gäbe es Gewichtungen, was die Dringlichkeit der Behandlung der Themen betreffe, so dass möglicherweise noch Änderungen in der Reihenfolge der Tagesordnung vorgenommen werden müssen.

Herr **Godenrath**, CDU-Fraktion, erklärte, er vermisse Vorschläge, wie man den Einnahmeverlust bei den Straßenausbaubeiträgen kompensieren wolle.

Herr **Funke** bestätigte, dass dies heute zu klären sei. Wenn man über den Haushalt entscheiden wolle, müsse man einen ausgeglichenen Vermögenshaushalt vorweisen.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, meinte, man habe gemeinsam beschlossen, bei den Straßenausbaubeiträgen wie beschlossen zu verfahren, d.h. es seien Einnahmen weniger als zuvor. Er schlage deshalb vor, so habe auch der Innenminister argumentiert, diese Einnahmeausfälle, deren Höhe noch abhängig seien von der noch ausstehenden Beschlussfassung in den Ausschüssen, durch Kredite auszugleichen.

Herr **Bönisch** ging auf die Haushaltssatzung ein und fragte, ob man nicht im Vermögenshaushalt entsprechende Zahlen bei Einnahmen und Ausgaben benennen müsste.

Herr **Funke** stellte klar, wenn die Einnahmenseite verändert werde, brauche man natürlich eine andere Finanzierung, die man, wie vorgeschlagen, über eine Darlehensaufnahme schaffen wolle. Man müsse die Kreditermächtigung in der Haushaltssatzung um einen Betrag X, der noch zu errechnen sei, erhöhen.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit und Umwelt, meinte, nach grober Schätzung wären ca. 4 Millionen Euro durch Kreditaufnahme zu refinanzieren.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** fasste zusammen, man habe in diesem Jahr eine Einnahme aus Straßenausbaubeiträgen verbucht. Man habe jedoch noch keinen Bescheid verschickt und wisse nicht, ob überhaupt Beiträge eingenommen würden. Wenn die beschlossenen Veränderungen noch berücksichtigt werden müssen, warum ersetze man dann nicht diese Haushaltsstelle Einnahmen durch Straßenausbaubeiträge durch einen Kredit. Wenn man ihn nicht in voller Höhe in Anspruch nehmen müsse, sei es kein Problem, dies nicht zu tun.

Wenn die Verwaltung einen anderen Weg finde, den Kredit zu vermeiden, werde man diesen Weg natürlich gehen.

Herr **Bönisch** stellte die Frage in den Raum, wenn geplant gewesen sei, die Beiträge gestaffelt einzunehmen, d.h. in den Folgejahren auch noch, könnte man dann diese Einnahmen nicht vorziehen, es gehe doch generell um rückwirkende Beiträge mindestens von 1999 an.

Könne man da Einnahmen einplanen, um möglicherweise einen Kredit zu vermeiden?

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** ging auf die Äußerungen des Innenministers ein, der gesagt habe, das dies einer Haushaltgenehmigung nicht im Wege stehe. Jede normale Haushaltsgenehmigung eines kommunalen Haushaltes beinhalte Kreditaufnahmen. Es sei erstmalig, dass die Stadt versuche, ohne Kreditaufnahme auszukommen. Sie gehe davon aus, dass eine normale Kreditaufnahme, die nicht überzogen sei, auch Gegenstand dieses Haushalts sein könne.

Herr **Godenrath** erwiderte, wenn es an einem nicht mangele in dieser Stadt, dann seien es Schulden. Der Erlass des Innenministeriums beziehe sich nur auf den Beitragsverzicht bei den Straßenausbaubeiträgen; da sei nicht impliziert gewesen, dass man diesen Einnahmeverzicht durch neue Schulden refinanziere. Er könne nur sagen, man habe es sich hier sehr leicht gemacht mit neuen Krediten, um seiner Generation noch mehr aufzuschultern, als sie eh schon zu tragen habe.

Herr **Klimek**, PDS-Fraktion, fragte den Vorsitzenden des Stadtrates, ob es einem Stadtrat zumutbar sei, über eine gesetzwidrige Vorlage abzustimmen.

Herr **Bönisch** entgegnete, Demokratie bedeute, dass die Mehrheit bestimme.

Herr Biesecke, SPD-Fraktion, stellte einen Geschäftsordnungsantrag: Schluss der Rednerliste.

Herr **Prof. Schuh** sprach gegen diesen GO-Antrag. Schließlich müssten noch die Änderungsanträge diskutiert werden.

Herr **Bönisch** stellte fest, dass die Rednerliste noch einen Namen umfasse: Herr Dr. Heinrich.

Abstimmung zum GO-Antrag Schluss der Rednerliste: mehrheitlich abgelehnt

Herr **Bönisch** wies darauf hin, dass bei allen weiteren Wortmeldungen die in der Geschäftsordnung festgelegte Zeitbegrenzung wieder einsetze.

Herr **Dr. Heinrich**, CDU-Fraktion, fragte, ob er nun als gegeben hinnehmen könne, dass die Straßenausbaubeitragseinnahmen aus dem Haushalt gestrichen worden und durch Kreditaufnahmen ersetzt worden seien.

Frau Oberbürgermeisterin Häußler antwortete, noch sei nicht abgestimmt worden.

Frau **Dr. Wünscher**, CDU-Fraktion, fragte, wenn es offensichtlich die Idee gewesen sei, das so zu machen, frage sie sich, warum es nicht ein Ergänzungsblatt zur Vorlage gäbe, auf der die Summe benannt sei und somit für jeden nachvollziehbar sei, was durch den Beschluss, der vorhin gefasst worden sei, passiert sei. Vielleicht wäre dann auch dem einen oder anderen bewusst geworden, was er da am Anfang beschlossen habe und ob es wirklich so sei, wie die Oberbürgermeisterin gesagt habe, ob Innenministerium und Regierungspräsidium diese Interpretation zulassen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** antwortete, sie könne natürlich keine Sicherheiten über die Interpretation des Innenministers abgeben. Der Innenminister habe gesagt, die Haushaltsgenehmigung werde nicht daran scheitern, dass eine Kommune nicht die Straßenausbaubeiträge erhebe, und er habe einen Brief des Regierungspräsidiums Halle vorliegen, in dem die dortigen Beamten davon ausgehen, dass sie der Stadt Halle das nicht genehmigen können. Darauf gäbe es eine Antwort, dass für die Stadt Halle das gleiche zutreffe

wie für andere Kommunen, d.h. der Innenminister wisse ganz genau, dass die Stadt Halle keinen ausgeglichenen Haushalt habe und theoretisch keinen Kredit bekommen dürfe. Wenn er aber sage, dass er mitgehe, dass Halle das Geld nicht einnehme – so gehe sie schon davon aus, dass ihm das schon klar gewesen sein müsse. Wenn nicht, werde sie sich öffentlich dazu äußern.

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, meinte, die Debatte zum jetzigen Zeitpunkt finde er außerordentlich misslich, weil sich herausstelle, dass der Beschluss, den der Stadtrat vorhin gefasst habe, eine gewaltige Luftnummer sei. Man erhöhe jetzt die Kreditaufnahme – das habe er vorhin in seinem Beitrag gesagt, habe noch darauf hingewiesen, dass seiner Ansicht nach sehr leicht darüber hinweg gegangen werde – und nun stelle sich heraus, dass man sich

auf politisches Glatteis in Größenordnungen begebe. Auch ein Innenminister sei nur ein Politiker und Politiker, das wüssten alle, pflegten sich in der Regel nicht an das zu erinnern, was sie vorgestern gesagt haben. Das könnte uns in dem Fall genau so passieren. Und das halte er für den Haushalt der Stadt für eine sehr diffizile Grundlage.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, stellte den **Änderungsantrag**, die ausfallenden Einnahmen durch eine Kreditaufnahme zu ersetzen und auf diese Weise eine Deckung des Investitionshaushaltes in der vorgesehenen Höhe von 146 Millionen sicherzustellen.

Herr **Dr. Köck**, PDS-Fraktion, äußerte, wenn der Stadtrat mutig sei, könnte er noch Deckungsbeiträge bei einem späteren Tagesordnungspunkt finden, bei der Voßstraße. Da gebe es Vorschläge, wie man mit Blockumfahrung eine andere Dimensionierung erreichen könne. Damit könnte man Lärmschutzmaßnahmen sparen. Im März habe der Planungsausschuss diese Vorlage besprochen, damals seien die Daten für die Schallschutzmaßnahmen noch nicht vorhanden, keine Kosten bekannt gewesen. Heute sehe man in der Vorlage, dass die Maßnahme plötzlich 2 Mio € teurer werde, als vorher gedacht. Wenn man die Rechtsabbieger aus der Voßstraße herauslasse, könnte man zu einer deutlichen Entlastung kommen und hätte auch etwas für die Bürger getan.

Herr Godenrath beantragte namens seiner Fraktion mit einem Geschäftsordnungsantrag die namentliche Abstimmung des Änderungsantrages der SPD-Fraktion.

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, machte auf den Änderungsantrag der HAL-Fraktion zur Streichung der Planungsleistungen für einen dritten Saaleübergang aufmerksam. Das betreffe 400 T€.

Herr **Prof. Schuh** ging auf die Äußerungen von Herrn Godenrath ein. Im investiven Bereich habe man immer Kredite aufgenommen. Es sei eine sehr moderate Summe.

Abstimmung zu GO-Antrag auf namentliche Abstimmung: mehrheitlich abgelehnt

Zu Änderungsantrag der HAL-Fraktion (Kinder- und Jugendschutzzentrum Klosterstraße)

Beschlussvorschlag: Die Stadtverwaltung wird beauftragt, keine Neuaufnahmen im Bereich der Jugendhilfe HzE laut § 27 ff. SGB VIII zu bewilligen, vorhandene Hilfen auslaufen zu lassen bzw. die vorhandenen Hilfen schnellstmöglich nach Einzelfallprüfung in geeignete Einrichtungen der freien Träger zu überführen.

Frau Wolff, HAL-Fraktion, begründete den Antrag.

Frau Bürgermeisterin **Szabados** entgegnete, die Verwaltung habe bereits in den Fachausschüssen dargelegt, dass eine Vorlage zu diesem Thema in Arbeit sei und im Juni den Ausschüssen vorgelegt werde. Insofern habe sich eigentlich dieser Antrag erledigt.

Weitere Wortmeldungen zu diesem Antrag gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich a b g e l e h n t

Zu Änderungsantrag der HAL-Fraktion (Saaleübergang)

<u>Beschlussvorschlag:</u> Die im Haushaltsentwurf 2003 geplanten 400.000 Euro Planungsleistungen Dritter Saaleübergang/Südvariante (2.6300.959000) werden ersatzlos gestrichen.

Frau **Dr. Haerting**, HAL-Fraktion, begründete den Antrag. Planungsgrundlage für diesen dritten Saaleübergang seien 225.000 Einwohner für 2010. Neuerdings (Bibliotheksvorlage) gehe man

von einer Zahl von 185.000 aus.

Sie verglich weiteres Zahlenmaterial.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, bat, diesem Antrag nicht zu folgen, er sei im Planungsausschuss mit großer Mehrheit abgelehnt worden. Er sei jedoch bereit, darüber zu reden – auch das sei im Ausschuss schon besprochen worden – von der Gesamtsumme, die er für die Planung für wesentlich überzogen halte, einen Teil mit einzusetzen, um beispielsweise die angesprochene Kreditaufnahme zu senken.

Herr **Prof. Schuh** meinte, man sollte aus dem Betrag nichts herausschneiden. Man brauche einen weiteren Saaleübergang.

Herr **Doege** sprach gegen diesen Antrag.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich abgelehnt

Zu Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Opernhaus)

Beschlussvorschlag: Im Verwaltungshaushalt, Einzelplan 3, Unterabschnitt 3310, wird der Zuschuss an das Opernhaus global um 717.000 Euro auf den Stand des Haushaltsplanes 2002 gekürzt. Die Leitung des Opernhauses wird beauftragt, diese Minderausgabe im UA 3310 darzustellen.

Herr **Schmidt**, SPD-Fraktion, erläuterte den Antrag, dem im Finanzausschuss bereits zugestimmt worden sei. Aus diesen 717 T€ beantrage seine Fraktion in einem anderen Antrag, 120.400 Euro für den Zoo bereitzustellen.

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport, äußerte sich zu den beiden Änderungsanträgen der SPD-Fraktion. Bei allem Verständnis für die Notwendigkeit, dass im Opernhaus weitere Einsparvorschläge kommen müssen und auch kommen werden, auch von der Verwaltung würden entsprechende Vorschläge auf den Tisch gelegt werden, müsse er darauf hinweisen, dass die vertraglichen Bindungen des Haushaltsjahres 2003 im Opernhaus abgeschlossen seien und bei einer derartigen Summe von 717 T€ es nach sich ziehen würden, sofort entsprechende Verträge kündigen zu müssen, entsprechende Strafen zahlen zu müssen usw. Das Problem müsse strukturell gelöst werden, aber nicht durch so eine einmalige Aktion.

Durch Einnahmeerhöhungen sei man im Opernhaus auf die Summe von 52 T€ gekommen, die

zur Verfügung stünde. Die Frage sei, inwieweit es möglich wäre, diese Summe als Beitrag zur Haushaltskonsolidierung zu belassen oder dem Zoo per Antragsverfahren zu geben.

Frau **Wolff** meinte, im Finanzausschuss sei dazu bereits beschlossen worden. Man müsste ihn ihrer Meinung nach wieder aufheben.

Herr **Bönisch** stellte fest, dass die Verwaltung nicht zwingend die Beschlüsse der Ausschüsse übernehmen müsse. In diesem Fall sei es nicht geschehen, wenn man die 717 T€ haben wolle, müsse das der Stadtrat beschließen.

Frau **Dr. Wünscher** wies darauf hin, so ein Antrag, wie ihn die SPD-Fraktion mitten im Haushaltsjahr stelle, gehe einfach nicht. Man wisse, wie das Opernhaus als optimierter Regiebetrieb zu behandeln sei. Auch müsse man sich fragen, warum – wenn der Plan der Stadtverwaltung lange vorgelegen habe – nicht Verwaltungshandeln eingesetzt habe, keine Gespräche geführt worden seien, um Änderungen herbeizuführen und die Kosten zu senken. An der jetzigen Stelle diesen Antrag zu stellen, das gehe nicht. Ihre Fraktion werde diesem Antrag nicht zustimmen.

Herr **Prof. Schuh** machte darauf aufmerksam, dass prozentual dieser Aufwuchs im Opernhaus

im Vergleich zu anderen Einrichtungen, bei denen dieser Aufwuchs zugelassen werde, sogar geringer sei. Insofern bestehe irgend eine Phobie gegen das Opernhaus. Das Problem könne nur mit einer Strukturveränderung gelöst werden.

Herr **Scholze** erklärte, er finde den Antrag im Moment auch nicht hilfreich. Wenn Herr Dr. Marquardt begründe, dass man das Geld nicht einsparen könne, weil bereits Verträge geschlossen worden seien, dann müsste beachtet werden, diese Verträge immer unter einen Haushaltsvorbehalt zu stellen.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, entgegnete, ihm sei lieber ein Nachtragshaushalt, als wiederum

diese Aufwüchse durchgehen zu lassen. Es müsse klar werden, dass der Stadtrat es ernst meine und er könne sich vorstellen, dass auch die Verwaltung Interesse daran habe, politisch unterstützt zu werden, um sich hier endlich durchzusetzen.

Herr **Köhler**, CDU-Fraktion, sprach sich für eine Unterstützung des Zoo aus. Er stellte den **Antrag**, die Mittel, die für die Unterstützung der Pferderennbahn zur Verfügung gestellt werden sollen, dem Zoo zu geben.

Herr **Bönisch** stellte fest, dass darüber im nichtöffentlichen Teil befunden werden müsse.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** wies in einem Geschäftsordnungsantrag auf die fortgeschrittene Zeit hin und bat, sich mit Redebeiträgen zu beschränken.

Herr **Jeschke**, HAL-Fraktion, äußerte, er finde es peinlich und einer Haushaltsdebatte nicht angemessen, wenn man das Heu für die Lamas mit dem Moos für "La Traviata" in eine Krippe werfe. Wenn man jetzt einseitig Geld weg nehme und anderen es belasse, das könne man nicht machen. Die Perspektive des Opernhauses sollte gesichert werden, und die Kultureinrichtungen der Stadt sollten dazu gebracht werden, zusammenzuarbeiten. Wie ihm bekannt sei, habe das Opernhaus Vorschläge unterbreitet, das Problem der Finanzen zu lösen in Verbindung mit anderen Einrichtungen.

Frau **Lenk**, PDS-Fraktion, erinnerte daran, der Kulturausschuss habe der ursprünglich geplanten Summe zugestimmt; dieser Änderungsantrag habe nicht vorgelegen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag: mehrheitlich abgelehnt

Zu Änderungsantrag der SPD-Fraktion (Zoo)

Beschlussvorschlag: Im Einzelplan 3, UA 3250 Zoologischer Garten, wird die Position 715000 Zuschüsse an öffentliche wirtschaftliche Unternehmen gegenüber dem letzten Entwurf des Haushaltsplanes von 3.144.400 € auf 3.265.000 € erhöht. Die Erhöhung wird durch eine entsprechende Kürzung im UA 3310, Opernhaus um 120.400 € gedeckt.

Herr **Schmidt** begründete den Antrag. Diese Einrichtung habe in den letzten Jahren 15 % ihres Etats durch Kürzungen hergeben müssen bei gleichzeitigem Aufgabenzuwachs. Diese Einsparung könne das Opernhaus mit "links" bringen, es müssten nur die Eintrittspreise auf realistische Größe gesetzt werden, also etwa 50 % höher als jetzt.

Herr **Dr. Marquardt** erklärte, er unterstütze den Geist dieses Antrages und schlage als Kompromiss vor: 52 T€ seien durch das Opernhaus ja bereits untersetzt worden. Er befürwortete das, was Herr Schmidt eben ausgeführt habe.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zum Antrag:

mehrheitlich zugestimmt

Herr **Dr. Köck** erinnerte an seine Ausführungen zur Voßstraße und stellte den **Antrag** bei der Baumaßnahme Voßstraße 500 T€ einzusparen.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** wies darauf hin, wenn man jetzt die Planungen zur Voßstraße verändere, sei die gesamte Zeitplanung zur Baumaßnahme Riebeckplatz in Gefahr.

Auch von den Kosten her sei alles mit den Ministerien abgestimmt, dass zur richtigen Zeit das richtige Geld aus dem richtigen Topf fließe – dass alles zu gefährden, halte sie nicht für richtig.

Herr Bönisch beantragte in einem Geschäftsordnungsantrag Abschluss der Debatte.

Zu diesem Geschäftsordnungsantrag gab es keine Wortmeldungen.

Abstimmung zum GO-Antrag Abschluss der Debatte: mehrheitlich zugestimmt Abstimmung zum Antrag Stadtrat Dr. Köck mehrheitlich abgelehnt

Herr Bönisch stellte fest, dass es keine weiteren Anträge zum Haushalt gibt.

Herr **Funke** gab zur Kenntnis, dass für das Haushaltsjahr 2003 4,5 Millionen Euro als Einnahmen durch Straßenausbaubeiträge eingestellt gewesen seien. Der Vorschlag der Oberbürgermeisterin sei es, sich eine Kreditermächtigung für diese Summe geben zu lassen. Die Verwaltung könne zusagen, all das, was an Beiträgen eingenommen werde, werde die Inanspruchnahme der Kreditermächtigung reduzieren.

Herr **Bönisch** fasste zusammen, in § 2 der Haushaltssatzung müsste demnach der Betrag von 3.673.700 Euro auf **8.173.700 Euro** geändert werden.

Abstimmung zur Änderung § 2:

mehrheitlich zugestimmt

(Haushaltssatzung)

Abstimmung zur Vorlage in modifizierter Form: mehrheitlich zugestimmt

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erklärte, eigentlich habe sie jetzt eine Rede halten wollen, die auf die stattgefundene Haushaltsdebatte eingehen sollte. Bei Gelegenheit werde sie sich dazu noch äußern.

Sie danke all denen aus Verwaltung und Stadtrat, die aktiv dazu beigetragen haben, dass man zu diesem Haushalt gekommen sei.

Abstimmungsergebnis:

Zu Änderungsantrag der SPD-Fraktion UA 3250: mehrheitlich zugestimmt

Zu Änderung § 2 der Haushaltssatzung: mehrheitlich zugestimmt

Zu <u>Vorlage</u> in geänderter Form: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss Nr. III/2002/02967:

- 1. Der Stadtrat berät die Haushaltssatzung 2003, den Haushaltsplan 2003 und das Haushaltskonsolidierungskonzept in erster Lesung am 29. Januar 2003 und verweist in die Fachausschüsse.
- 2. Der Beteiligungsbericht 2000 wird dem Stadtrat zur Erörterung am 29. Januar 2003 vorgelegt.
- 3. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2003, den Haushaltsplan 2003 und das Haushaltskonsolidierungskonzept in der zweiten Lesung am 30. April 2003.

Im Einzelplan 3, UA 3250 Zoologischer Garten wird die Position 715000 Zuschüsse an öffentliche wirtschaftliche Unternehmen gegenüber dem letzten Entwurf des Haushaltsplanes von 3.144.600 € auf 3.265.000 € erhöht. Die Erhöhung wird durch eine entsprechende Kürzung im UA 3310, Opernhaus um 120.400 € gedeckt.

Es erfolgte eine Auszeit zu Absprachen zum weiteren Tagungsverlauf.

Der Vorsitzende des Stadtrates gab die weitere Reihenfolge in der Tagesordnung bekannt: 5.8, 5.9, 5.10, 5.11, 5.12, 5.13, 5.15, 5.16, 5.18.

Herr Prof. Schuh, UB-Fraktion, äußerte Zweifel an der Beschlussfähigkeit des Stadtrates.

Herr **Bönisch** stellte die Beschlussfähigkeit des Stadtrates (33 Mitglieder des Stadtrates) fest.

zu 5.8 Neubau eines Sport- und Freizeitzentrums

Vorlage: III/2003/03143

Protokoll:

Frau **Wolff**, HAL-Fraktion, erklärte, ihre Fraktion bringe einen **Änderungsantrag** ein, der jedem Stadtrat schriftlich übergeben worden sei (*siehe Punkt 1d des Beschlusstextes*).

Herr Lehmann, SPD-Fraktion, äußerte für seine Fraktion Zustimmung zu dieser Änderung.

Herr **Dr. Köck**, PDS-Fraktion, nahm Bezug auf den Änderungsantrag seiner Fraktion, der ebenfalls schriftlich vorliege. Eine Prüfung des Standortes Silberhöhe sollte noch erfolgen.

Herr **Dr. Marquardt**, Beigeordneter für Kultur, Bildung und Sport, stellte fest, dass eine Vorprüfung zum Standort Silberhöhe durch den entsprechenden Fachbereich bereits stattgefunden habe. Allein für das Stadion einschließlich zweier Übungsplätze und 2000 Stellplätzen würden 11 ha benötigt. Das Areal auf der Silberhöhe im 7. Wohnkomplex stelle zwar 13 ha dar, allerdings gehe eine Starkstromleitung, unter der man nichts bauen dürfe, durch diese Fläche. Das andere Areal im 8. Wohnkomplex sei mit 6 ha zu klein. Bedenken äußerte er zu dem Wort "zeitgleich".

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** meinte, wenn man sich auf diese Variante einlasse, hieße das, dass man von der Zeit her überhaupt nicht wisse, wann man mit dem Stadion starten solle. Magdeburg sei mit seiner Planung fertig. Wenn Halle jetzt nicht klare Bekenntnisse abgebe, würden die Magdeburger die Fördermittel bekommen, auf die Halle schiele.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, erklärte, eigentlich sollte es hier um eine Machbarkeitsstudie gehen, aber wenn er den Tenor der Äußerungen höre, dann werde überhaupt nichts mehr geprüft, sondern werde "durchgeboxt und durchgebaut". Das Ding sei eines Katastrophe für die Finanzen der Stadt. Seine Fraktion sage Nein.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** wies diese Unterstellung zurück. Wenn man den Stadtumbau auf der Silberhöhe abwarten wolle, bis alle Gebäude abgerissen seien und dann mit einem Antrag nach Magdeburg komme – die Verwaltung bitte um den Auftrag für eine Machbarkeitsstudie, jetzt und nicht in zwei Jahren.

Frau **Dr. Haerting,** HAL-Fraktion, bezog sich auf die Anlage zur Vorlage der Verwaltung, in der zu den untersuchten Standorten Stellung bezogen wird. Es heiße da, die beiden Standorte südlich Delitzscher Straße und Hufeisensee seien flächenmäßig ausreichend, um das in der Vorlage formulierte Programm aufzunehmen und böten Erweiterungspotentiale. Sie würde es im Sinne des Änderungsantrages ihrer Fraktion für richtig halten, diesen Standort mit zu untersuchen.

Herr **Scholze**, FDP-Fraktion, äußerte Zustimmung zur Vorlage. Er gab zu bedenken: In Magdeburg würden derartige Bedenkensdiskussionen in Fachausschüssen unter wenig Öffentlichkeit geführt, dann einige man sich und trete nach außen einheitlich auf. Dieses Verfahren sollte man sich hier auch angewöhnen.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, beantragte mit einem **Geschäftsordnungsantrag** Schluss der Debatte.

Herr Bönisch gab bekannt, dass Herr Dr. Köck noch auf der Rednerliste stehe.

Herr **Prof. Schuh** sprach gegen diesen Antrag, Herr Dr. Köck sollte noch sprechen können.

Herr **Bönisch** stellte fest, dass damit Schluss der Rednerliste beantragt werde.

Abstimmung zum GO-Antrag Schluss der Rednerliste: mehrheitlich zugestimmt

Herr **Dr. Köck** äußerte, man sei nicht <u>gegen</u> das Vorhaben; es gehe um ein <u>und</u> in dieser Frage. Seine Fraktion sei für diesen Stadionneubau, wolle ihn aber verbinden und möglicherweise noch etwas für den Stadtumbau Ost tun. Es sollte noch einmal unvoreingenommen der Standort Silberhöhe geprüft werden. Er bat um getrennte Abstimmung der beiden Änderungsvorschläge zu 1a und 3.

Dazu gab es keine Einwände. Es gab Konsens zur Änderung in Punkt 3 – zeitnah.

Abstimmungsergebnis:

Zu Änderungsantrag der PDS-Fraktion (Punkt 1 a) bei 18 Ja-Stimmen 23 Nein-Stimmen

mehrheitlich abgelehnt

Zu Änderungsantrag PDS-Fraktion (Punkt 3): bei 20 Ja-Stimmen

17 Nein-Stimmen 1 Enthaltung

mehrheitlich zugestimmt

Zu Anderungsantrag HAL-Fraktion (Punkt 1d))	mehrheitlich zugestimmt
Zu <u>Vorlage</u> in geänderter Form:	mehrheitlich zugestimmt

Beschluss Nr. III/2003/03143:

- 1. Der Stadtrat befürwortet den Neubau eines Sport- und Freizeitzentrums und beauftragt die Verwaltung zur Durchführung nachfolgender Schritte im Sinne der Machbarkeitsstudie:
 - a) Vorprüfung des Vorzugsstandorts Hufeisensee;
 - b) Einbringung einer Entscheidungsvorlage zum Standort;
 - c) Vorbereitung eines Investitionswettbewerbs für ein Finanzierungs- und Betreiberkonzept
 - d) Prüfung auf Nachhaltigkeit nach folgenden Anspruchskriterien
 - 1. (nach)nutzungsbezogen
 - 2. sozialorientiert
 - 3. körperlich-gesundheitsbezogen
 - 4. betriebsorganisatorisch
 - 5. wirtschaftlich
 - 6. umweltschonend.
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Fördermittelantrag zum Neubau eines Sportund Freizeitzentrums an das Land Sachsen-Anhalt vorzubereiten.
- 3. Zeitnah ist dem Stadtrat ein Beschlussvorschlag zur Nachnutzung des Kurt-Wabbel-Stadions unter Beachtung der Denkmalschutzaspekte vorzulegen.

Zu 5.9 Bebauungsplan Nr. 112 Industrie- und Gewerbepark Ammendorf, Merseburger Straße/Schachtstraße - Offenlagebeschluss

Vorlage: III/2003/03047

Protokoll:

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, stellte namens seiner Fraktion den **Antrag**, in dieser und den beiden folgenden Vorlagen Punkt 3 des Beschlusstextes zu streichen. Es wäre das erste Mal, das man einem Investor vorschreiben wolle, wie er sein Grundstück

zu versorgen habe.

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit und Umwelt, wies darauf hin, dass bei Vorlage III/2003/02992 kein Punkt 3 formuliert sei, da würde es Punkt 2 betreffen.

Herr **Heft,** PDS-Fraktion, forderte auf, die Verwaltungsvorlage richtig zu lesen und zitierte daraus: Die heute gegebenen Möglichkeiten der Wahl anderer Verkehrsmittel bleiben erhalten. Er bitte, der Vorlage in unveränderter Form zuzustimmen.

Er verweise darauf, dass in der Vorlage nach der Änderung auch eine geänderte textliche und zeichnerische Darstellung erfolgen müssen.

Sollte der Beschluss so gefasst werden, wie auf den veränderten Deckblättern zu ersehen sei, sollten die entsprechenden Darstellungen, textlich und zeichnerisch, ebenfalls geändert werden.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** äußerte, die Investoren hätten erklärt, dass sie den Gleisanschluss nicht benötigen. - Wenn die Möglichkeit der Wahlfreiheit erhalten bleiben solle, müsse das Gleis auch erhalten werden; das müsse die Stadt dann bezahlen.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, meinte, wenn diese Wahlmöglichkeit bestehe, habe der potentielle Investor diese Möglichkeit auch dann, wenn es nicht extra schriftlich formuliert werde. Insofern könne man es auch weglassen.

Herr Lehmann, CDU-Fraktion, schlug vor zu formulieren:.. bei Bedarf erhalten.

Herr **Bönisch** fasste zusammen, dass der jeweils letzte Punkt der Beschlussvorlage in dieser und den beiden folgenden Vorlagen zu streichen sei. Dies werde für diese drei Vorlagen gemeinsam abgestimmt.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmung zu Änderungsantrag SPD-Fraktion: bei 21 Ja-Stimmen (Streichung Punkt 3 bzw. 2) 18 Nein-Stimme

18 Nein-Stimmen
2 Enthaltungen
mehrheitlich zugestimmt

Abstimmungsergebnis zur Vorlage: (in geänderter Form)	mehrheitlich zugestimmt

Beschluss Nr. III/2003/03047:

- 1. Der Stadtrat beschließt, den Bebauungsplan Nr. 112 Industrie- und Gewerbepark Ammendorf, Merseburger Straße/ Schachtstraße als Entwurf gemäß § 3 Abs. 2 des Baugesetzbuches mit Begründung und Umweltbericht öffentlich auszulegen.
- 2. Die Verwaltung wird beauftragt, die öffentliche Auslegung durchzuführen und zuvor öffentlich bekannt zu machen. In der Bekanntmachung soll darauf hingewiesen werden, dass für den Bebauungsplan eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird.

zu 5.10 Bebauungsplan Nr. 112 Industrie- und Gewerbepark Ammendorf, Merseburger Straße/ Schachtstraße – vorgezogener

Abwägungsbeschluss Vorlage: III/2003/02991

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

(Abstimmung zu Änderungsantrag SPD-Fraktion: bei 21 Ja-Stimmen (Streichung Punkt 3) 18 Nein-Stimmen

2 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt)

<u>Abstimmungsergebnis</u> zur Vorlage:

mehrheitlich zugestimmt

(in geänderter Form)

Beschluss Nr. III/2003/02991:

- Den Entscheidungsvorschlägen der Verwaltung zur Behandlung der vorgebrachten Anregungen zum Bebauungsplan Nr. 112 Industrie- und Gewerbepark Ammendorf, Merseburger Straße/ Schachtstraße wird zugestimmt.
- 2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, in diesem Sinne den Trägern öffentlicher Belange und den Bürgern, die Anregungen vorgebracht haben, nach Abschluss des Aufstellungsverfahrens zu antworten und die Entscheidung unter Angabe der Gründe mitzuteilen.

zu 5.11 Bebauungsplan Nr. 112 Industrie- und Gewerbepark Ammendorf, Merseburger Straße/ Schachtstraße – vorbehaltlicher Satzungsbeschluss

Vorlage: III/2003/02992

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

(Abstimmung zu Änderungsantrag SPD-Fraktion: bei 21 Ja-Stimmen (Streichung Punkt 2) 18 Nein-Stimmen 2 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt)

Abstimmungsergebnis zur Vorlage in geänderter Form:

bei 27 Ja-Stimmen

10 Nein-Stimmen

4 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt

Beschluss Nr. III/2003/02992:

Der Stadtrat beschließt den Entwurf des Bebauungsplanes Nr. 112 Industrie- und Gewerbepark Ammendorf, Merseburger Straße/Schachtstraße bereits jetzt unter dem Vorbehalt, dass während der öffentlichen Auslegung keine Anregungen geltend gemacht werden, die eine Abwägung erfordern, als Satzung.

Der Stadtrat stimmt der Begründung mit dem Umweltbericht des Bebauungsplanes unter dem selben Vorbehalt zu.

zu 5.12 Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), Ifd. Nr. 6 "Mischbaufläche am Dessauer Platz" - Beschluss zur öffentlichen Auslegung

Vorlage: III/2002/02960

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

bei 20 Ja-Stimmen 17 Nein-Stimmen

4 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt

Beschluss Nr. III/2002/02960:

Der Entwurf der Änderung des Flächennutzungsplanes der Stadt Halle (Saale), Ifd. Nr. 6 "Mischbaufläche am Dessauer Platz" einschließlich Erläuterungsbericht wird gebilligt.

zu 5.13 Neubau Voßstraße – Gestaltungsbeschluss

Vorlage: III/2002/02952

Protokoll:

Herr **Dr. Köck,** PDS-Fraktion, erklärte, im vorhin beschlossenen Haushalt seien 3,5 Millionen Euro für die Maßnahme enthalten. Mit dieser Vorlage erhöhe man das auf 5,3 Millionen Euro. Wie solle diese Mehrausgabe gedeckt werden?

Herr **Doege**, Beigeordneter für Ordnung, Sicherheit und Umwelt, wies darauf hin, dass es sich laut Vorlage um 4,4 Millionen Euro handle. Hier gehe es um einen Gestaltungsbeschluss, dessen Ergebnis in das Planfeststellungsverfahren einfließen solle. Es gehe überhaupt noch nicht um haushaltsrelevante Zahlen.

Frau **Krischok**, PDS-Fraktion, bat die Verwaltung, bei Veränderungen in der Vorlage diese dann durchgängig durch den ganzen Text zu verändern. Sie wüsste gern, was die nicht mehr kommenden Schallschutzmaßnahmen für die Häuser... bewirken.

Herr **Doege** antwortete, in der Kostenschätzung seien für passive Schallschutzmaßnahmen 477 T€ vorgesehen.

Weitere Wortmeldungen gab es nicht.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss Nr. III/2002/02952:

- Die Gestaltung der Voßstraße wird als Grundlage der weiteren Planung bestätigt.
- 2. Das Baurecht ist über ein Planfeststellungsverfahren zu schaffen.
- 3. Die Straßenbaumaßnahme Voßstraße ist in ihrer Gesamtheit nach Kommunalabgabengesetz Sachsen-Anhalt ausbaubeitragspflichtig.

zu 5.14 Erhebung von Beiträgen für Straßenausbaumaßnahmen der Jahre

1991-1999 in der Stadt Halle (Saale) Vorlage: III/2003/03014

Protokoll:

Die Punkte 5.14 sowie 6.2. wurden gemeinsam nach Punkt 4 in der Tagesordnung behandelt.

Herr **Dr. Heinrich**, CDU-Fraktion, kam in einem Geschäftsordnungsantrag auf § 31 GO LSA zu sprechen. Seine Eltern seien von der Angelegenheit betroffen. Nach Rechtsauskunft sei ihm

erklärt worden, dass er an diesem Tagesordnungspunkt mitwirken könne, da es sich um allgemeine Beiträge handle und damit § 31 nicht erfüllt sei. Er bitte um Äußerung.

Herr **Bönisch** erklärte, die Stadtverwaltung, das Rechtsamt, sei der Meinung, dass es hier ein Mitwirkungsverbot gebe. Er bat Herrn Borries, dies im Detail vorzutragen.

Herr **Borries**, Leiter Fachbereich Recht führte aus, kein Mitwirkungsverbot würde bestehen, wenn alle Eigentümer an Grundstücken gleichermaßen betroffen wären. Hier handle es sich jedoch um eine bestimmte Anzahl namentlich genau benannter Straßen, bei denen es nur individuell um die Möglichkeit der rückwirkenden Beitragserhebung gehe, nicht um die Frage, die bei der Verabschiedung einer Satzung grundsätzlich entstehe, nämlich ob Eigentümer beitragspflichtig sind oder nicht, d.h. auch innerhalb der Eigentümer sei nur ein ganz bestimmter, genau individualisierbarer Kreis von dieser Entscheidung betroffen. Von daher sei das Rechtsamt der Auffassung, dass § 31, d.h. wenn Ehegatten oder Verwandte bis zum dritten Grad oder Verschwägerte bis zum zweiten Grad von dieser Entscheidung betroffen sein könnten, ein entsprechendes Mitwirkungsverbot bestehe.

Herr **Geuther**, CDU-Fraktion, bat die Stadtverwaltung mit einem Geschäftsordnungsantrag zu

prüfen, ob er betroffen sei. Seine Wohnstraße stehe bisher nicht auf der Liste.

Herr **Dr. Heinrich** bat abzuklären, ob er einen Änderungsantrag zur Vorlage der Stadtverwaltung bzw. einen Ergänzungsantrag zum PDS-Antrag einbringen könne.

Herr **Bönisch** befand, das gehe nicht, denn dann wäre eine Mitwirkung gegeben.

(Herr Dr. Heinrich verließ den Beratungsraum.)

Herr Bönisch bat um Auskunft zum Mitwirkungsverbot.

Herr **Borries** äußerte, es betreffe grundsätzlich nur Eigentümer von Grundstücken, soweit diese beitragspflichtig sein können. Gleichermaßen sei derjenige betroffen, dessen Ehegatte bzw. Verwandte bis zum dritten Grad oder Verschwägerte bis zum zweiten Grad Eigentümer seien.

Es betreffe insoweit alle Eigentümer von Grundstücken für die eine rückwirkende Beitragserhebung in Betracht kommen könne. Ihm seien bisher nur die in der Vorlage aufgeführten Straßen bekannt. Von anderen Straßen sei ihm nichts bekannt.

Herr Bönisch forderte auf, dass weitere Betroffene dies jetzt kundtun und den

Beratungsraum verlassen sollten.

Er stellte fest, dass die Anwesenden erklären, dass sie selbst nicht betroffen seien.

Herr **Voß**, SPD-Fraktion, erklärte, seine Fraktion stelle folgenden Änderungsantrag. In Ziffer 1 Satz 2 solle das Wort "auch" durch das Wort "nicht" ersetzt werden. Die SPD-Fraktion wie auch die anderen Fraktionen im Stadtrat nehme die Befürchtungen und Bedenken der Bürger ernst und demonstriere das u.a. auch dadurch, dass dieser Tagesordnungspunkt an eine zentrale Stelle der Abstimmung gehoben worden sei. Man fasse heute einen Grundsatzbeschluss. Im Vorfeld habe man überlegt, ob das überhaupt notwendig sei und sei zu dem Ergebnis gekommen, dass es eine solche Bedeutung für die Bürger der Stadt habe, dass man diese Angelegenheit hier behandeln müsse.

Dieser Grundsatzbeschluss bedeute auch, dass man heute nicht über einzelne Maßnahmen entscheiden werde. Die Prüfung der einzelnen Maßnahmen werde gesondert erfolgen: hierzu sei u.a. der Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben zuständig. Wenn man sich den zeitlichen Ablauf der Diskussionen vor Augen führe, falle zunächst auf, dass ab 1991 das Kommunalabgabengesetz vorgesehen habe, dass Straßenausbaubeiträge erhoben werden können, ab 1996 laute die Formulierung, dass Beiträge zu erheben seien. 1999 habe die Stadt Halle eine Satzung erhoben, bis zu diesem Zeitpunkt hätten alle beteiligten Politiker aller Parteien nach bestem Wissen und Gewissen den Bürgern im Lande gesagt, rückwirkend würden keine Beiträge erhoben. Es habe niemanden gegeben, der bewusst oder auch nur fahrlässig hier etwas Falsches behauptet habe. Erst im Jahr 2002 habe das Landesverfassungsgericht alle viel klüger gemacht und damit allerdings ein großes Problem beschwert, indem es festgestellt habe, dass hier Beiträge zu erheben seien. Das führe zu folgenden Konsequenzen: Es habe zwingend zur Folge, dass nach juristischer Auslegung für den Zeitraum von 1991 bis 1999, so, wie es in der Vorlage der Stadtverwaltung formuliert sei, Beiträge erhoben werden müssen. Das bedeute auch, dass der Erlass des Innenministers rechtswidrig ist, das müsse klar gesagt werden. Obwohl man jetzt im Stadtrat den Antrag für eine andere Formulierung gestellt habe, bestehe damit immer noch ein Risiko, auch wenn der Stadtrat diesem Antrag folge – für die Bürger sei damit das Thema noch nicht abschließend

beendet. Das Landesverfassungsgericht habe sich auch mit der Frage auseinandergesetzt, ob ein Vertrauensschutzgesichtspunkt hier eine Rolle spiele und habe abstrakt, d.h. grundsätzlich gesagt, dass dies nicht so sei. Vor diesem Hintergrund müsse man wissen, dass die Oberbürgermeisterin überhaupt keine andere Wahl gehabt habe, als die Vorlage so einzubringen, wie sie jetzt vorliege.

Herr Bönisch unterbrach den Redner und verwies auf das Ende der Redezeit.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, stellte den **Geschäftsordnungsantrag** auf **Aufhebung der Redezeitbeschränkung**.

Gegen diesen Antrag sprach niemand.

Abstimmung zum Geschäftsordnungsantrag Aufhebung der Redezeitbeschränkung: mehrheitlich zugestimmt

Herr **Voß** begründete weiter den Änderungsantrag: Man habe es hier mit einer Situation zu tun, bei der das Vertrauen der Bürger in den Staat und auch in die Gemeindeverwaltung und ihre Vertreter sowie in die Kommunalpolitiker erheblich beschädigt werden könne durch eine Rechtsprechung, die vielleicht juristisch richtig sei, die aber die einzelnen Bürger so belaste, dass diese schon Beifall klatschen, wenn es um die Frage gehe, dass man sich nicht mehr im Staat beteiligen solle. Ein solcher Eindruck solle grundsätzlich vermieden werden.

Man könnte die Bürger auf den Rechtsweg verweisen und auffordern, Klage zu erheben. Damit würde man aber das Risiko, dass der Bürger verliere, auf ihn abwälzen, das halte er nicht für gerechtfertigt. Auch wenn er der Auffassung sei, dass der Innenminister hier einen großen Fehler mache, sollte man den Weg, den der Innenminister anbiete, beschreiten, unter dem klaren Hinweis, dass das Thema damit noch nicht abgeschlossen sei. Auch sei es politischer Wille der SPD-Fraktion sowohl im Landtag als auch im Stadtrat gewesen, keine rückwirkenden Beiträge zu erheben. Daran fühle man sich jetzt auch noch gebunden.

Herr **Bönisch** bat alle antragstellenden Fraktion, zum Thema Haushaltsrelevanz Stellung zu nehmen. Es sollten Vorschläge unterbreitet werden, wie dies haushaltstechnisch ausgeglichen werden solle.

Herr **Prof. Schuh**, UB-Fraktion, erinnerte, dass es bis 1999 im Stadtrat Konsens gewesen sei, keine Straßenausbaubeiträge zu erheben. Bei Verabschiedung der Satzung sei auch nicht daran gedacht worden, Beiträge rückwirkend zu erheben. Man habe aber die Möglichkeit gehabt, aus zwei Modellen zu wählen: eine Satzung mit wiederkehrenden Beiträgen, bei der sich diese Belastung auf ganze Stadtteile verteile und für den einzelnen entsprechend klein sei

und die Satzung mit einmaligen Beiträgen. Unter der Führung der CDU seien mit ganz knapper Mehrheit die einmaligen Beiträge beschlossen worden. Auch habe die Oberbürgermeisterin in ihrem Wahlkampf gesagt, dass sie für die wiederkehrenden Beiträge eintreten werde.

Was wäre passiert, wenn man wiederkehrende Beiträge beschlossen hätte: Da habe man ein klares Statement des Regierungspräsidiums, man hätte sie nicht rückwirkend erheben können.

Das sei der Fluch der bösen Tat, die damals im Stadtrat begangen worden sei. Die wiederkehrenden Beiträge könnten noch ein Fenster sein, das man vielleicht öffnen sollte, um das für einen bestimmten Zeitraum zu vermeiden.

Jetzt habe man die Situation, dass man unabhängig jetzt von der Rechtsfrage nicht bis zu dem Stichtag 1996 erheben müsse, unabhängig davon, ob die Maßnahme begonnen oder nicht begonnen worden sei. Natürlich sei er der Meinung, gerade weil dieser Konsens bestanden habe, dass man das voll ausschöpfen müsse.

Es sei in den Ausschüssen diskutiert worden, was wäre, wenn man beschließe, nicht rückwirkend Beiträge zu nehmen. Dann komme immer der Hinweis, dass das Regierungspräsidium sage, es genehmige den Haushalt nicht – das sei natürlich auch ein Problem, weil man dann nicht weiter investieren könne. Er müsse aber auch erinnern, warum man 1999 diese Satzung, in der noch enthalten gewesen sei: können, beschlossen habe; da sei vom damaligen Oberbürgermeister argumentiert worden, dass man sonst den Haushalt nicht genehmigt bekomme. Wie viele Beiträge habe man denn nach 1999 mit der Satzung erhoben?

Nicht eine Mark habe man eingenommen. So müsse man immer auf das vertrauen, was hier immer vorgetragen werde. Es würden Argumente gebracht, und hinterher sei es so, dass es überhaupt nicht gewirkt habe.

Er sei der Meinung, dass man in diesem Beschluss eine Änderung vornehmen sollte, indem man den ersten Satz ganz streiche und einfach nur beschließe:

Für Straßenausbaumaßnahmen, die vor der Änderung des Kommunalabgabegesetzes vom 19.06.1996 beendet wurden, werden keine Beiträge erhoben.

Es sollte versucht werden, über den Rest noch ein Fenster zu öffnen und sei es über wiederkehrende Beiträge (Änderung der Satzung) oder andere Maßnahmen.

Wenn die Stadtverwaltung der Meinung sei, dieses Fenster könne nicht geöffnet werden, sei sie eh gezwungen nach 1996 Beiträge zu erheben. Aber der Stadtrat, der die politische Willensbildung ausdrücke, habe die Möglichkeit hier noch daran zu arbeiten und Änderungen zu suchen und dies in den Ausschüssen zu diskutieren.

Deckungsvorschlag: Verkauf der Straßenbeleuchtung der Stadt Halle für 12 Mio. Euro.

Herr **Dr. Meerheim**, PDS-Fraktion, erklärte, seine Fraktion habe sich seit längerem - ähnlich, wie alle anderen Fraktionen, die im Landtag vertreten seien, mit diesem Thema befasst. Vom Grundsatz her müsse er den Worten von Herrn Prof. Schuh, was die Vorgeschichte betreffe, nichts hinzufügen. Natürlich müsse man zur Kenntnis nehmen, dass die Gesetze so sind wie sie sind und dass bei einem Beschluss des Stadtrates, dass für die Maßnahmen von 1991 bis 1996 keine rückwirkenden Gebühren zu erheben seien, die Gefahr bestehe, dass sich ein Rechtspfleger finde, der genau darauf achte, dass dies geschieht.

Dann werde seine Fraktion darauf hinwirken, dass der Antrag, den die Fraktion heute zu diesem Thema stelle, nämlich den Punkt 2 und die nachfolgenden Punkte, die in der jetzigen Vorlage den Zeitraum von 1996 bis 1999 behandeln, dann für diese Maßnahmen ersatzweise gelten solle.

Er betone, dass der Antrag der PDS-Fraktion wesentlich weiter gehe, als der der SPD-Fraktion,

in dem sie zurückgegriffen habe auf die Diskussion im Finanzausschuss.

Man sähe es als zwingend an für diesen Zeitraum von 1996 bis 1999 Beiträge zu erheben, sähe dafür aber die Entlastung, die in den Punkten 2 bis 6 formuliert worden sein, für die betroffenen Eigentümer vor, - auch deshalb, weil hier diese Ausschlussklausel, die der Minister gegeben habe, nicht mehr gelte, weil hier auch entsprechend das damals geltende Kommunalabgabengesetz eine eindeutige Formulierung gegeben habe.

Seine Fraktion wolle nur das Versprechen, das alle Politiker dieser Stadt bis zu dem Tag, als die Diskussion nach dem Gerichtsurteil begonnen habe, abgegeben haben, nach Möglichkeit keine rückwirkenden Beiträge zu erheben und den sich daraus ergebenden

Vertrauensschutz für die Bürgerinnen und Bürger so weit wie möglich erhalten.

Natürlich sei das haushaltrelevant. Und die Beiträge seien sicher auch schon im Haushalt enthalten. Umso verwunderlich sei es, dass bei anderen Dingen auf der Tagesordnung, nichts enthalten sei und man Beschlüsse fasse, die haushaltsrelevant seien und noch nicht von diesem Haushalt erfasst seien.

Der Deckungsvorschlag von Herrn Prof. Schuh sei nicht neu und werde seit längerer Zeit schon diskutiert. Darüber müsse man ernsthaft nachdenken. Im übrigen habe man die Möglichkeit, natürlich auch zusätzlich Kredite aufzunehmen. Er denke, in der dann folgenden Diskussion zum Haushalt werde man dafür eine Lösung finden.

Er bitte um Zustimmung zum Antrag seiner Fraktion, der ein komplett neuer Beschlussverschlag sei und den Text der Verwaltungsvorlage ersetzen solle.

Herr **Doege** ging auf den Änderungsantrag ein. Er bitte, ihn noch einmal deutlich darzustellen.

Herr **Dr. Meerheim** erläuterte, der ursprüngliche Antrag seiner Fraktion habe die Punkte ab dem jetzigen Punkt 2 beinhaltet, habe sich aber in der ersten Intention auf den Zeitraum 1991 bis 1996 bezogen. Jetzt sei die Änderung, dass es sich nur um den Zeitraum 1996 bis zum Inkrafttreten der Satzung handle.

Herr **Doege** erklärte, die Aussagen, die die Verwaltung als Stellungnahme zu dem ursprünglichen Antrag gegeben habe, würden natürlich auch für den Zeitraum 1996 bis 1999 gelten. Da habe sich die Verwaltung aus rechtlicher Hinsicht kritisch und ablehnend geäußert.

Herr **Dr. Meerheim** betonte, in Punkt 1 des PDS-Antrages gebe es einen Unterschied zu dem Antrag der SPD-Fraktion: ...Maßnahmen, die <u>begonnen</u> wurden.

Herr **Doege** wies darauf hin, dass in der Presserklärung des Innenministers als Klammerbegriff stehe: für den Zeitraum Juni 1996 Maßnahmebeginn. Im entsprechenden Erlass des Innenministers sei dieser Klammerbegriff nicht enthalten. Das lasse

unterschiedliche Deutungen zu; insoweit bedürfe es einer Klarstellung durch den Innenminister.

Herr **Weiland**, HAL-Fraktion, meinte, wenn er den Äußerungen seiner Vorredner folge, habe man heute nichts weiter vor als die Quadratur des Kreises mit diesem Beschluss. Es solle ein Grundsatzbeschluss sein, der aber nicht zwingend notwendig ist – damit habe er einigermaßen Probleme. Seiner Meinung nach handle es sich hierbei ausschließlich um Verwaltungshandeln.

Man habe eine gültige Satzung, und diese Regelung solle genutzt werden, danach habe die Verwaltung zu handeln. Das sei auch bei anderen Satzungen so.

In diesem Fall sei es so, dass das Kommunalabgabengesetz von der Legislative beschlossen sei und damit liege ein gültiges Gesetz vor. Die Judikative habe es ausgelegt und das sei die gültige Rechtslage, nach der gehandelt werden soll.

Seine Fraktion werde der Vorlage, die die Verwaltung eingebracht habe, nicht zustimmen. Und er denke auch, dass mit dem Antrag, sollte er gegen die Stimmen seiner Fraktion beschlossen werden, für den Bürger das Thema nicht erledigt sei.

Zum Vermögenshaushalt eine Bemerkung: Er habe mit Interesse festgestellt, wie seine Vorredner mit einer gewissen Leichtgängigkeit über die 4,5 Mio. Euro fehlen werden, hinweggegangen seien. Er habe da wenig Verständnis dafür und erinnere an andere Projekte mit viel kleineren Summen, um die heftig gestritten worden sei.

Auch bei den Änderungsanträgen werde sich seine Fraktion zumindest der Stimme enthalten.

Herr **Scholze**, FDP-Fraktion, führte aus, nachdem das Landesverfassungsgericht in dieser Sache für Klarheit gesorgt habe, befürchteten viele Bürger berechtigterweise, auch nachträglich zu Beiträgen herangezogen zu werden. Nach dem Erlass den Innenministers vom Ende des vergangenen Jahres seien die Gemeinden verpflichtet, diese Beiträge zu erheben, allerdings könnten sie, respektive die Stadt halle, auch auf eine Beitragserhebung für die Jahre 1991 bis Juni 1996 verzichten, was dann von der Kommunalaufsicht nicht beanstandet werde.

Ab dem genannten Zeitraum bestehe dann aber die ungedingte Pflicht zur Beitragserhebung. Dieser Kompromiss sei rechtlich gesehen grenzwertig, wenn Beiträge trotz gesetzlicher Pflicht nicht erhoben werden. Hier stelle sich aber für einen Kommunalpolitiker die Frage nach der Verlässlichkeit von Politik, denn in Halle habe man bewusst auf die Erhebung der Beiträge verzichtet, um Investitionen in die historische Altbausubstanz und in Neubauten zu erleichtern.

Der Stadtrat steht in dieser Frage zwischen Szylla und Charybdis: Verzichte man auf Beiträge für den Zeitraum von 1991 bis 1996, biete dies wenigen den Vorteil, nicht zu zahlen; die anderen Vorhaben ab 1996 werden voll zur Kasse gebeten – das müsse man sich in dem Zusammenhang bewusst machen. Andererseits sei die Politik in dieser Zeit immer darauf ausgerichtet gewesen, eben diese Beiträge nicht zu erheben. Es stelle sich die Frage – und das hätten die Bürger heute sehr eindrucksvoll demonstriert – habe das Wort eines Kommunalpolitikers in diesem Zusammenhang überhaupt noch seinen Wert. Die FDP-Fraktion sei von Anfang an für die Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen

Die FDP-Fraktion sei von Anfang an für die Erhebung von wiederkehrenden Beiträgen gewesen.

Die Erhebung dieser Beiträge hätte zur Folge gehabt, dass Beiträge sich auf breite Schultern verteilen.

Seine Fraktion begrüße die Änderungsanträge und halte eine Erhebung von Beiträgen für Maßnahmen von 1991 bis 1996 für nicht angemessen und gegenüber der Bürger nicht vertretbar.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, äußerte, man habe hier zwei Probleme. Auf der einen Seite habe man politisch diskutiert, dass man nicht rückwirkend Beiträge erheben wolle. Durch die Rechtsprechung des Verfassungsgerichts sei man gezwungen, das heiße, dieser Punkt sei

erledigt. Das zweite sei, dass man einen Gestaltungsspielraum vom Innenminister eingeräumt bekommen habe, den sollte man ausnutzen. Nun habe er das Problem, dass er den Innenminister nicht so verstanden habe wie Herr Dr. Meerheim, also begonnene oder abgeschlossene Maßnahmen. Eine Beschlussfassung über wiederkehrende Beitragssätze würde aufgrund des jetzt geltenden Satzungsbeschlusses der Stadt Halle, die damals eben nicht wiederkehrende, sondern einmalige Beitragssätze beschlossen habe, und durch das Verfassungsgerichtsurteil, nämlich rückwirkend zu erheben, seines Erachtens den Handlungsspielraum außerordentlich begrenzen und das Risiko sei, durch einen solchen Satzungsbeschluss das Problem erneut aufzuwerfen, dass die Bürger glauben, sie müssten dann nicht zahlen, aber eventuell doch gezwungen werden. Insofern könne man aus dem Risiko einer politischen Interpretation der jetzigen Rechtslage nicht heraus. Das geringste Risiko bestehe darin, so zu verfahren, wie von seiner Fraktion vorgeschlagen worden sei, weil eine wiederkehrende Beitragssatzung der Gefahr ausgesetzt sei, überhaupt nicht akzeptiert zu werden und damit das Risiko erneut entstehe, das man im Moment gerade versuche zu begrenzen.

Herr **Sänger**, CDU-Fraktion, erklärte, drückte seine Verwunderung darüber zum Ausdruck, dass häufig das Thema wiederkehrende und einmalige Beiträge diskutiert werde. Herr Voß habe vorhin geäußert, die rechtliche Situation sei zweifelhaft, trotzdem beschließe man. Frau Häußler habe in der Bürgerfragestunde gesagt, dass sie alles in ihrer Macht stehende tun werde, den Handlungsspielraum für die Stadt auszunutzen in Bezug auf den Erlass des Innenministerium vom 13.06.2002. Gerade der Vertrauensschutz der Bürger, der hier immer wieder bemüht werde – hier sähe er in erster Linie, dass der Stadtrat die ganzen Jahre

zwar geduldet, aber die Stadtverwaltung selbst den Bürger klar vor Ort erklärt habe, dass sie keine Beiträge zu zahlen hätten. Und jetzt sei die gleiche Verwaltung in der Pflicht, alle Handlungsspielräume auszunutzen, die das Innenministerium und Regierungspräsidium an dieser Stelle böten. Deshalb meine er, dass man heute keinen Handlungsbedarf habe, einen Stadtratsbeschluss zu fassen. Er stimme der Aussage von Herrn Weiland zu, dass hier Verwaltungshandeln das entscheidende sei und die Oberbürgermeisterin könne alle Handlungsspielräume auszunutzen im Interesse dieser Bürger.

Seine Fraktion habe sich sehr lange und sehr intensiv mit diesem Thema befasst und sei zum Schluss zu der Überzeugung gekommen, dass sie sich heute an einer Abstimmung nicht beteilige, sondern davon ausgehe, dass die Verwaltung handeln solle.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** meinte, an dieser Stelle müsse sie sich melden, denn so einfach sei das nicht. Die Gesetzeslage sei deutlich dargelegt worden. Wenn man dieser entsprechen würde, müsste man Beiträge erheben. Der Innenminister habe einen politischen Spielraum aufgemacht, der heiße, dass politische entschieden werden könne, auf Einnahmen zu verzichten. Wenn der Stadtrat der Auffassung sei, dass die Verwaltung nicht auf der Gesetzesgrundlage arbeiten solle, sondern politisch entschieden werde, auf 4 Millionen Einnahmen zu verzichten, weil es die Glaubwürdigkeit – und alles, was noch bemüht wurde – erhöhe, dann sei das eine Entscheidung des Stadtrates, die die Verwaltung nicht für sich

allein vollziehen könne. Wozu würde denn dieser Stadtrat sich überhaupt noch genötigt fühlen, Entscheidungen der Verwaltung zu begleiten, wenn man über 4 Millionen Einnahmeverzicht als Verwaltung einfach so locker befinden könnte? Gerade aus diesem Grund müsse der Stadtrat eine Entscheidung treffen, denn der Innenminister habe gesagt, dass dies ein politischer Spielraum sei. Deshalb denke sie, dass das Argument, was Herr Sänger vorgebracht habe, nicht ziehe, sie denke schon, dass der Stadtrat genötigt sei, sich mit dieser Lage auseinander zu setzen.

Zur Finanzsituation: Auch sie verlasse sich jetzt auf das politische Wort des Innenministers und setze auf seine Durchsetzungskraft gegenüber der ihm unterstellten Behörde Regierungspräsidium. Sie zitierte aus dem Schreiben des Regierungspräsidiums: Die Stadt Halle hat angekündigt, spätestens im I. Quartal 2003 mit der Erhebung der

Straßenausbaubeiträge gegenüber den Beitragspflichtigen zu beginnen. Zur Kontrolle der Umsetzung dieser Beitragserhebung sowie der Höhe der eingehenden Beitragseinnahmen beauflage ich die Stadt, mir ab dem 01.01.2003 monatlich über den Stand der Straßenausbaubeitragserhebung zu berichten. In diesem Zusammenhang weise ich auch darauf hin, dass die Stadt Halle in der Pflicht stehe, gegebenenfalls Einnahmen aus Vermögensveräußerungen oder Investitionshilfen zur Finanzierung des in Rede stehenden Eigenanteils einzusetzen, falls die kassenwirksamen Beitragseinnahmen diesen Eigenanteil nicht decken sollten. Einer Finanzierung durch Kreditaufnahmen werde ich nicht zustimmen. Das hat die Aufsichtsbehörde schon so entschieden. Jetzt gehe sie davon aus, dass der Innenminister dies aufhebe. Das sei jetzt ihr Vertrauen in die Landespolitiker, dass diese ihre Verlautbarung, die sie per Presseerklärung gemacht hätten, auch tatsächlich umsetzen, denn sonst müsste sie den Stadtratsbeschluss, der möglicherweise jetzt gefasst werde, beanstanden.

Das sei die Schwierigkeit, in der sie sich befinde: Eigentlich müsste jeder rechtswidrige Beschluss beanstandet werden. Nun sage zwar der Innenminister, dass es zwar rechtswidrig sein möge, er es aber nicht beanstanden werde; da verlasse sie sich darauf, dass er auch hinnehme, dass sie nicht beanstande. Deshalb könne sicherlich in diesem Spektrum hier gehandelt werden. Dass aber die CDU-Fraktion sage, der Stadtrat sei nicht zuständig, auf eine Einnahme von 4 Millionen zu verzichten zu beschließen – das könne sie nicht teilen.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, meinte, je länger man sich mit diesem Thema beschäftige, um so verwirrter sei er. Bei allen Redebeiträgen sei sehr viel Wahres dabei gewesen, es seien aber auch sehr viele Fragen offen geblieben. Wie die Oberbürgermeisterin eben gesagt habe, dürfte der Stadtrat eigentlich heute solche einen Beschluss gar nicht fassen, weil er rechtswidrig sei und die Oberbürgermeisterin ihm widersprechen müsste – also auch eine offene Frage.

Im Planungsausschuss habe man sich ebenfalls mehrheitlich für nicht zuständig erklärt, weil man nicht wisse, was Wahrheit, was juristische Wahrheit sei.

Er ging auf Vorlagen der Stadtverwaltung ein, die unterschiedliche juristische Aussagen machten. Deshalb sei er verwirrt und wisse nicht, worauf er sich zukünftig verlassen könne, wenn er Papiere vorgelegt bekomme, die juristisch durchleuchtet seien, der Stadtrat entscheide dann danach und kurze Zeit später sage man, ätsch, das war's. Er fühle sich als Stadtrat nicht in der Lage, über diese Vorlage heute abzustimmen, weil für ihn noch viel zu viele Fragen offen seien.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** erwiderte, die Stadtverwaltung habe die Rechtsauffassung vertreten, genau, wie es Herr Lehmann eben vorgetragen haben. Man sei aber von der Aufsichtsbehörde korrigiert worden, die gesagt habe, man interpretiere das Urteil falsch. Daraufhin habe es einen Erlass des Innenministers gegeben, in dem eindeutig festgehalten sei, dass man Beiträge erheben müsse und die Aufsichtsbehörde gezwungen sei, das zu kontrollieren. Später sei der Innenminister davon abgewichen und habe erklärt, für den Zeitraum 1991 bis 1996 mache er eine Ausnahme und sähe darüber hinweg, wenn eine Kommune anders entscheide. Das sei jetzt die Grundlage für die Stadt, und auf dieser Grundlage könne man handeln oder wolle man handeln. Das sei das, worüber man heute entscheiden könne.

Wenn der Stadtrat - diese Änderungsanträge seien da – sage, dass er so handeln wolle, dann heiße das, dass die Stadt bewusst auf Einnahmen verzichte und das müsse der Stadtrat tun, das könne die Verwaltung nicht von sich aus tun.

Herr **Biesecke**, SPD-Fraktion, forderte mit einem **Geschäftsordnungsantrag**: Schluss der Rednerliste.

Herr **Bönisch** gab die Rednerliste bekannt: Herr Prof. Schuh, Herr Dr. Meerheim, Herr Dr. Köck und Herr Misch.

Abstimmung zum Go-Antrag Schluss der Rednerliste: mehrheitlich zugestimmt

Herr **Prof. Schuh** erklärte, seine Fraktion schließe sich der Formulierung von Herrn Dr. Meerheim zu Punkt 1 an.

Auf die Argumentation seiner Vorredner eingehend, äußerte er, dass es stimme, dass die FDP-Fraktion Mitstreiter für wiederkehrende Beiträge gewesen sei. Der Witz an der Sache sei, dass in der Stellungnahme über die Meinung des Regierungspräsidiums stehe, dass bei wiederkehrenden Beiträgen eben nicht Beiträge rückwirkend erhoben werden können. Das Ziel also, keine Beiträge zu erheben, wäre damit eigentlich erreichbar. Wenn man jetzt im Mai, bevor man Bescheide herausschicke, eine Satzung mit wiederkehrenden Beiträgen beschließe, dann sei die Frage, welche Beitragssatzung sei maßgeblich für die Erhebung der rückwirkenden Beiträge – die, die man 1999 beschlossen habe oder die, die vom Mai 2003. Da es eine Diskussion gebe, die noch nicht abgeschlossen sei, wolle man nicht mehr beschließen, als das, was im Punkt 1 des PDS-Antrages stehe. Sollte es so sein, dass man in der Diskussion zu den weiteren Punkten zu dem Ergebnis komme, dass grundsätzlich die Satzung maßgeblich sei, die 1999 beschlossen worden sei – was er nicht glaube - , dann hätten

diese Formulierungen keinen Sinn mehr. Deshalb habe man hier eine Brücke; man könne die Beiträge völlig verhindern, wenn man nur Punkt 1 beschließe – und das sollte man tun.

Herr **Dr. Meerheim** ging auf die Rede des Vorsitzenden der SPD-Fraktion ein und zitierte aus einer Rede des Innenministers, in der von "Maßnahmebeginn" die Rede sei. Herr Doege habe richtig darauf hingewiesen, dass im Erlass selbst es nicht definiert sei. Deshalb habe er auch darauf hingewiesen, dass sich der PDS-Antrag in diesem Punkt von dem der SPD-Fraktion

unterscheide.

Um möglichen rechtlichen Problem aus dem Wege zu gehen, trenne er namens der Fraktion den Antrag der PDS-Fraktion in **zwei Anträge**, nämlich den **Punkt 1** als einen Antrag und die **Punkte 2 – 6** als einen Antrag, der in die zuständigen Ausschüsse verwiesen werden soll. Abzustimmen sei heute nur über Punkt1.

Herr Dr. Köck nahm sein Rederecht nicht wahr.

Herr **Misch**, CDU-Fraktion, meinte, wie vertrackt die Situation sei, sähe man daran, dass der Stadtrat über lange Zeiträume gesagt habe – und er habe selbst mit dafür gestritten – keine rückwärtsgerichteten Beiträge zu erheben. Man stehe aber auch in der Pflicht, an bestimmten Stellen zu sagen, eine Satzung sei da – kurzum, es sei ein großer Spannungsbogen.

Er verstehe sehr wohl die Beweggründe, die aus einer anderen Fraktion kommen, die sagen, dass alle Möglichkeit, die das Ministerium jetzt offen lasse, ausgenutzt werden sollten. Er verstehe auch die Oberbürgermeisterin, wenn sie sage, dass ein Beschluss, der besage, dass man auf die Einnahmen verzichte, rechtswidrig sei und beanstandet werden müsse. Das heiße, keiner hier im Saal komme aus dieser Debatte heraus, ohne an irgendeiner Stelle Federn zu lassen. Wenn die Oberbürgermeisterin sage, einen solchen Beschluss nicht beanstanden

zu wollen, sei für ihn das Beleg dafür, dass das Risiko, rückwärtsgerichtete Beiträge nicht zu erheben, im Interesse der Bürger von allen gleichermaßen getragen werde. Deshalb sollte man diese Diskussion beenden und zur Abstimmung der zur Debatte stehenden Anträge kommen. Eine Diskussion darüber, die Frage wiederkehrende Beiträge wieder aufzumachen, halte er nicht für sinnvoll. Dazu habe es im Stadtrat ein eindeutiges Votum gegeben, das akzeptiert werden sollte.

Herr Sänger, CDU-Fraktion, beantragte für seine Fraktion eine Auszeit.

Herr Bönisch stellte fest, dass der Stadtrat eine Pause einlegen sollte, die gleichzeitig als Auszeit genutzt werden sollte.

Der Stadtrat legte eine Pause ein.

Herr Bönisch fragte, ob die Anträge aufrechterhalten werden und stellte fest, dass es den Änderungsantrag der UB-Fraktion nicht mehr gäbe.

Herr **Lehmann**, SPD-Fraktion, zog den Antrag seiner Fraktion zurück.

Herr Dr. Meerheim stellte namens der PDS-Fraktion den Antrag auf namentliche Abstimmung zu Punkt 1 des Antrages.

Herr Bönisch fasste zusammen, der Änderungsantrag der PDS-Fraktion bestehe aus zwei Teilen, die getrennt behandelt werden sollen. Der zweite Teil des Antrages werde in den Vergabeausschuss und in den Finanzausschuss verwiesen. Der erste Teil – Punkt 1 – werde namentlich abgestimmt.

Zu diesem Verfahren gab es keine Wortmeldungen.

Abstimmung zum GO-Antrag Namentliche Abstimmung: mit mehr als einem Fünftel

der anwesenden Stadträte zugestimmt

Namentliche Abstimmung:

Dr. Bartsch, Erwin Ja Dr. Bergner, Annegret zur Tagung entschuldigt fehlend Berktold, Yvonne zur Tagung entschuldigt fehlend Biesecke, Tilo Ja Bönisch, Bernhard Nein Bonan, Robert Ja **Bressel**, Wigmar Ja El-Khalil, Milad Ja Dr. Fiedler, Sabine Ja Geuther, Joachim Ja Godenrath, Thomas Nein Dr. Haerting, Gesine Nein Haupt, Hanna Ja Haupt, Ute Ja Häußler, Ingrid **Enthaltung**

Heft, Frank-Uwe

Dr. Heinrich, Holger gemäß § 31 GO LSA nicht teilnehmend

Dr. Hesse, Gerhard **Enthaltung**

Jeschke, Peter bei Abstimmung abwesend

Kautz, Ingo Ja Prof. Dr. Kiel, Siegfried Ja Klimek, Dietmar Ja Dr. Köck, Uwe-Volkmar Ja

Koehn, Gottfried zur Tagung entschuldigt fehlend

Köhler, Günter Ja
Dr. Kraus, Günter Ja
Krause, Johannes Ja
Krischok, Marion Ja
Krocker, Oliver Ja

Kupke, Wolfgang zur Tagung entschuldigt fehlend

Lehmann, Dieter Ja Lehmann, Knut Ja Lenk, Margrit Ja Maluch, Heinz Nein Dr. Meerheim, Bodo Ja Meißner, Petra Ja Misch, Werner Ja Müller. Klaus Ja

Richter, Ulrich zur Tagung entschuldigt fehlend

Sänger, Frank Enthaltung

Schaffer, Marlies Ja
Scheller, Barbara Ja
Schmidt, Andreas Ja
Scholze, Friedemann Ja
Prof. Dr. Schuh, Dieter Ja
Schuster, Manfred Ja

Spitze, Andreas zur Tagung entschuldigt fehlend

Ja

Stemme, Bernd Ja
Strauch, Andreas Ja
Tannenberg, Heidrun Ja
Prof. Vent, Dorothea

Voß, ArminJaWeiland, MathiasNeinWeiß, IsaNeinWolff, SabineNein

Dr. Wünscher, Ulrike Enthaltung

Dr. Yousif, Mohamed Ja

Abstimmungsergebnis:

in namentlicher Abstimmung zu Punkt 1: bei 38 Ja-Stimmen

6 Nein-Stimmen5 Enthaltungen

mehrheitlich zugestimmt

Beschluss:

1. Die Stadt Halle verzichtet auf die Veranlagung der Beiträge für Straßenausbaumaßnahmen, die im Zeitraum von 01.01.1991 bis 18.06.1996 begonnen worden sind.

Die nachfolgenden Punkten wurden zur Beratung verwiesen in den

- Ausschuss für städtische Bauangelegenheiten und Vergaben und in den Ausschuss für Finanzen und städtische Beteiligungsverwaltung:
- 2. Die Veranlagung der Beiträge für Straßenausbaumaßnahmen, die im Zeitraum vom 20.06.1996 bis zum Zeitpunkt des Inkrafttretens der Straßenausbaubeitragssatzung begonnen worden sind, erfolgt auf der Grundlage des § 15 der Satzung.
- 3. Für jedes dieser vom Punkt 2 erfassten Straßenausbauvorhaben legt der Stadtrat in einer Sondersatzung die Bemessungsgrundlage im Einzelfall fest. Dazu werden gemäß § 15 (1) aus den eingangs dargelegten wichtigen Gründen die in § 4 (2) festegesetzten Anteilsverhältnisse wie folgt verändert: Nr. 1 und Nr. 2 a bis 2 d, Nr. 6 15 %

Nr. 3 a bis 3 d, Nr. 4, Nr. 5

Nr. 7 5 %

gemäß § 15 (2) die in § 3 (3) neu bzw. (2) als in den Buchstaben a und c genannten Einrichtungen für diese Vorhaben nicht zu den anrechenbaren beitragsfähigen Kosten gezählt.

Die Stadtverwaltung legt dem Stadtrat schnellstmöglich diesbezügliche Satzungsentwürfe vor.

- 4. Die Berechnung der beitragsfähigen Kosten erfolgt weiterhin nach Einheitssätzen für jede Straßenkategorie gemäß der Kategorisierung des Straßennetzes (Stand August 2000).
- 5. Die gültige Straßenausbaubeitragssatzung vom 22.12.1999 wird wie folgt geändert und rückwirkend zum 22.12.1999 in Kraft gesetzt.
 - § 3 erhält folgende Fassung:
 - (1) Unverändert
 - (2) Eine Ermittlung des beitragsfähigen Aufwandes nach Einheitssätzen kann dann erfolgen, wenn dadurch eine wesentliche Senkung des Verwaltungsaufwandes möglich erscheint. Der Baubeschluss legt das für das jeweilige Bauvorhaben heranzuziehende Verfahren fest.
 - (3) ehemals (2) unverändert
 - (4) ehemals (3) unverändert
- 6. Die Verwaltung bringt die Satzungsänderung im Monat Mai 2003 in den Stadtrat ein.

Herr **Bönisch** fragte, ob es zu den Tagesordnungspunkten 5.15, 5.16 und 5.18 Diskussionsbedarf gebe. – Er stellte fest, dass dies nicht der Fall ist.

zu 5.15 Änderung des Gesellschaftsvertrages der Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle GmbH

Vorlage: III/2003/03136

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt

Beschluss Nr. III/2003/03136:

Der Stadtrat ermächtigt den gesetzlichen Vertreter der Stadt Halle (Saale) in der Gesellschafterversammlung der Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle GmbH folgenden Gesellschafterbeschluss zwecks Änderung des Gesellschaftsvertrages zu fassen:

- 1. § 1 Absatz 1 wird folgendermaßen gefasst:
- (1) Die Firma lautet MMZ Mitteldeutsches Multimediazentrum Halle (Saale) GmbH.
- 2. § 2 Absatz 1 Satz 4 wird gestrichen.
- 3. § 2 wird um folgende Absätze 2 und 3 ergänzt:
 - (2) Gegenstand des Unternehmens ist es weiterhin, Hilfestellung im Umgang mit neuen medialen Technologien anzubieten, um die Leistungsfähigkeit, insbesondere kleiner und mittlerer Unternehmen und deren Gründung, zu fördern und den Arbeitsmarkt nachhaltig zu sichern. Zu diesem Zwecke werden in das Gebäude des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle (Saale) aufgenommen, gefördert und beraten:
 - technologisch hochqualifizierte Fachkräfte und Absolventen insbesondere, aber nicht ausschließlich, der in der Region Halle (Saale) ansässigen Hochschulen, die sich in der Wirtschaftsregion Halle (Saale) selbständig machen oder an der Gründung neuer Unternehmen beteiligen wollen (spinoff-Betriebe);
 - bestehende förderungswürdige Unternehmen, die ihren Firmensitz in der Wirtschaftsregion Halle (Saale) haben bzw. nehmen wollen;

- Arbeitnehmer, die mit medientechnologischen Entwicklungen in ihren Bereichen konfrontiert werden, diese weiterentwickeln oder initiieren wollen;
- interessierte Personen und Gruppen mit förderungswürdigen Vorstellungen zu Medientechnologien sowie Technologien der "Information-, Communication-, Entertainment-Branche".
- (3) Die Gesellschaft wird jungen Unternehmen
 - Räume und Gemeinschaftseinrichtungen im Mitteldeutschen Multimediazentrum Halle (Saale) zur Verfügung stellen;
 - Möglichkeiten einer intensiven fachlichen Zusammenarbeit mit ansässigen Hochschuleinrichtungen bieten und universitäre Leistungen vermitteln;
 - öffentliche und private Beratungen, insbesondere in den Bereichen Technologietransfer und Innovation, der Qualifizierung auf den Gebieten neuer Technologien sowie Personal- und Informationstransfer anbieten;
 - zur Deckung des Finanzbedarfs Hilfen aus öffentlichen und privaten Quellen vermitteln und in Umsetzung ihrer Kenntnisse und Erfahrungen gemeinsame Projekte mit den kleinen und mittleren Unternehmen kreieren;
 - auch nach dem Auszug aus den Räumen und Gemeinschaftseinrichtungen des Mitteldeutschen Multimediazentrums Halle (Saale) behilflich sein.
- 4. Der bisherige Absatz 2 wird zu Absatz 4 und der bisherige Absatz 3 wird zu Absatz 5.
- 5. § 7 Absatz 2 wird um Buchst. e) mit folgendem Regelungsinhalt ergänzt:
 - e) die Bestellung und Abberufung der Geschäftsführung sowie Abschluss und Kündigung des Anstellungsvertrages der Geschäftsführer oder anderer begleitender Rechtsverhältnisse.
- 6. § 8 Absatz 1 Satz 1 wird wie folgt geändert:

Der Aufsichtsrat besteht aus zehn Mitgliedern.

7. Der bisherige Wortlaut des § 8 Absatz 1 Satz 2 entfällt. Stattdessen wird § 8 Absatz 1 Satz 2 neu gefasst und § 8 Absatz 1 um die Sätze 3 und 4 ergänzt:

Mitglieder des Aufsichtsrates sind der Oberbürgermeister der Stadt Halle (Saale), der an seiner Stelle einen Beigeordneten der Stadt Halle (Saale) mit der Wahrnehmung dieser Funktion beauftragen kann, sowie jeweils eine Person, die durch die Gesellschafterversammlung auf Vorschlag der Stadt- und Saalkreissparkasse Halle, der Bavaria München AG und der DREFA MEDIA Holding GmbH Leipzig gewählt werden.

Mitglieder des Aufsichtsrates sind weiterhin zwei Personen, die durch die Gesellschafterversammlung auf Vorschlag des Landes Sachsen-Anhalt gewählt werden; das Land Sachsen-Anhalt hat insoweit nur das Recht, eine bei der Staatskanzlei sowie eine beim Ministerium für Wirtschaft und Arbeit beschäftigte Person vorzuschlagen. Vier weitere Mitglieder werden in Form schriftlicher Benennung seitens des Gesellschafters gegenüber der Geschäftsführung in den

Aufsichtsrat entsandt.

- 8. § 10 Absatz 2 Buchst. b) wird gestrichen.
- 9. § 10 Absatz 3 wird um Buchst. d) mit folgendem Regelungsinhalt ergänzt:
 - d) Bestellung und Abberufung der Geschäftsführung sowie Abschluss und Kündigung des Anstellungsvertrages der Geschäftsführer oder anderer begleitender Rechtsverhältnisse.

zu 5.16 Satzung zur Änderung der Hauptsatzung

Vorlage: III/2003/03232

Protokoll:

Es gab keine Wortmeldungen zur Vorlage.

Abstimmungsergebnis:

bei 31 Ja-Stimmen

4 Nein-Stimmen

5 Enthaltungen mehrheitlich zugestimmt

Beschluss Nr. III/2003/03232:

Der Stadtrat der Stadt Halle (Saale) beschließt die anliegende Satzung vom 30.04.2003 zur Änderung der Hauptsatzung der Stadt Halle (Saale) vom 19.09.2001

Satzung zur Änderung der Hauptsatzung Aufgrund der §§ 6, 7 und 44 Abs. 3 Nr.1 Gemeindeordnung für das Land Sachsen-Anhalt (GO-LSA) vom 05.10.1993 (GVBI. LSA S. 568), zuletzt geändert durch Art. 6 des Haushaltssanierungsgesetzes 2003 vom 26.02.2003 (GVBI. LSA S. 22), hat der Stadtrat in seiner Sitzung am 30. April 2003 folgende Satzung zur Änderung der Hauptsatzung 19.09.2001 beschlossen:

- I. In § 5 Abs. 4 wird vor "Entsprechend § 46 BauGB wird ein Umlegungsausschuss gebildet." folgende Ziffer 5. eingefügt:
 - 5. Betriebsausschuss des Eigenbetriebes für zentrales Gebäudemanagement der Stadt Halle (Saale) mit dem Oberbürgermeister oder einem von ihm namentlich benannten Vertreter als Vorsitzenden und 6 Stadträten sowie zwei beim Eigenbetrieb beschäftigten Personen.
- II. In § 6 Abs. 1 wird am Ende von Ziffer 5 eingefügt: sowie von sonstigen Leistungen analog der VOF bis 15.000,- Euro
- III. In § 6 Abs. 5 Ziff. 1 werden am Ende die Worte "500.000,- Euro nicht überschreitet" gestrichen und neu eingefügt "200.000,- Euro sowie bei sonstigen Leistungen analog der VOF einen Betrag von 15.000,- Euro bis 200.000,- Euro nicht überschreitet.
- IV. § 9 Abs.1 Satz 1 erhält folgende Fassung: Die Stadt Halle hat fünf Beigeordnete.
- V. Diese Änderungssatzung tritt am Tag nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

Herr Heft, PDS-Fraktion, erklärte, er wolle Widerspruch gegen diesen Beschluss einlegen.

Herr **Bönisch** erwiderte, der Tagesordnungspunkt sei mit der Auszählung der Stimmen erledigt.

Herr **Heft** erwiderte, er könne einen Widerspruch zu einem Beschluss erst einlegen, wenn er gefasst worden sei. Er beanstande den unter TOP 5.16 gefassten Beschluss.

Herr **Bönisch** stellte fest, dass Herr Heft nicht das Wort habe.

Herr **Heft** äußerte, der Stadtrat habe einen Beschluss gefasst, zu dem er nicht berechtigt sei. Alle Eigenbetriebe, die Gelder aus dem Stadthaushalt ausgeben, seien nicht berechtigt, diese eigenmächtig auszugeben.

Herr **Bönisch** unterbrach und entzog Herrn Heft das Wort und bat das Mikrofon auszuschalten.

(Herr Heft verließ den Tagungsraum.)

zu 5.18	Vorläufiger Wirtschaftsplan ZGM Vorlage: III/2003/03196
Protokoll:	
Es gab kei	ne Wortmeldungen zur Vorlage.
Abstimmu	ungsergebnis: mehrheitlich zugestimmt
Beschluss	s Nr. III/2003/03196:
	rat beschließt den vorläufigen Wirtschaftsplan des <u>E</u> igen <u>B</u> etriebes <u>Z</u> entrales <u>/</u> anagement.

Zu 9 - Mitteilungen

Herr **Bönisch** teilte mit, dass nunmehr die Tagesordnung abgebrochen werde. Nur dieser Punkt Mitteilungen, der zu jeder Tagung gehöre, werde noch abgehandelt. Akteneinsicht in den Vorgang Vermarktung ehemalige Heil- und Pflegeanstalt Nietleben werde durch die HAL-Fraktion beantragt.

Herr **Lehmann**, CDU-Fraktion, erinnerte an das Internationale Kinderchorfestival. Noch fehlten zur Unterbringung der Kinder100 Plätze.

Herr **Bönisch** schlug vor, die noch offenstehenden Punkte der Tagesordnung im Mai mit zu behandeln.

Herr **Schmidt**, SPD-Fraktion, meinte, nachdem lange Zeit zu den Vorlagen zu haushaltskonsolidierenden Maßnahmen im Beeich Kultur gedrängt worden sei, sehe es nicht gut aus, wenn jetzt die Verabschiedung dieser Vorlagen um vier Wochen verzögert werde.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** bestätigte, es wäre gut, wenn der Haushaltssatzung diese Beschlüsse für das Regierungspräsidium mit beigelegt werden könnten. Die Verwaltung prüfe eben, ob in der nächsten Woche ein freier Termin für eine Tagung vorliegt.

Herr **Bönisch** fasste zusammen, über die weitere Verfahrensweise werde dann im nichtöffentlichen Teil gesprochen.

Frau **Wolff,** HAL-Fraktion, sprach die Veranstaltungen am 1. Mai an; mindestens drei Kundgebungen, darunter Aufmärsche von Neonazis, würden stattfinden. Sie hätte sich gewünscht, dass im Vorfeld des 1. Mai von der Stadtverwaltung eine Äußerung gekommen wäre, dass die Stadt dies nicht mittrage.

Frau Oberbürgermeisterin **Häußler** verwies auf eine Pressekonferenz, in der Vertreter der Stadt mit dem DGB zusammen erklärt haben, weshalb eine Veranstaltung auf dem Markt stattfinde. Offensichtlich sei dies von der Presse nicht weiter transportiert worden.

Weitere Mitteilungen gab es nicht.

Damit wurde die 42. öffentliche Tagung des Stadtrates beendet.

Bönisch
Vorsitzender des Stadtrates
der Stadt Halle (Saale)

Ingrid Häußler
Oberbürgermeisterin
der Stadt Halle (Saale)

Protokollführerin
Protokollantin: Panian

Kraft

- 82 -
